

**Das Geheimprojekt „Schwalbe I“
Zum lokalen Arbeitseinsatz im Dritten Reich
und den Erinnerungsprozessen
in der Stadt Menden**

Irina Kruszinski

Berlin, im Februar 2014

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen

TEIL I: Arbeitseinsatz im Dritten Reich - Das Geheimprojekt „Schwalbe I“.....8

1. Von „Arbeit“ zu „Zwangsarbeit“	9
1.1 Von den Lehren der Vergangenheit zu neuen Planungen	10
2. Arbeitseinsatz und Rüstungspolitik zwischen 1939 und 1945	13
3. Das Geheimprojekt „Schwalbe I“	16
3.1 Das neue Reichsbauwesen: Die „Organisation Todt (OT)“ und das „Geilenberg-Programm“	16
3.2 Der Beginn des Bauvorhabens „Schwalbe I“	21
3.3 Arbeitseinsatz und Lagerbildung im Amtsbezirk Menden	24
5. Das Ende des Arbeitseinsatzes	29
 Zwischenfazit	 31

TEIL II: Erinnerungsprozess einer Gemeinde - Das Geheimprojekt

„Schwalbe I“ in der Erinnerung der Stadt Menden.....35

1. Geschichte und Erinnerung	38
1.1 Erinnerungstheorien	41
2. Erinnerungsprozesse in Menden - eine Quellenanalyse	48
2.1. Akteure der Erinnerungsprozesse	49
2.2 Erinnerungen an Menden in den Kriegsjahren 1943 bis 1945.....	50
2.3. Das Lagerleben von „Schwalbe I“	59
2.3.1. Ein Gesundheitsbericht	67
2.3.2. Die Auflösung der Lager	70
3. Eine Zeitzeugengeschichte	74
3.1. Karl Hasecker	76
3.2. Otto S.	80
3.3. Karl Hähnchen	84
3.4. Jan B. und Calogery M.	86

4. Öffentliche Erinnerungsprozesse – Zwischen Gedenken und Erforschen	88
4.1 Deutungsschwierigkeiten.....	94
Schlussbemerkungen.....	97

Appendix

Vorbemerkungen

Noch in den ersten Jahren erschien die expansive Wirtschaftsplanung des Deutschen Reiches als Erfolgskonzept, das in kurzer Zeit die herrschende Arbeitslosigkeit minimierte. Doch schon 1934 zeichnete sich ein steigender Facharbeitermangel ab. 1936 und 1937 kämpfte die Reichsführung schließlich mit einem Mangel in der Vollbeschäftigung. Der Staat begann sich zu verschulden und die Konjunktur wurde mit Nachdruck beschleunigt, um die hegemoniale Machterweiterung des nationalsozialistischen Regimes zu sichern. Es kam der Bedarf auf, das Arbeitskräftepotential kurzfristig zu steigern. So stieß die NS-Führung im Zuge ökonomischer Überlegungen auf ein bereits vorhandenes Konzept, das in den folgenden Kriegsjahren Millionen von Arbeitskräfte zwangsweise rekrutierte: Aus den Lehren des Ersten Weltkrieges leitete die Politik neue Planungen für einen totalen Arbeitseinsatz ab. Denn schon zwischen 1914 und 1918 hatte man versucht, Menschen mit Hilfe repressiver Maßnahmen zur Arbeit zu zwingen (vgl. Kap. 2). Ausländische Arbeiter sollten nun (mit oder gegen ihren Willen) den Arbeitskräfteengpass in der deutschen Wirtschaft ab Mitte der 1930er Jahre, insbesondere in der Rüstung, beheben. So waren es schließlich „ukrainische Kinder, italienische Landarbeiter, polnische Schülerinnen, belgische Facharbeiter, französische Studenten, russische, indische und US-amerikanische Kriegsgefangene“¹, die im Zweiten Weltkrieg für das nationalsozialistische Deutschland arbeiteten. „Im Juli 1944, als die Rüstungsproduktion ihren Höhepunkt erreichte, stellten über 5,7 Millionen ausländische Zivilarbeiter, über 1,9 Millionen Kriegsgefangene und etwa 400.000 KZ-Häftlinge knapp 26% aller Arbeiter und Angestellten im Deutschen Reich.“²

Der Fokus der aktuellen öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Arbeitseinsatz im Dritten Reich, vor allem im Zusammenhang der Zwangsarbeit, liegt auf den Themen „Entschädigung“ und „Wiedergutmachung“ erlittenen NS-Unrechts. Doch insbesondere im regionalen Bereich tritt immer wieder Interesse auf, sich mit den Umständen zu beschäftigen, unter denen Arbeit zwischen 1933 und 1945 geleistet (und verwaltet) wurde. Die umfassende Forschungsgrundlage auf überregionaler Ebene bietet hierbei

¹ Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, Stuttgart/München 2001, S.9.

² Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, Stuttgart/München 2001, S.9+29-32.

Brechtgen, Magnus: Die nationalsozialistische Herrschaft 1933-1939, Darmstadt 2004, S. 63.

einen Ansatzpunkt für Einzelfallstudien. Auch die Stadt Menden im märkischen Sauerland im Regierungsbezirk Arnsberg arbeitet ihre Stadtgeschichte mit Blick auf die Zeit des Dritten Reichs auf. Dabei rückte ein Bauvorhaben im Raum Menden in den Mittelpunkt, das unter dem Namen „Schwalbe I“ 1938 als geheim eingestuft galt und zu einer Bildung von verschiedenen Lagern führte. Das Erscheinen eines Zeitungsartikels in der Westfälischen Post über das Projekt im Jahr 1985 weckte das Interesse an weiteren Informationen. Kai Olaf Arzinger nahm daraufhin als gelernter Journalist aus Hagen die Recherche auf und veröffentlichte erstmalig eine kurze Publikation unter dem Titel „Stollen im Fels und Öl für das Reich“, die sich mit dem Projekt befasst. Daneben erarbeiteten weitere private Interessierte Details zum Projekt und fassten ihre Ergebnisse in öffentlichen Diskussionen und Zeitungsartikeln auf lokaler Ebene zusammen. Auch findet „Schwalbe I“ Erwähnung in Gabriele Loftis Publikation „KZ der Gestapo“, die sich mit Arbeitserziehungslagern in der Endphase des Zweiten Weltkrieges auseinandersetzt.³

Bis heute ist der Aspekt „Arbeitseinsatz“ im Zusammenhang mit „Schwalbe I“ in der regionalen Geschichte des Sauerlandes noch nicht umfassend bearbeitet worden. Es fehlen grundlegende (quellengebundene) Darstellungen zum Bauvorhaben, die systematisch die Ereignisse zwischen 1938 und 1945 aufarbeiten und den mit dem Vorhaben verbundenen Arbeitseinsatz analysieren. Um das Thema in einem wissenschaftlichen Rahmen zu erfassen, trat die Stadt Menden im Januar 2009 an das Institut für Zeitgeschichte der Ruhr-Universität Bochum heran und bat um Unterstützung bei der Aufarbeitung. Erste Forschungsarbeiten ließen im Bestand des Stadtarchivs Menden über 40 Akten zum Thema sichtbar werden, die bis heute zum Teil identifiziert und gesichtet wurden und Hinweise auf weitere mögliche Funde in anderen regionalen und überregionalen Archiven bieten. Auf dieser Grundlage fasst der erste Teil dieses Buchs erste Ergebnisse zusammen, die sich aus den Dokumenten des Stadtarchivs ergaben. Im Fokus steht die Darstellung des Arbeitseinsatzes im Zweiten Weltkrieg, der unter Berücksichtigung der Entwicklungen der Rüstungswirtschaft im Dritten Reich auf sachlich-historischer Ebene betrachtet wird.

*

³ Verfasser unbekannt: „Einem Polen zur Flucht verholfen“, in: Westfälische Post, Lokalausgabe Menden (22.01.1985).
Arzinger, Kai Olaf: Stollen im Fels und Öl für das Reich. Das Geheimprojekt „Schwalbe I“, Iserlohn 1997.
Lofti, Gabriele: KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart/München 2000.

Der erste Teil dieser Untersuchung hat es zum Ziel den Zusammenhang zwischen dem lokalen Bauvorhaben und der allgemeinen Arbeitseinsatzplanung in der zweiten Hälfte des Zweiten Weltkrieges zu analysieren. Mit Blick auf die Verantwortlichkeit von Reichs- und örtlichen Behörden soll es gelingen, einen Überblick über das System zu bieten, in das das Geheimprojekt eingebettet war. Weiter werden die durch das Projekt „Schwalbe I“ gebildeten Lager untersucht, die Teil eines komplexen Lagersystems auf bundesweiter Ebene waren. Während es Hinweise auf die örtliche Lage der Bauten gibt, müssen Details zum Lagerleben (Aufbau, Insassen und ihre Herkunft/Grund ihrer Inhaftierung, Lebensbedingungen) noch umfassend erarbeitet werden. Der Umfang dieser Arbeit bietet allerdings keinen ausreichenden Rahmen. So werden hier grundlegende Überlegungen im Mittelpunkt stehen, die das Thema in die regionalübergreifende Geschichte einordnen und historische Prozesse verfolgen.⁴ In der Analyse werden vor allem Entwicklungen in den Jahren zwischen 1938 und 1945 im Mittelpunkt stehen. Besonders relevant ist dabei die zweite Hälfte des Krieges ab 1943, als das Vorschreiten der Kriegereignisse Veränderungen in Rüstungsplanungen und in der Folge in der Arbeitseinsatzplanung notwendig machte (vgl. Kap. 3).

Als Folge des Arbeitseinsatzes für die Rüstungswirtschaft zeigte sich ein charakteristischer Aspekt von Arbeitsplanung in der NS-Zeit: die Umsetzung von Zwangsarbeit, also nicht freiwillig geleisteter Arbeit unter zwanghaften Bedingungen (vgl. Kap. 2). Bei ersten Recherchen zum Bauvorhaben „Schwalbe I“ ergaben sich Hinweise, dass die eingesetzten Arbeiter weniger freiwillig als vielmehr durch Zwang das Projekt „unterstützten“. Denn ein Großteil der Arbeiter waren Häftlinge der umliegenden Haftstätten und Arbeitserziehungslager, die für das Projekt herangezogen wurden (vgl. Kap. 4). Die folgenden Kapitel werden Zwangsarbeit darum als Phänomen des massiven Arbeitseinsatzes betrachten und in lokale und überregionale Zusammenhänge stellen.

Die Geschichte des Arbeitseinsatzes ist heute in einer umfassenden Forschungsgrundlage zusammengefasst. Seit etwa 25 Jahren, spätestens aber mit der Monographie von Ulrich Herbert „Zwangsarbeiter. Politik und Praxis des Ausländer-Einsatzes in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches“, nimmt das Thema unter

⁴ vgl. Kraus, Stefan: NS-Unrechtsstätten in Nordrhein-Westfalen. Ein Forschungsbeitrag zum System der Gewaltherrschaft 1933-1945. Lager und Deportationsstätten, Essen 1999.

Lofti, Gabriele: KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart/München 2000.

verschiedenen Gesichtspunkten Raum in historischen, politischen und juristischen Diskursen ein, wohingegen die westdeutsche Öffentlichkeit in den Jahren vor der Veröffentlichung 1986 dem Thema nicht den Status „des Historischen als etwas Besonderes, als etwas, was Geschichte gemacht hat“⁵ zugestand. Auch Mark Spoerers Arbeit „Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz“ analysiert den Arbeitseinsatz im Dritten Reich mit Blick auf die „Zwangsarbeit“ als Charakteristikum dieses Einsatzes. In dieser Studie, so der Autor, soll das unermessliche Leid, das NS-Verfolgte erlitten, in einem sachlichen Rahmen fassbar gemacht werden: „Hinter nüchtern referierten Überlebenswahrscheinlichkeiten stehen Schicksale von Millionen von Menschen, die im Arbeitsprozess langsam zu Tode geschunden oder direkt ermordet wurden. Wenn hier versucht wird, dieses schwierige Thema sachlich anzugehen, so nicht deswegen, weil der Autor indifferent wäre, sondern um schwer Verstehbares verständlich, nachvollziehbar zu machen; und zwar nicht um Verständnis für die Täterseite zu wecken, sondern um ihre Handlungsmotive erkennbar zu machen“⁶. Mark Spoerer fasst damit zusammen, was zum Grundproblem der Analyse und Interpretation von „Arbeit“ und „Zwangsarbeit“ (und im folgenden auch zum Grundproblem einer Jahre andauernden Entschädigungsdebatte) geworden ist: Das Verstehen der damaligen Ereignisse aus der so fernen Perspektive der Gegenwart, die aber dennoch nicht zu trennen sind von der heutigen Zeit, da sie für das aktive Zeitgeschehen eine große Rolle spielen, nicht zuletzt weil es immer noch Überlebende des NS-Unrechts gibt, die ihre Schicksale berichten und deren Anspruch auf eine zumindest moralische Anerkennung ihres Leids einfordern und damit die aktuelle öffentlich Auseinandersetzung beeinflussen. An dieser Stelle steht der heutige Forschungsstand. Darüber hinaus erscheinen immer wieder Berichte von Einzelschicksalen, Dokumente über weitere Ausmaße der NS-Zeit und Texte über spezifische Themen von Arbeit im Dritten Reich, die eine geeignete Grundlage für Analysen damaliger Lebensumstände bieten.⁷

Der erste Teil dieser Abhandlung knüpft hier an und wird grundsätzliche Charakteristika des Arbeitseinsatzes (Wirtschaftliche Interessen und Planungen, Verantwortliche Stellen, Durchführung und andere) klären, mit Rückgriff auf den aktuellen Forschungsstand und Quellen aus dem Stadtarchiv Menden, aber auch mit Hilfe einzelner regionalübergreifender Dokumente aus verschiedenen Archiven. Nach der

⁵ Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatz“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1985, S.12.

⁶ Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, Stuttgart/München 2001, S.20.

⁷ Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländereinsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1986.

Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, Stuttgart/München 2001.

Auswertung der in den Akten des Stadtarchivs Menden gefundenen Dokumente ließ sich das System verantwortlicher (regionaler und überregionaler) Stellen in der Umsetzung des Bauvorhabens „Schwalbe I“ erkennen. In Briefen, Sitzungsprotokollen und anderen Schriftstücken ergaben sich Namen von Funktionären, zuständigen Ämtern, und an der Arbeit beteiligten Firmen. Auf dieser Grundlage wurde, neben dem Heranziehen von Sekundärliteratur, ein Schaubild erstellt, das dieses System zu erfassen versucht. Miteinbezogen wurden auch die durch das Projekt gebildeten Lager. Die Argumentation und Gliederung des ersten Teils dieser Arbeit basiert auf diesen Ergebnissen. Die Ausgangsfragen der Analyse im ersten Teil lauten darum: Auf welcher Grundlage entwickelte sich der Arbeitseinsatz und welche Veränderungen zeigten sich unter Berücksichtigung rüstungswirtschaftlicher Interessen? Was bedeutete „Arbeit“ (und im Weiteren „Zwangsarbeit“) im Kontext der Kriegsgeschehen zwischen 1939 und 1945? Was war das Geheimprojekt „Schwalbe I“ und wie ist es in den Kontext des Arbeitseinsatzes im Dritten Reich einzuordnen?

*

Im zweiten Teil dieser Abhandlung werden nach der historischen Untersuchung der operativen Einheiten und der Umstände im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben „Schwalbe I“ Erinnerungsprozesse in der Gemeinde Menden betrachtet. Denn erst mehr als 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und damit dem Ende des Bauvorhabens „Schwalbe I“ begannen in der Stadt Menden öffentliche Auseinandersetzungen mit der eigenen städtischen Vergangenheit. Schnell zeichnete sich jedoch ab, dass Erinnerungen sich unterschieden und Quellen verschieden interpretiert werden wollten. Stück für Stück übertrugen sich diese Erinnerungen – und nicht zuletzt Erinnerungskonflikte - der Zeitzeugen auf die Nachgeborenen – die heute Träger sind für das vom Vergessen bedrohte historisch Erlebte – und Förderer einer pluralistischen Erinnerungslandschaft.

„Ich erinnere mich nicht, dass im Lager Bieberkamp auch Ausländer gewesen sind“⁸. Was Otto S., ehemaliger Lagerinsasse, hier erinnert ist nur ein Bruchstück und ein Beispiel, das sich in eine Vielzahl von Erinnerungen einer Erinnerungsgemeinschaft einfügen lässt, die weniger von Homogenität als von Heterogenität zeugt, die Fragen

⁸Otto S. im Gespräch mit Elmar Dederich, in: Mendener Zeitung, 01.11.2000, vergleiche dazu Kapitel II.4.2, Seite 55.

aufwirft und Antworten sucht, und die seit Jahrzehnten von der ständigen Suche nach einem Geschichtsbewusstsein (und einem Geschichtsbild) einer Stadt geprägt wird.

Nimmt man die Ereignisse, die mit der Umsetzung des Bauvorhabens „Schwalbe I“ einher gingen als Auslöser für Erinnerungsprozesse im Raum Menden, stellen sich zunächst Fragen nach den Akteuren innerhalb dieser Prozesse, aber auch danach wann und wie jene Erinnerungen einsetzten, wie sie sich entwickelten und welche Gemeinsamkeiten und Divergenzen in den Deutungen der Erinnerungsgemeinschaft auftraten. Relevant dabei ist auch, welche Funktion das Erinnern erfüllen kann beziehungsweise welche Erwartungen an Erinnerungsprozesse gestellt werden. Wächst in ihrem Zusammenhang ein „Geschichtsbewusstsein“? Bringen sie eine sinnstiftende Funktion mit sich, fördern sie Zusammengehörigkeitsgefühl oder sind sie gar Förderer einer „kollektiven Identität“⁹? Denn politische und kulturelle Gemeinschaften können sich nicht selten nur selbst verstehen, ihre Handlungen abwägen und Optionen für die Zukunft begründen, wenn sie in der „Zeit“, das heißt zwischen vergangener und kommender Geschichte, zwischen Erfahrung und Erwartung, ihren Ort bestimmen. All jene gefestigten Vorstellungen und Deutungen der Vergangenheit mit tiefem zeitlichen Horizont, denen eine Gruppe von Menschen Gültigkeit zuschreibt, sind das, was als „Geschichtsbild“ zu bezeichnen ist. Solche (selbstbezogenen) Deutungen stiften im Chaos der unendlichen Vorgänge der Vergangenheit Sinn, bieten Orientierungshilfe und Handlungssicherheit. Als gedeutete Vergangenheit beeinflussen sie das Gegenwartsverständnis und die Zukunftserwartungen. Sie sind Elemente der „gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit“. Das Geschichtsbild einer Gemeinschaft ist aber nicht die Abbildung des Vergangenen, sondern es ist die Gesamtheit der Einbildungen der Vorstellungs- und Urteilskraft vieler Einzelner. Im Horizont der „großen Geschichte“ sind diese „Bilder“, die auf der Selbstzuschreibung einer kulturellen Gruppe basieren, nur partikularer Natur. Ihren Anhängern aber erscheinen sie als geschichtliche Wahrheit schlechthin. Widersprechende Bilder anderer Gruppen sind für sie falsch oder böseartig und bestenfalls kurios. Solche Geschichtsbilder sind faktenarm, hochselektiv, aber urteilsfreudig und gefühlsstark.¹⁰ So hat auch die Erinnerungsgemeinschaft im Raum Menden versucht, sich in ihrer Vergangenheit zu „orientieren“ und historische Wirklichkeiten zu begreifen. Dabei

⁹Zum Begriff der „kollektiven Identität“ vergleiche Kapitel I.1.

¹⁰ Vergleiche Jeismann, Karl Ernst: Geschichtsbilder. Zeitdeutung und Zukunftsperspektive; Haskell, Francis: Die Geschichte und ihre Bilder. Die Kunst und die Deutung der Vergangenheit, München 1995. Bisweilen werden sie als "Mythen" bezeichnet - so von Yves Bizeul (Hg.), Politische Mythen und Rituale in Deutschland, Frankreich und Polen, Berlin 2000; Berger, Peter L./Luckmann, Thomas: Gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt/M. 1980.

ergaben sich Geschichtsbilder, die selektiv beinhalteten, was als geschichtliche Wahrheit empfunden wurde, und die in einem Umfeld entstanden, das hochemotional geladen war und dessen Urteilsfreude nicht selten schnell verurteilte, was als unwahr befunden wurde – ein Umstand, der in den vergangenen Jahren dazu führte, dass das gemeinsame Ziel einer sachgerechten Auseinandersetzung mit dem Geheimprojekt „Schwalbe I“ aus dem Blick geriet.

TEIL I:
Arbeitseinsatz im Dritten Reich
- Das Geheimprojekt „Schwalbe I“ -

1. Von „Arbeit“ zu „Zwangsarbeit“

Mit der Ernennung des 1. Mai zum „Tag der nationalen Arbeit“ erfüllte das nationalsozialistische Regime den Jahrzehnte alten Wunsch der organisierten Arbeiterbewegung. Indes bereitete die Führung eine Gleichschaltungsaktion gegen die Freien Gewerkschaften vor, um die vorhandenen Organisationsstrukturen aufzulösen und die Mitglieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Am 2. Mai überfielen nationalsozialistische Trupps die Häuser und Einrichtungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), nahmen die Verantwortlichen in „Schutzhaft“, besetzten Büros und Redaktionen. Die verbliebenen (desillusionierten) Gewerkschaften ergaben sich in den folgenden Wochen. Die Gewerkschaftsmitglieder wurden am 10. Mai in die neu geschaffene Deutsche Arbeitsfront (DAF) überführt, die künftig auch die Arbeitgeberseite einschloss, um das Ende aller Klassenkämpfe und den Weg zur einheitlichen „Volksgemeinschaft“ zu exemplifizieren.¹¹

Die Zerschlagung der Gewerkschaften im Mai 1933 brachte eine rasante Umgestaltung des Arbeitsmarktes mit sich. Aufbauend auf der Arbeitsverwaltung, die im Zuge der Weltwirtschaftskrise von 1929 in der Weimarer Republik realisiert wurde, initiierte die NS-Führung eine folgenreiche Reglementierung der Arbeitsbeziehungen. Arbeitsverwaltung und Arbeitsverwaltungsrecht wurden so 1933 zu Instrumenten der „Militarisierung“ des Arbeitsmarktes. Im Mittelpunkt stand das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“, das, zusammen mit weiteren Einzelverordnungen, einerseits der Massenarbeitslosigkeit entgegenwirken und andererseits ordnungspolitische und ideologische Vorstellungen durchsetzen sollte. Im August 1934 stellte eine Verordnung sicher, dass der Reichsanstalt das Monopol der Arbeitsvermittlung zufiel, und damit ein wirksames Lenkungsinstrument des „Arbeitseinsatz“. Mit der obligatorischen Einführung des „Arbeitsbuches“¹² für alle Arbeitskräfte im Jahr 1935 wurde die

¹¹ Brechtken: Die nationalsozialistische Herrschaft 1933-1945, S. 28+29.

¹² „Sie (*Anm.*: das Arbeitsbuch) ist Voraussetzung für die Wehrwirtschaft und somit eine Maßnahme der direkten Kriegsvorbereitung. Die Arbeitsbücher ermöglichen den Unternehmen und der NSDAP eine wirksame Kontrolle über das Verhalten des einzelnen Arbeiters. Mit der Wiedereinführung ist der erste sozialpolitische Erfolg der modernen Arbeiterbewegung, die Abschaffung des Arbeitsbuches im Jahr 1869, rückgängig gemacht worden.“ aus: Sopade-Berichte, August 1936, S. 1045+1048.
„Unter Mitarbeit von Rudolf Hilferding gab die Sopade Deutschland-Berichte heraus, die über ein geheimes Berichterstattersystem über die Situation im nationalsozialistischen Deutschland international informierten. Die Berichte erschienen von April/Mai 1934 bis Dezember 1936 unter dem Titel Deutschland-Bericht der Sopade, vom Januar 1937 bis April 1940 unter dem Titel Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade), im Auftrag des Exilvorstandes der SPD, herausgegeben von Erich Rinner, bis März 1939 in Prag, ab Mai 1939 in Paris.“, aus: Deutschland-Berichte der Sopade. Exemplar im „Archiv der sozialen Demokratie“

berufliche Entwicklung der Arbeitnehmer für Unternehmer und Behörden kontrollierbar und langfristig planbar. Den Arbeitskräften wurde die Entscheidungsgewalt über einen Arbeitsplatzwechsel und damit jegliche Flexibilität entzogen.¹³ Die ersten Schritte zur totalen Kontrolle über das System „Arbeit“ waren gemacht. Doch wie entstand nun das Konzept „Zwangsarbeit“?

1.1 Von den Lehren der Vergangenheit zu neuen Planungen

Es hatte sich schon zwischen 1914 und 1918 gezeigt, dass die zwanghafte Beschäftigung ausländischer Arbeiter wirtschaftlich unrentabel und problematischer als gedacht war. Der Einsatz zumeist unqualifizierter Arbeitskräfte minderte die Qualität in der Produktion. Ungelernte Zwangsarbeiter waren nur für einfache Tätigkeiten in der Massenfabrikation einsetzbar. Ein qualifizierter Einsatz von Arbeitern brachte jedoch die Grundsätze der Zwangsarbeit aus dem Gleichgewicht, denn einher mit gesteigerter Qualität gingen bessere Arbeitsbedingungen und soziale Anreize. Hinzu kam, dass ausländische Arbeiter in den ersten Jahren des gesteigerten Arbeitseinsatzes einen vergleichbaren Lohn erhielten wie ihre deutschen Kollegen. Jedoch musste der Unternehmer weiteres Kapital aufwenden, um die Kosten für die Anwerbung, den Transport, die Erstellung von Unterkünften, das Bewachungspersonal und so weiter zu decken. Somit „kosteten“ ausländische Kräfte den Unternehmer letztendlich mehr, im Vergleich zum deutschen Personal, das bereits vor Ort ansässig war und für das eine Anwerbung weitaus einfacher verlief. Es zeigte sich außerdem, dass Zwangsarbeit eine Eigendynamik entwickelte. Sie konnte also zu einem unkontrollierbaren Faktor werden, der allen Vorstellungen der Führung widersprach und zu einer Unsicherheit im Machtgefüge führen konnte. Im Blick der nationalen Öffentlichkeit stehend, war eine Totalisierung der Zwangsarbeit kaum umsetzbar. Die öffentliche Kritik und die aus

der Friedrich-Ebert-Stiftung neu herausgegeben und mit einem Register versehen von Klaus Behnken, Frankfurt am Main, 1980.

¹³ Herbert: Fremdarbeiter, S. 36-40.

Brechtken: Die nationalsozialistische Herrschaft 1933-1945, S. 28-31.

Syrup, Friedrich: Hundert Jahre staatliche Sozialpolitik. 1839-1939, Stuttgart 1957.

Petzina, Dietmar: Autarkiepolitik im Dritten Reich, Stuttgart 1968, S. 158.

Preller, Ludwig: Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978, S. 236f, 276f., 418ff.

Syrup/Neuloh, S.407, S. 415. ; Verordnung über die Verteilung von Arbeitskräften vom 10.8.1934, Reichsgesetzbuch I, 1934, S. 786.

Kranig, Andreas: Lockung und Zwang. Zur Arbeitsverfassung im Dritten Reich, Stuttgart 1983, S. 150ff.

Schoenbaum, David: Die braune Revolution Eine Sozialgeschichte des Dritten Reichs, Köln/Berlin 1968, S. 130.

Sicht der Behörden unsichere Haltung der deutschen Arbeiter verhinderte also zunächst eine Systematisierung.¹⁴

Dass der Erste Weltkrieg in gewisser Form als Anschauungsbeispiel für den Zweiten wurde, stellte auch Ulrich Herbert in seiner Publikation „Fremdarbeiter“ von 1985 fest. In der Tat habe es Vorbilder für das nationalsozialistische Zwangsarbeitersystem gegeben, ohne dass daraus eine Kontinuität der Zwangsarbeit durch die Jahrzehnte hindurch abgeleitet werden könne. Denn die Größenordnung der Beschäftigung von industriellen Zwangsarbeitern zwischen 1914 und 1918 stehe in keinem Verhältnis zur Entwicklung von 1939. Einzelne Kontinuitätslinien würden aber dennoch deutlich und, retrospektiv betrachtet, stelle die Beschäftigung von Zwangsarbeitern im Ersten Weltkrieg eine Art „Probelauf“ für den Zweiten da. So wurden die Lehren des Zwangsarbeitereinsatzes des Ersten Weltkrieges schließlich zur Grundlage der Konzeption des Arbeitseinsatzes der nationalsozialistischen Führung.¹⁵

Während die totale Erfassung des Arbeitskräftepotentials auf dem Weg des Arbeitszwangs zunächst aufgrund der möglichen politischen und sozialen Folgen umstritten blieb, griff das Regime nach kurzer Zeit dennoch auf repressive Maßnahmen zurück. Es führte die systematisierte Zwangsarbeit ein, um einer möglichen Kriegsniederlage entgegen zu wirken und Machtbestrebungen aufrecht erhalten zu können.

Was aber bedeutete Zwangsarbeit im Nationalsozialismus? Welche Definitionen lassen sich finden und welche Charakteristika bestimmten diese Form von Arbeit?

Der freie Charakter von Arbeit, also beispielsweise das Recht auf einen Arbeitsplatzwechsel beziehungsweise die freie Wahl der Arbeitsstelle, ging, wie bereits erwähnt, infolge des zunehmenden Arbeitskräftemangels schon vor Ausbruch des Krieges verloren, als 1934 die arbeitsrechtliche Vertragsfreiheit eingeschränkt wurde. Zunehmend wurde ein zwanghafter Charakter der Dienstverpflichtung sichtbar und spätestens mit dem Heranziehen ausländischer Arbeiter und dem Einsatz von KZ-Häftlingen zur Rüstungsproduktion, ließ sich von Zwangsarbeit sprechen. Der Begriff ist aber keinesfalls einfach zu begreifen. Vielmehr bestimmt eine Vielzahl von Faktoren

¹⁴ Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/ Bonn 1985, S. 37-39.

¹⁵ Herbert: Fremdarbeiter, S. 35.

„Zwangsarbeit“. Im Sinne von Artikel 2, Absatz I des „Übereinkommens über Zwangs- und Pflichtarbeit“ der Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation vom 29. Juni 1930 wird Zwangsarbeit verstanden als „jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendwelcher Strafen verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat.“¹⁶ Das im Ersten Weltkrieg besiegte Deutschland gehörte jedoch nicht zu den Gründungsmitgliedern der International Labour Organization (ILO) im Jahre 1919. Die erste Internationale Arbeitskonferenz fasste aber im selben Jahr den Beschluss, Deutschland die Aufnahme in die ILO zu ermöglichen. 1933 trat Deutschland unter der Hitler-Regierung aus der Organisation aus und differenzierte sich damit von jeglichen Definitionen der Internationalen Arbeitskonferenz.¹⁷ Zudem ist die Definition von Zwangsarbeit im Sinne des Übereinkommens 29 ungenau und lässt sich aufgrund der allgemeinen Arbeitsvoraussetzungen nicht anwenden, vor allem, da der Text im Zusammenhang kolonialer Verhältnisse entstanden ist und nicht mit Blick auf Kriegssituationen entworfen wurde. Bei genauer Betrachtung lässt sich gar der Versuch einer „Humanisierung“ von Zwangsarbeit erkennen.

Wie aber wurden die neuen Ideen umgesetzt? Welche Entwicklungen lassen sich festhalten, seitdem im Frühjahr 1942 deutlich wurde, dass es der nationalsozialistischen Führung nicht gelingen würde, nach Moskau durchzudringen und das Konzept eines Blitzkrieges (und damit alle langfristigen Planungen des Arbeitseinsatzes) zusammenbrachen?

¹⁶ Übereinkommen 29. Übereinkommen über Zwangs- oder Pflichtarbeit. Internationale Arbeitsorganisation, 1930, in: <http://www.ilo.org/ilolex/german/docs/gc029.htm>, letzte Version 02.05.2009, 11:29h.

¹⁷ http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/ilo_und_deutschland.htm, letzte Version 02.05.2009, 12:00h.

2. Arbeitseinsatz und Rüstungspolitik zwischen 1939 und 1945

Es zeigte sich, dass kriegswirtschaftliche Planungen des Deutschen Reiches Fehlkonzeptionen waren und bisherige monopolistische Regulierungen keine Aussicht für die Zukunft boten. Nicht nur galt es, Ersatz für die erlittenen Materialverluste durch die alliierten Bombardements im Zweiten Weltkrieg aufzubringen, vielmehr musste die deutsche Kriegswirtschaft ein langfristiges Konzept erarbeiten, das Arbeitskräfte sicherstellte. Welche Änderungen aber boten eine Alternative?¹⁸

Die Mobilisierung des in- und ausländischen Arbeitskräftepotentials bot die Aussicht auf einen Aufschwung in der deutschen Rüstungsindustrie. Die „Konzentration der Produktion in den leistungsfähigsten Betrieben“¹⁹ stand dabei im Mittelpunkt der Planungen. Das Konzept sollte allerdings umfassend in die weiteren Bereiche der Volkswirtschaft eingreifen. Auch die totale Erfassung aller nicht arbeitenden Arbeitsfähigen für die Rüstungsproduktion auf dem Weg des Arbeitszwanges, wurde, wie bereits erwähnt, in die Überlegungen mit einbezogen, blieb jedoch aufgrund ihrer möglichen politischen und sozialen Folgen zunächst umstritten. Es wurde der Ruf nach einer obersten Führungsstelle in der Rüstungswirtschaft laut, um die neben dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) auch das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition sowie die Gruppierung Luftwaffe/Vierjahresplan²⁰ (Göring, Milch, Krauch) warben. Doch die Frage nach der Besetzung der Führungsstelle blieb zunächst ungeklärt.²¹

Nach einem Erlass durch Dr. Fritz Todt (zu diesem Zeitpunkt unter anderem Minister für Bewaffnung und Munition) vom 22. Dezember 1941 über die „Selbstverantwortung der Rüstungswirtschaft“ folgte die Einsetzung verschiedener Hauptausschüsse (Munition, Waffen, Panzerwagen und Zugmaschinen, Allgemeines Wehrmachtsgerät, Maschinen), durch deren Bildung die Struktur des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition zentralisiert und vereinheitlicht wurde. Durch die Neuregelungen gelang es, wichtige Prozesse in Gang zu setzen, die eine weitere Konzentration der

¹⁸ Eichholtz, Dieter: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Berlin 1985, Bd. II, S. 47.

¹⁹ Eichholtz, Dieter: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Berlin 1985, Bd. II, S. 47.

²⁰ Der Vierjahresplan sah innerhalb des anvisierten Zeitrahmens von vier Jahren vor, in der militärischen Aufrüstung der deutschen Wirtschaft bis zur „Kriegsfähigkeit“ die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen (Autarkie). Vgl. Dietrich Eichholtz: Vierjahresplan. In: Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann / Weiß, Hermann (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 200, S. 851ff.

²¹ Äußerung Zangens gegenüber Thomas: „Es müsse eine oberste Führungsstelle vorhanden sein.“ (ZStA Potsdam, FS, Film 8273, KTB Wirtschaftsrüstungsamt/Stab, Eintrag vom 16.01.1942) ; vgl. dazu auch Eichholtz: Kriegswirtschaft, S. 48+49.

kriegswirtschaftlichen Regulierungsgewalt mit sich bringen sollte. In den kommenden Wochen folgten weitere Bemühungen, das Ministerium und die Organisation der Ausschüsse zu erweitern und neu zu formieren.²²

Am 9. Februar 1942 wurde Albert Speer zum Nachfolger Todts ernannt, nachdem dieser bei einem Flugzeugunfall tödlich verunglückt war. Hitler gelang es durch den Wechsel dem Minister erweiterte Machtbefugnisse einzuräumen, bis sich schließlich die Frage um eine leitende Stelle klärte und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition zur kriegswirtschaftlichen Kommandozentrale wurde. Die herrschende Instabilität des staatsmonopolistischen Mechanismus in der Kriegswirtschaft wurde ausgeglichen. Im Folgenden wurde der Minister für Bewaffnung und Munition zum „Generalbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben“ (GB Rüst) und sicherte sich damit gegenüber Göring als Beauftragtem des Vierjahresplans eine einheitliche Lenkung und die Befugnis, allen „Geschäftsgruppen, Generalbevollmächtigten, Bevollmächtigten usw. im Rahmen des Vierjahresplans [...] in Fragen der Rüstung in meinem (*Anm.:* Görings) Auftrag Weisungen zu erteilen“.²³

Hauptaugenmerk rüstungspolitischer Entscheidungen wurde also die zentrale Planung der Volkswirtschaft zugunsten der imperialistischen Bestrebungen. Zum anderen galt es, die diktatorische Regulierungsgewalt über alle Arbeitskräfte im faschistischen Machtbereich zu systematisieren, ohne den Unmut der Öffentlichkeit zu erwecken. Ein Weg sollte die Einsetzung eines „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ und des Organs „Zentrale Planung“ bieten, beides staatliche Institutionen, die im März und April 1942 eingerichtet wurden.²⁴

Um die Anwerbung von Arbeitskräften in besetzten Gebieten zu intensivieren und den Arbeitseinsatz zu koordinieren, setzte Hitler im März 1942 Fritz Sauckel für den Posten des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA) ein. Sauckel stellte die Anwerbung systematisch auf Zwangsmaßnahmen um, doch während seine Methoden in den besetzten Gebieten schonungslos auf die Bevölkerung niederschlugen, bemühte er sich innerhalb des Deutschen Reiches um eine sachgemäße Behandlung der

²² ZstA Potsdam, FS, Film 2312.; vgl. dazu Eichholtz: Kriegswirtschaft, S. 50+51.

²³ Rede Speers vor den Gauwirtschaftsberatern, Gauamtsleitern für Technik und Gauobleuten der DAF (Deutsche Arbeitsfront) vom 18.4.1942 (BA Koblenz, R 3/1547); Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. II, S. 63-65.

²⁴ Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Berlin 1985, Bd. II 1941-1943, S. 74.

ausländischen Arbeiter. Neben der Anwerbung für den Reichseinsatz sollten Beauftragte in den besetzten Gebieten oder andere militärische beziehungsweise zivile Arbeitsdienststellen darauf achten, dass die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen der deutschen Besatzungsbehörden der Anwerbung ein positives Image verliehen. Die Anwerbung fand in allen besetzten Gebieten und verbündeten Staaten einschließlich der nicht besetzten Länder Bulgarien und Spanien statt, nicht jedoch in Finnland, Portugal, Rumänien, Schweden und der Schweiz. Freiwillige meldeten sich in den lokalen deutschen Werbebüros vor Ort und unterschrieben nach eingehender medizinischer und fachlicher Prüfung einen Einheitsvertrag, erhielten von ihrem Staat die erforderlichen Papiere für die Ausreise und fuhren gemeinsam mit einer Gruppe weiterer Freiwilliger in einem Sonderzug nach Deutschland. Auf dem Land setzten die Bevollmächtigten auf die sonntägliche Werbung in Dörfern, insbesondere nach und vor dem Kirchgang.

Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte schien zunächst die Aussicht zu bieten, dass kriegswichtige Produktionen für die Rüstung aufrecht oder gar gesteigert werden könnten. Frauen und Männer aus verschiedenen besetzten Gebieten arbeiteten in den folgenden Jahren in Waffen- und Munitionsbetrieben, freiwillig oder gegen ihren Willen. Doch nach kurzer Zeit wurde deutlich, dass die Anwerbung „freiwilliger“ Arbeitskräfte nicht die gewünschten Erfolge bringen würde. So griff das NS-Regime auf repressive Maßnahmen zurück, deportierte Millionen von Menschen, die in Haftstätten und Lagern untergebracht wurden, und zog sie zur Arbeit in der Rüstungsindustrie heran. Die zunehmenden Bombenangriffe der Alliierten führten dann ab Sommer 1943 zu erheblichen Produktionsverlusten. Mit der Untertageverlagerung kriegswichtiger Produktionsbetriebe im Rahmen des Mineralölsicherungsplans, auch „Geilenberg-Programm“ (vgl. Kap. 4.1) genannt, versuchte die Reichsführung weitere Verluste zu vermeiden. Es wurden Geheimprojekte entworfen, die in verschiedenen Regionen Deutschlands umgesetzt werden sollten. Darunter auch das Bauvorhaben „Schwalbe I“ im nordrhein-westfälischen Sauerland.

3. Das Geheimprojekt „Schwalbe I“

Im Herbst 1943 beschloss das Reichministerium für Bewaffnung und Munition unter Albert Speer also Höhlen, Eisenbahn- und Straßentunnel, Steinbrüche und versteckte Täler für die Produktion der kriegsnotwendigen Mittel benutzbar auszubauen und fand geeignete Standpunkte in den bewaldeten Gebieten im Nordosten Nordrhein-Westfalens. Im Raum Menden initiierte das Reichsministerium das Bauvorhaben „Schwalbe I“. Die gebirgige Topographie und die direkte Anbindung an ein geschlossenes Transportwesen nahe dem Ruhrgebiet boten beste Voraussetzungen. Unter dem Decknamen „Schwalbe I“ begannen im Spätsommer 1944 im versteckt liegenden Hönnetal zwischen Menden und Balve Arbeiten an einem Tunnelsystem, das nach Beendigung des Bauvorhabens ein unterirdisches Hydrierwerk zur Herstellung von Flugbenzin, einem Treibstoff für Dieselmotoren und Gasturbinen in Flugzeugen.²⁵

Wie aber wurde das Bauvorhaben verwaltet und welche Planungen wurden auf überregionaler und regionaler Ebene entwickelt?

Verantwortlich für alle Planungen, die die im Kriegswirtschaft im Allgemeinen betrafen, war zu diesem Zeitpunkt das Reichsministerium für Rüstung und Kriegswirtschaft (Bezeichnung seit 02.06.1943, zuvor „Reichsministerium für Bewaffnung und Munition“). Bereits im April 1944 hatte Albert Speer als zuständiger Reichsminister für das Ressort mit einer Denkschrift an Hitler eine Neuorganisation der Bauverwaltung im Reich initiiert. Im gleichen Jahr übernahm die so genannte „Organisation Todt (OT)“ das Bauwesen und wurde zum maßgebendem Organ zur Lenkung von Bauprojekten wie „Schwalbe I“.²⁶

3.1 Das neue Reichsbauwesen: Die „Organisation Todt (OT)“ und das „Geilenberg-Programm“

²⁵ <http://www1.historisches-centrum.de/zwangsarbeit/stollen.html>, letzte Version 02.05.2009.
vgl. Grundsätze für die Tarnbezeichnung der unterirdischen Verlagerungsbauten, 15.4.1944 (Bundesarchiv Berlin, R 7/1192, Bl. 9ff.: Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion).
Wichert, Hans Walter: Decknamenverzeichnis deutscher unterirdischer Bauten des Zweiten Weltkrieges, Marsberg 1993.

²⁶ vgl. Seidler, Franz W.: Die Organisation Todt. Bauen für Wehrmacht und Staat 1938-1945, Bonn 1998, S. 248.

Als Hitler am 28. Mai 1938 Dr.-Ing. Fritz Todt (ab 1933 Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Gds) beauftragte, eine Festungszone an der deutschen Westgrenze entlang der französischen Marginotlinie (Westwall) zu bauen, leitete er ein bauliches Großprojekt ein, in dessen Folge Todt ab Juni 1938 die Vollmacht erhielt, alle nötigen Materialien und Arbeitskräfte für das Bauprogramm nach eigenem Ermessen zu beschaffen. Die „Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung“ vom 22. Juni 1938 sicherte die Mobilisierung von Arbeitskräften für rund 1000 Firmen, die mit ihrem Gerätepark und ihrem Stammpersonal am Westwall eintrafen. Der Name „Organisation Todt“ fiel dann im Juli 1938 zum ersten Mal, als Hitler den Ausdruck für die Arbeiter am Westwall benutzte. Bis zum Ende des Krieges wurde der Name beibehalten, auch als Speer zum Nachfolger Todts wurde.²⁷

Mit dem Bau des Westwalls initiierte Todt einen groß angelegten Arbeitseinsatz, der in den folgenden Kriegsjahren über den Westwall-Bau hinaus das Reichsbauwesen bestimmte. Die bis 1943 ausschließlich in den vom Deutschen Reich besetzten Gebieten arbeitende Organisation begann mit den zunehmenden alliierten Luftangriffen mit Arbeiten an der Infrastruktur des Reiches. 1942 wurde die OT durch Hitler angewiesen, mehrere Bautrupps zur Beseitigung von Bombenschäden in den größeren luftgefährdeten Städten abzuschicken, eine Verfügung, die den Anfang des so genannten „Ruhr-Einsatzes“ darstellte.²⁸

Während die Krise der Bauwirtschaft 1943 einen rapiden Rückgang der Wirksamkeit des Amtes Bau im Reichsgebiet zur Folge hatte, wuchsen die Erfolge der Organisation Todt. Um das kriegswichtige Bauwesen und den Arbeitseinsatz nicht weiter zu gefährden, schlug Speer am 19. April 1944 die Gründung einer „OT-Inland“ vor, die unter der Leitung des Ministerialrats Willi Henne, Beigeordneter des Gds, die Aufträge Hitlers unter Nutzung der Selbstverantwortung der Bauindustrie durchführen sollte. Um seinem Anliegen Nachdruck zu verleihen, ernannte Speer am 29. April 1944 mit Wirkung zum 1. Mai 1944 Ministerialdirektor Dorsch zum Chef des Amtes Bau im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion. Das bedeutete, er wurde zu

²⁷ Seidler, Franz W.: Die Organisation Todt. Bauen für Staat und Wehrmacht. 1938 bis 1945, Bonn 1998, S. 15-16.

Kumpf, Walter: Die Organisation Todt im Kriege, in: Bilanz des Zweiten Weltkrieges. Erkenntnisse und Verpflichtung für die Zukunft, Oldenburg 1953, S. 219.

Seidler, Franz W.: Fritz Todt. Baumeister des Dritten Reichs, München 1986, S. 163ff.

von Kotze, Hildegard (Hrsg.): Heeresadjutant bei Hitler 1938-1943, Aufzeichnungen des Majors Engel, Stuttgart 1974, S. 904.

²⁸ Seidler, Franz W.: Die Organisation Todt, S. 115.

seinem Vertreter als Generalbevollmächtigter für die Regelung der Bauwirtschaft und zu seinem Vertreter in allen Angelegenheiten der Organisation Todt: „Um dem vom Führer befohlenen Einsatz der Organisation Todt auch im Reichsgebiet die Möglichkeit zur reibungslosen Durchführung der zur Erhaltung der Rüstung und Kriegsproduktion auf weite Sicht notwendigen Bauaufgaben zu schaffen.“ So wurden im Zuge der Umordnung des Bauwesens im Reichsgebiet die Dienststellen des bisherigen Amtes Bau mit der Zentrale OT zum „Amt Bau-OT“ vereinigt und die gesamte Bauorganisation der Kriegsmarine einschließlich aller Beamten, Angestellten und Arbeiter sowie der Geräte und Materialien „für die Dauer des Krieges“ gebündelt. Zudem übernahm das Amt die Entwicklung und Beschaffung von Baumaschinen und Baugeräten für das gesamte zivile und militärische Bauwesen. Am 24. August 1944 übernahm der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion und Chef der Organisation Todt Albert Speer (seit 1943) durch einen Erlass Hitlers über den Kriegseinsatz die gesamte Bauverwaltung im Reich. Aufstellung und laufende Bearbeitung regionaler Bauprogramme, die Festlegung des Baubetriebsplans oblag den vom Chef der OT bestimmten Einsatzgruppenleitern, das hieß auch die Bestimmung des Bauträgers für die Ausführung und die Umsetzung der Arbeitskräfte und damit die gesamte Bauausführung. Kriegsbedingte zivile Baumaßnahmen hingegen unterlagen der Führung Baubevollmächtigter bei den Reichsverteidigungskommissaren. Gaubeauftragte überwachten im Wesentlichen die örtliche Fliegerschädenbeseitigung und Luftschutzbautenerstellung und waren die Verbindung zwischen den OT-Einsatzgruppenleitern und den Gauleitern. OT-Standortführer wurden in allen Land- und Stadtkreisen von den OT-Einsatzgruppenleitern bestimmt, um die OT gegenüber den örtlichen Behörden, Wehrmachtsdienststellen und Parteieinrichtungen zu repräsentieren.²⁹

²⁹ Seidler, Franz W.: Die Organisation Todt. Bauen für Wehrmacht und Staat 1938-1945, Bonn 1998, S. 248-252.

vgl. Schreiben Speer an Göring vom 29.4.1944 (Bundesarchiv R 3/1637, Bl. 19 ff.)

vgl. Bundesarchiv R 50 I/3 und R 3/1637, Bl. 10f.

vgl. Mitteilungsblatt der OT-Zentrale vom 10.8.1944.

vgl. Mitteilungsblatt der OT-Zentrale vom 20.7.1944.

vgl. Bundesarchiv R 50 I/220, Bl. 74.

Dorsch, Xaver: Organisation Todt in Frankreich und in Deutschland, Maschinenmanuskript im Besitz des Verfassers, S. 50ff.

vgl. Dienstanweisung für OT-Einsatzgruppenleiter, (Bundesarchiv R 50 I/5)

vgl. Nachrichtendienst für das Bauwesen 909/10 vom 8./15. 11. 1944 (Bundesarchiv R 3/3272)

vgl. Anordnung über das Bauvorhaben vom 8.8.1944, in: Mitteilungsblatt der OT-

Zentrale vom 20.8.1944, S. 179 ff. (Bundesarchiv R 3/156, Bl. 135)

vgl. Vermerk Amt Bau-OT vom 21.11.1944 (IfZ Akten der Parteikanzlei 101116832 ff.)

Dittrich, Rudolf: Vom Werden, Wesen und Wirken der Organisation Todt,

Maschinenmanuskript, Bundesarchiv, Kleine Erwerbungen Nr. 529-1, S. 64 f.

vgl. Erlass Chef Bau-OT vom 1.11.1944 (IfZ Akten der Parteikanzlei 10800571 ff.)

Schließlich wurde die erste binnendeutsche OT-Einsatzgruppe, die später den Namen „Einsatzgruppe Rhein-Ruhr“ erhielt, eingesetzt. Ein Erlass Speers vom 3. September 1944 teilte die Bereiche der Rüstungsinspektion auf acht OT-Einsatzgruppen auf. Unter anderem bildete sich in diesem Zuge die „Einsatzgruppe III (Hansa) im Bereich der Rüstungsinspektionen VI und X (Reichsgaue 17, 29, 9, 37, 24, 38, 5, 6, 39)“, die überwiegend im Weser-Ems-Land operierte und ihren Sitz in Oldenburg hatte (Später hatte die Gruppe eine verantwortliche Rolle in der Durchführung des Geheimprojekts „Schwalbe I“, vgl. ff. Seiten).³⁰

So war in den letzten Kriegsmonaten eine der wichtigsten Aufgaben der OT im Reich, luftgefährdete Rüstungsbetriebe unter die Erde oder in Waldgebiete auszulagern. Unter dem Namen „Geilenberg-Programm“ war 1944 ein Mineralölsicherungsplan aufgestellt worden, der das Ziel verfolgte, den drohenden Zusammenbruch der Treibstoffversorgung zu verhindern. Dieser stand durch die alliierten Bombenangriffe auf die Anlagen der Treibstoffherstellung kurz bevor. Der bisherige Leiter des Hauptausschusses für Munition im Reichsrüstungsministerium, der Braunschweiger Stahlindustrielle Edmund Geilenberg wurde am 30. Mai 1944 von Hitler zum „Generalkommissar für die Sofortmaßnahmen beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion“ ernannt. Geilenberg erstellte im Juni 1944 mit Carl Krauch, Vorstandsvorsitzender der I.G. Farben und „Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung“, den Mineralölsicherungsplan. Der Plan sah die Sicherstellung der Grundversorgung mit Treibstoffen vor. Dazu gehörten einfachste Destillationsanlagen vorhandener Dampfkessel, die Untertageverlagerung ganzer Raffinerien wie auch der Neubau zahlreicher Kleindestillationsanlagen. 1943 existierten zwölf produzierende Hydrierwerke für Treibstoffe und im Frühjahr 1944 15. Im März 1945 betrug die Kapazität der Hydrierwerke drei Prozent des Höchststandes aus dem Jahr 1943. Die Pläne, die Mineralölversorgung Deutschland sicherzustellen, scheiterten schließlich.³¹

Die neuen Bauvorhaben koordinierte die OT unter Mithilfe der OT-Einsatzgruppenleiter vor Ort und ließ Gutachten über die Standorte der Untertageverlagerung anfertigen. In den letzten Kriegsjahren baute die Organisation entweder in eigener Regie oder sie half

³⁰ Seidler: Die OT, S. 118-122.

vgl. Der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion vom 3.6.1944, (IfZ Akten der Parteikanzlei 10116815; Bundesarchiv R 2/21716; Karte Bundesarchiv R 3/1803, Bl. 3).

³¹ Karlsch, Rainer/ Stokes, Raymond G.: Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859-1974, München 2003, S.

dem zu verlegenden Rüstungsbetrieb bei der Durchführung. Eine weitere Alternative war, dass der Betrieb ohne die Inanspruchnahme der OT in eigener Zuständigkeit und Verantwortung baute. Um die Projekte geheim zu halten, belegte die Führung alle unterirdischen Anlagen mit Tarnbezeichnungen in folgenden Gruppen:

- Schachtanlagen: Tiernamen
- Stollenanlagen: Fischnamen
- Tunnel: Vogelnamen (vgl. „Schwalbe I“)
- Festungswerke: Pflanzennamen
- natürlich Höhlen: Münzbezeichnungen.

Das Reich übernahm die Kosten für den Ausbau einschließlich der allgemeinen maschinentechnischen Ausstattung (Stromversorgung, Belüftung, Beheizung, Be- und Entwässerung).³²

Neben der Organisation Todt als verantwortliche Leitung in allen Projekten, war auch die SS unter der Leitung des SS-Obergruppenführers Dr.-Ing. Kammler mit etwa 20 Prozent am Geilenberg-Programm beteiligt, unter dessen Führung KZ-Häftlinge arbeiteten, die zum Beispiel Tunnel im Harzgebirge schlugen. Von den etwa 500 000 Arbeitern des Geilenberg-Programms kamen etwa 10 Prozent von der OT.³³

So zog die Neuordnung des Reichsbauwesens auch die Neuordnung der Organisation Todt mit sich, beziehungsweise bedingten sich die Planungen zur Sicherung der Kriegswirtschaft und der Ruf nach einer fähigen leitenden Stelle, die die Kompetenzen im Bauwesen bündeln sollte. Ab 1944 gelang es der Organisation Todt zum lenkenden Instrument des Bauwesens zu werden und somit auch über die Zielsetzungen im Arbeitseinsatz zu bestimmen. Mit der aufkommenden Notsituation, kriegswichtige Produktionsbetriebe untertage zu verlagern, wurde auch das als geheim eingestufte Projekt „Schwalbe I“ im Raum Menden entwickelt. Im Rahmen des Geilenberg-Programms beabsichtigte die Reichsführung im Schutz des Tunnelsystems im Hönnetal

³² Seidler: Organisation Todt, S. 115+122.

vgl. Der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion vom 3.6.1944 (IfZ Akten der Parteikanzlei 101116815; Bundesarchiv R 2/21716; Karte Bundesarchiv R 3/1803, Bl. 3).

vgl. Schreiben Speer an Hitler vom 19.4.1943 (Bundesarchiv R 3/359).

³³ Seidler: Organisation Todt, S. 122-124.

vgl. Der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion – Amt Bau vom 15.11.1944 (Bundesarchiv R 3/1808, Bl. 353 f.).

vgl. „Grundsätze für den Luftschutz unterirdischer Verlagerungsbauten“ und „Grundsätze für die Benutzung von Bergwerken zur Verlagerung von Fertigungsbetrieben“ (Bundesarchiv R 65 I/37).

zwischen Menden und Balve ein Hydrierwerk zur Herstellung von Flugbenzin zu errichten. Was geschah im Rahmen des Projektes in den letzten Kriegsmonaten zwischen 1944 und 1945?

3.2 Der Beginn des Bauvorhabens „Schwalbe I“

Eingebettet in die Neuordnung des Bauwesens im Dritten Reich und das Geilenberg-Programm, unterstand das Bauvorhaben „Schwalbe I“ in der ostwestfälischen Region also der Federführung der Organisation Todt (OT). Die „Einsatzgruppe Hansa“ überwachte als Teil der OT die wesentlichen Bauschritte von „Schwalbe I“. Eine Abordnung der Einsatzgruppe, die im Kamillushaus in Essen Heidthausen ansässig war, war der Ansprechpartner für die ortsansässigen Behörden in den Gemeinden um Menden (unter anderem Lendringsen, Schwitten und Hüingsen). Vor Ort bestimmte die „Oberbauleitung Schwalbe“ über die baulichen Maßnahmen und organisierte und überwachte den Arbeitseinsatz. Insgesamt 23 Firmen aus der Region und aus dem angrenzenden Ruhrgebiet waren der Organisation Todt zwischen 1943 und 1944 im Rahmen des Projektes „Schwalbe I“ kriegsdienstverpflichtet (siehe Schaubild) und führten gemeinsam mit der OT die Arbeiten am Tunnelsystem und erweiterte Luftschutzmaßnahmen aus.³⁴

In Absprache mit den Ortskommandanturen der Gemeinde Lendringsen, Hüingsen und Oberrödinghausen (Standorte für das Bauvorhaben „Schwalbe I“), dem Amtsbürgermeister im Amt Menden, dem Bürgermeister in Lendringsen und dem Wehrmachtsstandortältesten von Menden, nahm die Organisation Todt Planungen für die Ausführung von „Schwalbe I“ in Angriff. Mit einem Schreiben vom 11. Dezember 1944 an die Organisation Todt, Amt Bau in Berlin Charlottenburg IX, bestätigte der erste Amtsbeigeordnete Cosack in Menden den Beginn des Bauvorhabens „Schwalbe I“ in der Gemeinde Lendringsen.

Bereits im Herbst 1944, so heißt es in einem späteren Schreiben vom 2.1.1945, sei in der Gemeinde Lendringsen und Schwitten mit der „Kriegsentscheidenden Baumaßnahme „Schwalbe“ begonnen worden“. Rund 7000 Arbeitskräfte mussten dazu

³⁴ vgl. Schreiben Hauptbauleiter Hucke, OT-Einsatzgruppe Hansa, Abteilung Bau an den Amtsbürgermeister Menden als örtlicher Luftschutzleiter vom 28.11.1944 (Stadtarchiv Menden M 806, I 1337).

vgl. Dokument (unbenannt) (Stadtarchiv Menden M 806, I 1337).

in der Gemeinde Lendringsen untergebracht werden, weitere 1000 in der Gemeinde Schwitten. Durch die Maßnahme fühlten sich die Behörden Lendringsens mit zu diesem Zeitpunkt rund 6500 Einwohnern „vor unvorhergesehene und umfangreiche Aufgaben in der Be- und Entwässerung, sowie in der Freimachung von Gelände für den Bau von Unterkünften, Arbeitsplätzen und für die Bauanlage“ gestellt. Das vorhandene provisorische Wasserwerk, welches kurz vor Ausbruch des Krieges wegen Versiegen der Brunnen der früheren Anlage notdürftig errichtet wurde, reichte für die Versorgung von etwa 6000 Einwohnern aus, so ein Amtsbeigeordneter in seinem Schreiben an den Regierungspräsidenten in Arnsberg. Schon die Versorgung der Belegung der OT übersteige den Aufwand, der für die Versorgung der Bevölkerung der Gemeinde notwendig sei. So wurden Arbeiten an der Abwasseranlage in Angriff genommen, Verhandlungen um Grundstücke für die Bauanlage „Schwalbe“ und Angestellte und Arbeiter geführt und zwei Werkswasserversorgungsleitungen von der Ruhr durch die Gemeinden Schwitten und Lendringsen zum geplanten Werk gelegt und Planungen in Angriff genommen, um später auch Straßen, Versorgungsleitungen und so weiter auszubauen.³⁵

Beteiligt an den laufenden Erledigungen für das Projekt „Schwalbe I“ waren im Januar 1945 neben dem Amtsbaumeister des Amt Menden eine weibliche Verwaltungsangestellte und eine Stenotypistin. Sowohl der Rohrmeister als auch der Rohrschlosser des Wasserwerks Lendringsen waren zur Wehrmacht eingezogen worden. Ersatzkräfte konnte das Arbeitsamt nicht stellen. So bat der Amtsbeigeordnete, vor allem auch in Hinblick auf die unzureichende Wasseranlage, darum, die Abkommandierung des Amtsbaumeisters Heymann rückgängig zu machen.³⁶ Ob und wann der Amtsbaumeister Heymann zur Unterstützung zurück gesandt wurde, ergibt sich aus den Quellen nicht.

Mit Voranschreiten der Arbeiten am Projekt „Schwalbe I“ stieg in den Gemeinden Lendringsen und Schwitten und den umliegenden Orten die Angst vor verschärften Luftangriffen. Trotz des Versuches strenger Geheimhaltung war das Bauvorhaben einer Gefahr ausgesetzt, und damit ebenso die Bevölkerung in der sauerländischen Region. Der Amtsbeigeordnete Cosack wies darum die Organisation Todt, Amt Bau in Berlin Charlottenburg IX am 11.12.1944 darauf hin, dass erweiterte Luftschutzmaßnahmen

³⁵ vgl. Schreiben Amtsbeigeordneter an den Regierungspräsidenten in Arnsberg, d.d. Herrn Landrat in Iserlohn vom 2.1.1945 (Stadtarchiv Menden M 806, I 1337).

³⁶ vgl. Schreiben Amtsbeigeordneter an den Regierungspräsidenten in Arnsberg dd. Herrn Landrat in Iserlohn vom 2.1.1945, (Stadtarchiv Menden M 806, I 1337).

notwendig seien, für deren Ausführung der Gemeinde jedoch weder Arbeitskräfte noch Geräte und Material zur Verfügung ständen.³⁷ Bereits in den Monaten zuvor fand das Projekt „Schwalbe I“ Erwähnung im Briefverkehr der ortsansässigen Behörden mit den verschiedenen Stellen der OT und Werksbeauftragten des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegswirtschaft. Schon vor Baubeginn bat der Amtsbürgermeister in Menden am 19.10.1944 in einem Schreiben um eine „Verbesserung und ordnungsmäße Herrichtung, insbesondere der Luftschutzkeller der Bevölkerung“ aufgrund der „dort im Bau begriffenen Anlagen“.³⁸ In einem Aktenvermerk hieß es dann: „Da Bunkerhochbauten wegen Mangel an Material und Arbeitskräften nicht so schnell durchgeführt werden können, sollen bombensichere Tiefstollen zur Ausführung gelangen und zwar: 1.) Am Weberkopf in Hüingsen für 500 Personen, 2.) Unterhalb der neuen Schule am Grinsberg [...], 3.) Vom Heilersiepen unter der Karl-Becker-Straße mit einem Eingang vom Grundstück des Lehrer Baukrowitz bis zur Bieberbergstraße, wo auch wieder ein Eingang angelegt werden soll.“³⁹ So befand im weiteren der Kreisangestellte Ebel, dass „für den Luftschutzort Lendringsen“ „die Anlage von „2 LS (Anmerk.: Luftschutz-) -Stollen mit 4 Betriebsstellen angesichts der besonderen Verhältnisse dringend erforderlich“ sei und gab an, dass „zur Durchführung dieses Vorhabens [...] u.a. 40 Hilfsarbeiter (Ostarbeiter) benötigt“ würden. Die Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke, Betriebsabteilung Hönnetal, habe sich mit „Rücksicht auf die Dringlichkeit des Bauvorhabens entgegenkommender Weise bereit erklärt, die [...] im Stollenbau erfahrenen 28 Ostarbeiter für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen“.⁴⁰ Jedoch lehnte die OT-Einsatzgruppe Hansa, Abteilung Bau, mit einem Schreiben vom 28.11.1944 an den Amtsbürgermeister Menden als örtlichen Luftschutzleiter den Bau der Luftschutzstollen in Lendringsen zunächst ab, „sofern größere Baustoffmengen, insbesondere Zement“, erforderlich seien.⁴¹ Außerdem dürften „Luftschutzmaßnahmen, wie Bunker- und Stollenbau in das Geilenberg-Programm nicht aufgenommen werden“, stattdessen sollte die Gemeinde „durch Splittergräben und kleinere Erdlöcher eine Sofortmaßnahme für die Bevölkerung in Lendringsen“ durchführen.⁴² Noch im Januar

³⁷ vgl. Schreiben Amtsbeigeordneter Cosack an die Organisation Todt, Amt Bau in Berlin Charlottenburg IX vom 11.12.1944 (Stadtarchiv Menden M 806, I 1337).

³⁸ vgl. Schreiben Amtsbürgermeister Menden an das Forstamt in Letmathe, Schreiben d.Hd.d. Herrn Landrats in Iserlohn vom 19.10.1944 (Stadtarchiv Menden M 806, I 1337).

³⁹ vgl. Aktenvermerk betr. Stollenbau in Lendringsen vom 24.10.1944 10 Uhr (Stadtarchiv Menden M 806, I 1337).

⁴⁰ vgl. Schreiben Kreisangestellter Ebel an die Kreiskommission für den totalen Kriegseinsatz in Iserlohn, Kreishaus vom 2.11.1944 (Stadtarchiv Menden M 806, I 1337).

⁴¹ vgl. Schreiben Hauptbauleiter Hucke an den Amtsbürgermeister Menden als örtlicher Luftschutzleiter vom 28.11.1944 (Stadtarchiv Menden M 806, I 1337).

⁴² vgl. Schreiben Werksbeauftragter „Schwalbe“ Heinrich, Arbeitsstab Geilenberg, Der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion an den Amtsbürgermeister Menden vom 11.12.1944 (Stadtarchiv Menden M 806, I 1337).

1945 folgten bittende Schreiben des Amtsbeigeordneten an die Organisation Todt, Einsatzgruppe Rhein/Ruhr in Essen-Heidhausen.⁴³ Nach weiteren vergeblichen Verhandlungsversuchen mit den zuständigen OT-Stellen, geht aus einem Schreiben vom 28.2.1945 eines Amtsbeigeordneten an den Landrat Iserlohn hervor, dass mit Stollenarbeiten in Lendringsen begonnen wurde.⁴⁴ Im März allerdings, zwei Monate vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges und damit dem Ende des nationalsozialistischen Regimes, wies der Amtsbeigeordnete darauf hin, dass, wenn der Bunkerbau in diesem Tempo weitergehe, die Arbeiten ungefähr zehn Jahre nach dem Krieg beendet sein würden. Im gleichen Zuge beschwerte sich der Beigeordnete über die Arbeitsmoral der dort eingesetzten Russen, „die sich damit beschäftigten, möglichst wenig zu tun“. Es müsse „hier Wandel geschaffen werden, und eine tatkräftige Aufsichtsperson verantwortlich gemacht werden, die für den Fortgang der Arbeiten verantwortlich gemacht werden kann“.⁴⁵ Schon im April 1945 erreichten amerikanische Truppen die Region des Projekts „Schwalbe I“.⁴⁶

Durch das Bauvorhaben „Schwalbe I“ hatten sich bis zum 24.11.1944 13 Lager in Lendringsen und Schwitten gebildet, die zu diesem Zeitpunkt von 3148 Menschen, davon 50 Frauen, besetzt waren, darunter neben Ostarbeitern, Franzosen und Italiener auch lediglich als „Bergarbeiter“ bezeichnete Personen (Einzelheiten siehe Schaubild).

3.3 Arbeitseinsatz und Lagerbildung im Amtsbezirk Menden

Am 8.9.1939 erhielt das Wehrkreiskommando VI in Münster (wohl als Folge der fortschreitenden Meldungen über die Gefangennahme zahlloser Häftlinge bei Operationen im Osten) vom zuständigen Amtsbürgermeister in Menden das Angebot, mehrere Örtlichkeiten zur Unterbringung der Gefangenen bereit zu stellen. Durch die Verlegung des Wasserwerks der Stadt Hamm auf die andere Seite der Ruhr seien Häuser frei geworden, die im Besitz der Stahlwerke Wickede waren und die sich mit geringen Kosten für die Unterbringung herrichten ließen. Das Gelände zeichne sich als geeignet aus, da es von Norden durch den Wasserlauf der Ruhr begrenzt und von den angrenzenden Häusern genügend weit entfernt sei. Das rein landwirtschaftliche Gebiet

⁴³ vgl. Schreiben Amtsbeigeordneter an die Organisation Todt, Einsatzgruppe Rhein/Ruhr in Essen-Heidhausen vom 30.1.1945 (Stadtarchiv Menden M 806, I 1337).

⁴⁴ vgl. Schreiben Amtsbeigeordneter an Landrat in Iserlohn vom 28.2.1945 (Stadtarchiv Menden M 806, I 1337).

⁴⁵ vgl. Schreiben Amtsbeigeordneter im Namen des Amtsbürgermeisters an das Amtsbauamt vom 8.3.1945 (Stadtarchiv Menden M 806, I 1337).

⁴⁶ Lofti, Gabriele: KZ der Gestapo. Arbeitererziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart/München 2000, S. 303.

bierte genügend Arbeit für die Häftlinge. Bereits 19 Tage später traf eine Kommission des Kriegsgefangenenstammlager Hemer (StaLag VI A) im Amtsbezirk Menden ein, die den Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen in Kooperation mit dem Beauftragten des Landesarbeitsamtes regelte (Die Organisation erhaltener Arbeitskommandos (siehe unten), also Unterbringung, Verpflegung und so weiter, war durch die Gemeinde zu übernehmen).⁴⁷

Das StaLag (Stammlager) VI A in Hemer im Märkischen Kreis im Regierungsbezirk Arnsberg war Ende September/ Anfang Oktober (die Angaben variieren) eröffnet worden und "verwaltete" bis zur Schließung am 14.4.1945 etwa 106 800 männliche Insassen (23 000 tatsächlich im Lager). Es war damit das größte Kriegsgefangenenlager im Reich. Zeitweise verwaltete Hemer mehr als 100 000 Gefangene, davon mehr als 90 000 Sowjetbürger.⁴⁸

Ursprünglich war das StaLag VI A für 10 000 polnische Kriegsgefangene ausgerichtet gewesen. Schließlich organisierte es dann aber sowohl sowjetische, französische, belgische, serbische, italienische als auch rumänische Häftlinge. Ihren Arbeitseinsatz leisteten die Männer unter zwanghaften Bedingungen in Kohlezechen und Rüstungsbetrieben im Ruhrgebiet oder vereinzelt auf Bauernhöfen in der Umgebung. Vier Kasernenblocks und später 38 Holzbaracken und Zelte bildeten das Lager in Hemer, das sich außer in seiner Bezeichnung (nach Anordnung der SS) in seiner Konzeption nicht von den Konzentrationslagern des Reiches unterschied. Schätzungsweise 100 Menschen starben pro Tag bis Mitte 1943 im StaLag VI A, in den letzten zwei Jahren des Krieges starben insgesamt etwa 60 000 Tote. Vor allem die rund 97 000 sowjetischen Insassen, die 1944 in Hemer verwaltete wurden, hatten unter der rassenideologischen Vernichtungstheorie der Nationalsozialisten zu leiden. Mit Kriegsbeginn gegen Frankreich, Belgien und die Niederlande und mit der Ankunft der sowjetischen Kriegsgefangenen und „Süd-Ost-Gefangenen“ aus Serbien veränderten sich die Verhältnisse im Lager. Die Quartiere waren zunehmend überfüllt, sodass Umbauarbeiten im Stammlager notwendig wurden.⁴⁹

⁴⁷ vgl. Schreiben Amtsbürgermeister Menden an das Wehrkreiskommando VI in Münster/ Westfalen vom 8.9.1939 (Stadtarchiv Menden, M 806, I 1337).

⁴⁸ Stopsack, Hans-Hermann/ Thomas, Eberhard (Hrsg.): StaLag VI A Hemer. Kriegsgefangenenlager 1939-1945. Eine Dokumentation, Hemer 1995, S.67.

⁴⁹ Kraus, Stefan: NS-Unrechtsstätten in Nordrhein-Westfalen. Ein Forschungsbeitrag zum System der Gewaltherrschaft 1933-1945. Lager und Deportationsstätte, S.103.
Puvogel, Ulrike: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, in: Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) 245, Bonn 1987, S. 548-550.
Stopsack, Hans-Herrmann/ Thomas, Eberhard (Hrsg.): StaLag VI A Hemer.

Neben dem Leiter des StaLag VI A, Major Norndrup, Adjutant Burkert, Kreisbauernführer Hidding und Stabsleiter Frank der Kreisbauernschaft in Lethmathe, besichtigten nach dem Angebot des Amtsbürgermeisters in Menden am 28.9.1939 auch Männer des Arbeitsamts Iserlohn das vorgesehene Gelände an der Ruhr. Mit Zustimmung der Kommission zur Unterbringung der Kriegsgefangenen für die Landwirtschaft wurden vier Orte bestimmt: die Schule in der Lürbke, die Schule in Werringsen, das Restaurant Lenze in Böisperde und das alte Schulgebäude in Sümmern. 20 Kriegsgefangene mit zwei Wachmannschaften sollten in der Schule in der Lürbke Platz finden. Wasser- und Reinigungsmöglichkeiten sowie ein Abort mussten errichtet werden. Weitere 30 Kriegsgefangene für die Gemeinden Werringsen, Wimbern und für den oberen Teil der Gemeinde Schwitten wurden zur Unterbringung in der Schule in Werringsen vorgesehen. Das Restaurant Lenze sollte zunächst 60 Kriegsgefangene für die Gemeinden Böisperde und Halingen, sowie für den unteren Teil der Gemeinde Schwitten beherbergen. In dem am Eingang des Schulhofs in Sümmern gelegenen Gebäudes ließen sich 30 Kriegsgefangene mit zwei Wachmannschaften unterbringen. Die Fenster in allen Anlagen waren zu vergittern beziehungsweise mit Drahtnetzen zu versehen. Durch Abkleidungen wurden separate Unterkünfte für das Wachpersonal geschaffen. Ein Vorkommando aus Facharbeitern verschiedener Handwerksspaten sollte die nötigen Maßnahmen ausführen, die zur Herstellung der Unterkünfte notwendig waren. Die Kosten übernahm zunächst die Gemeinde, bis eine Verrechnung mit dem Träger der Arbeit oder dem Landkreis erfolgte. Innerhalb einer Woche rechneten die örtlichen Behörden mit dem Eintreffen der Kriegsgefangenen. Im Allgemeinen sollten bei der Auswahl der Lagerstätten neben den militärischen auch die verschiedenen polizeilichen Gesichtspunkte eingehend beachtet werden. Die Lager sollten möglichst in freistehenden Gebäuden eingerichtet werden, sodass ein unmittelbarer Verkehr mit der Bevölkerung der umliegenden Gemeinden unmöglich war. Neben der Sicherung des Lagers und der Trennung der Unterkünfte von Gefangenen und Wachpersonal mussten Tische aufgestellt und Draht zum Trocknen von Kleidung gezogen werden. Die Schlafstätten waren durch Bretter abzugrenzen. Jeder Kriegsgefangene sollte zwei Decken, einen Strohsack und ein Handtuch zugewiesen bekommen.⁵⁰

Kriegsgefangenenlager 1939-1945. Eine Dokumentation, S.67.

Matello, G./ Vogt, W.: Deutsche Kriegsgefangene- und Internierteneinrichtungen 1939 - 1945. Handbuch und Katalog. Lagergeschichte und Lagerzensurenstempel, Koblenz 1986, Bd. I, S.16.

vgl. StA Ms, Oberpräsidium Münster, Bl. 3.

⁵⁰ vgl. Aktenvermerk betreffend Kriegsgefangenenlager vom 29.9.1939 (Stadtarchiv Menden, M 806, I 1337).

Wie gestaltete sich der Arbeitseinsatz schließlich?

Der Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen erfolgte auf der Grundlage allgemeiner Weisungen in der Reihenfolge Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Bodenverbesserungen (insbesondere Fortführung der bisher vom Arbeitsdienst durchgeführten Maßnahmen), gewerbliche Wirtschaft. Die Kriegsgefangenen wurden in „Arbeitskommandos“, die möglichst immer 50 Mann fassen sollten, vom Stammlager in Hemer auf Einsatzlager verteilt. Sicherung und Einrichtung dieser Einsatzlager war Aufgabe des Landrats und der Bürgermeister. Die Kreisbauernschaft war Träger der Arbeit und regelte daneben gemeinsam mit dem Arbeitsamt den Arbeitseinsatz bei den einzelnen Bauern. An Barlohn zahlte der Bauer durch die Kreisbauernschaft für jeden Kriegsgefangenen monatlich 13,50 Reichsmark (RM) an das Stammlager. Zudem hatte er ein Lagergeld von 0,40 RM je Arbeitstag (12 RM monatlich) für die Gefangenen an die Gemeinde zu zahlen. Für jeden Mann der Bewachungsmannschaft zahlte das Stammlager im Gegenzug täglich ein Verpflegungs- und Unterkunftsgeld von 1,20 RM plus 0,40 RM, also 1,60 RM durch die Kreisbauernschaft an die Gemeinde. In einer Wirtschaft wurde das Wachpersonal zu zwei Reichsmark täglich verpflegt. Von Lager- und Unterkunftsgeld waren die Kosten für Einrichtung, Unterhaltung und Wiederherstellung des Lagers, sowie für die Verpflegung der Wachmannschaft und die etwa entstehenden Auslagen des Ortsbauernführers zu bestreiten. Für den Lagerraum entfielen einheitlich 0,05 RM Miete für Tag und Kriegsgefangenen an den Eigentümer. Für jedes Einsatzlager wurde vom Stammlager zudem ein Kantinenvertrag abgeschlossen, soweit die Lager in den Wirtschaften untergebracht waren. Die Kriegsgefangenen erhielten vom Stammlager ein „Lagergeld“ zum Bezahlen ihrer Käufe bei den Kantinen, das die Kantinen bei der Lagerleitung in echte Währung umtauschten.⁵¹

Wachmannschaften des Stammlagers sicherten nach Dienstanweisung des StaLags die Aufsicht über die Kriegsgefangenen. Geschlossen wurden die gebildeten Arbeitskommandos aus dem Einsatzlager gegen 6.30 Uhr am Morgen zu den Bauern gebracht und unterwegs von den Bauern abgeholt. In der gleichen Form wurde der Rücktransport gegen 19 Uhr organisiert. Die Arbeitsdauer der Kriegsgefangenen richtete sich im Allgemeinen nach dem Ortsgebrauch. An Sonn- und „deutschen“

vgl. Schreiben an den Bürgermeister und Amtsbürgermeister (außer Letmathe und Menden) betreffend Einsatzlager der Kriegsgefangenen vom 14.10.1939, (Stadtarchiv Menden, M 806, I 1337).

⁵¹ vgl. Schreiben an den Bürgermeister und Amtsbürgermeister (außer Letmathe und Mende) betreffend Einsatzlager der Kriegsgefangenen vom 14.10.1939 (Stadtarchiv Menden, M 806, I 1337).

Feiertagen sollte der Kriegsgefangene dieselbe Ruhe haben dürfen, wie ein deutscher Arbeiter, das hieß, dass er ebenfalls Arbeit zu leisten hatte, sofern besondere Umstände an Sonn- und Feiertagen einen Einsatz notwendig machten. Zudem war den Gefangenen wöchentlich mindestens eine 24-stündige Ruhephase zu gewähren, im besten Fall an Sonntagen. Da Nacharbeit Raum bot für mögliche Fluchtversuche, war sie zu vermeiden, ebenso der Einsatz am Rande dichter Waldgebiete, Schonungen und unübersichtlichen Geländen. Das notwendige Werkzeug durfte nicht transportiert werden, sondern musste an der Arbeitsstelle gelagert werden. Der Kontakt zur Außenwelt wurde den Kriegsgefangenen untersagt und Lagerstätten waren angehalten, jeglichen Verkehr zu unterbinden. Brief-, Geld-, und Paketsendungen durch die Zivilbevölkerung durften nicht ausgehändigt werden. Weiterhin sollte den Kriegsgefangenen jegliche Gelegenheit genommen werden, Rundfunkgeräte zu bedienen.⁵²

Neben dem Einsatz der Kriegsgefangenen des Stammlagers in Hemer in Menden wurden etwa 3098 Männer und 50 Frauen (Stand 24.11.1944) aus Lagern in Lendringsen und Schwitte ab 1944 zur Arbeit für das Projekt „Schwalbe I“ herangezogen. Das „Strafgefangenenlager West“ im Bieberkamp in Lendringsen verwaltete zwischen September 1944 und Februar 1945 etwa 1800 Mann und unterlag den Weisungen des übergeordneten Strafgefangenenlagers Papenburg. Es war damit im Lagersystem „Schwalbe I“ das größte. Die Verwaltung war in der Sicherungsanstalt in Werl stationiert, die ausschließlich als Verwaltungsort diente. In zwölf weiteren Lagerorten in Lendringsen und Schwitten setzten weitere 1348 Menschen ihre Arbeitskraft für das Bauvorhaben „Schwalbe I“ ein. Die rund 50 Frauen unter den Insassen, die in den Quellen als Ostarbeiterinnen ausgezeichnet sind, lebten in einem gesonderten Lager in Steinhausen in Lendringsen.⁵³

⁵²

⁵³ vgl. dazu Kraus, Stefan: NS-Lagerstätten: Hier wird vom Lager „Bieberthal“ gesprochen. Zudem ist von einer Insassenzahl von 450 Personen unbekanntes Geschlechtes die Rede. Die im Stadtarchiv Menden gefundenen Akten sprechen dafür, dass es sich bei „Bieberthal“ und „Bieberkamp“ um dasselbe Lager handelt, da in beiden Fällen vom „Straflager West“ gesprochen wird. Unterschiede lassen sich eventuell auf die Verwendung unterschiedlicher, vor allem zeitlich unterschiedlicher Quellen zurück zu führen.

Kraus: Amtlicher Bericht; Belgisches Nationales Suchdienstbüro (BTNB); HstAD, NW 114-57, Bl. 41.; International Tracings Service (Hrsg.): Catalogue of Camps and Prisons in Germany and German Occupied Territories, Arolsen 1949, in: Weinmann, Martin (Hrsg.): Das nationalsozialistische Lagersystem (CCP), Frankfurt am Main 1990, S. 148-149+368+628. ; Comité International de la Croix-Rouge (Hrsg.): Vorläufiges Verzeichnis der Konzentrationslager und deren Außenkommandos sowie andere Haftstätten unter dem Reichsführer -SS in Deutschland und deutsch-besetzten Gebieten 1933-945, Arolsen 1969, S.520.

Kruszinski: Schreiben an den Landrat, Gesundheitsamt in Iserlohn vom 24.11.1944 (Absender unbekannt) (Stadtarchiv Menden, M 975).

4. Das Ende des Arbeitseinsatzes

Auch in den letzten Kriegsmonaten im Jahr 1945 blieb es beim Arbeitseinsatz von Häftlingen, Kriegsgefangenen und anderen Arbeitern, die in der Endphase die Rüstungsproduktion weiter verstärken sollten. Durch die verstärkten Luftangriffe auf die Rüstungsstätten im Reich waren die Arbeitskräfte einer besonderen Gefährdung ausgesetzt, denn die Lager waren meist dicht an den bombenbedrohten Arbeitsstätten gelegen. Zudem blieb die Lebensmittelversorgung oft für Wochen aus und nicht selten brach schließlich das ganze System von Arbeit und Lagern zusammen, wenn die Betriebe, in denen die Männer und Frauen beschäftigt waren, zerstört wurden. Tausende von Fremdarbeitern irrten in den Städten umher und ließen diese seit Sommer 1944 stetig größer werden. Die Gestapo-Gefängnisse waren Ende März 1945 überfüllt mit Ostarbeitern und als die Front näher rückte, mussten die verantwortlichen Stellen Überlegungen anstellen, wie mit den Gefangenen weiter umzugehen sei. Da die Verbindung mit dem Reichssicherheitshauptamt nicht mehr bestand, oblag die Entscheidung den Leitern der Gestapo-Leitstellen. In der Folge wurde das „Problem“ durch Massenhinrichtungen und Exekutionen von Justizgefangenen „gelöst“. Noch am 3. März 1945 sollen im Gestapo-Hauptquartier in Köln (das unter anderem verantwortlich war für die im Hönnetal eingesetzten Gefangenen) 50 Personen erhängt worden sein. Die letzte Massenhinrichtung sollte am 4. März stattfinden, wurde jedoch in Folge des vorhergehenden schweren nächtlichen Luftangriffs abgesagt.⁵⁴

Schon im Februar 1945 hatten leitende Kölner Gestapobeamten weitere Maßnahmen besprochen. Diejenigen Kölner AEL (Arbeitserziehungslager)- und Polizeihäftlinge, die zur Evakuierung bestimmt worden waren, sollten in die oberbergischen AEL der Kölner Gestapo-Außendienststellen in Kupferberg und Wipperführt sowie nach Hunswinkel „evakuiert“ werden. Diese Lager standen bereits leer. Die überwiegende Mehrheit der sowjetischen Insassen von Hunswinkel war schon Anfang September 1944 ins Hönnetal bei Balve verlegt worden. Die Häftlinge verstärkten im Auftrag des Reichsbeauftragten und Sonderkommissars für Sofortmaßnahmen Edmund Geilenberg die rund 10 000

⁵⁴ Lofti: KZ der Gestapo, S. 295.
vgl. Aussage August Odenthals vom 7.12.1945 (PRO, WO 309/1145)
vgl. Vernehmung des ehemaligen Kanzleiangestellten, Otto S., vom 21.1.1953 (Hsta D, Rep. 231/522)
vgl. Eidesstattliche Erklärung Hubert Nordsterns vom 29.6.1947 (BA K, Z 42 V/668) vgl.
Vernehmung Nordsterns als Beschuldigter vom 4.4.1968 und Zeugenvernehmung Panzers vom
28.6.1967, (Hsta D: Rep. 248/269)
vgl. Zeugenvernehmung Panzers vom 2.12.1947 (BA K, Z 42 III/2918)
Herbert: Fremdarbeiter, S. 327.

Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen, die für die OT-Oberbauleitung in Menden Steinbrucharbeiten für das Projekt „Schwalbe I“ ausführten.⁵⁵

Ein Zustrom von Ausländern im Regierungsbezirk Arnberg in den letzten Kriegswochen wurde an den Grenzen der Gauen gestoppt. Dennoch siedelten sich Massen von Obdachsuchenden in den sauerländischen Wäldern an. Ein Kommando aus Wehrmachtssoldaten wurde daher abgesandt, die flüchtigen Ostarbeiter zu erschießen. Es wurde ein Aufruf im Notaufnahmelager gestartet, wer in ein anderes Lager wolle, solle sich melden. Die „Freiwilligen“ wurden daraufhin auf eine abgelegene Wiese geführt und hingerichtet. Das Kommando wurde in den kommenden Tagen wiederholt. Schließlich wurden bei der letzten Aktion im Sauerland mindestens 208 Menschen ermordet. Nur wenige Tage später, am 7. April 1945, wurde Arnberg im Regierungsbezirk Arnberg von amerikanischen Truppen befreit. Mit der Befreiung durch alliierte Truppen wurden die Zwangsarbeiter und ihre Kinder zu „Displaced Persons“ (Dps). Da es kaum Alternativen gab, blieben die meisten Befreiten zunächst in den Lagern. Auch sehnten sich nicht alle DPs nach einer Rückkehr nach Hause, vor allem jene, deren Heimat in der nach Westen verschobenen Sowjetunion lag, denn für Stalin galt jeder, der den Deutschen lebend in die Hände gefallen war, als Verräter. Dennoch verliefen die Repatriierungsaktionen, also die Rückführungsaktionen der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, zügig. So wurden bis Ende September von geschätzten 11,1 Millionen DPs über 10 Millionen „zurückgeführt“.⁵⁶

⁵⁵ Lofti, Gabriele: KZ der Gestapo, S. 295+296.
vgl. Dortmunder Stapochef Roth an Regierungspräsidenten in Arnberg vom 29.12.1944 (StA MS, Reeg. Arnberg 13196; PZA DO, Kdo. d. Schupo, Wachkdo Hönnetal u. Dok. Primavesi, Bd. I, S. 112 ff.)

vgl. Ruhrverband an Gen. Insp. für Wasser und Energie in Berlin vom 28.8.1944, (StA MS, OP 4785)

⁵⁶ Herbert: Fremdarbeiter, S. 340.

Spoerer: Zwangsarbeit, S. 209-212.

Zwischenfazit

Welche abschließenden Bemerkungen lassen sich nun am Ende des ersten Teils dieses Buchs über das Projekt „Schwalbe I“ als Aspekt einer regionalen Geschichte festhalten? Eingebettet in das von den ideologischen Vorstellungen des NS-Regimes geprägten Systems des totalen Arbeitseinsatzes zur Sicherstellung seiner Machtbestrebungen ist das Bauvorhaben im Raum Menden Teil einer überregionalen Geschichte. Während „Schwalbe I“ in dieser überregionalen Geschichte sicher nur als ein Teilprojekt von vielen zu bewerten ist, das Ausdruck der letzten Versuche der Reichsführung war, den Zweiten Weltkrieg doch noch zu gewinnen, ist die Bedeutung auf lokaler Ebene eine andere. Denn die Planungen zum Bauvorhaben nahmen Einfluss auf das gesamte (alltägliche) Leben der Bevölkerung im Raum Menden. Trotz strengster Geheimhaltung sah sich die sauerländische Region einer erhöhten Luftgefährdung ausgesetzt. Für die Verwaltung der Bauarbeiten mussten Amtsgebäude und Schulen geräumt und Wohnungen als Quartiere zur Verfügung gestellt werden. Das Eintreffen der Organisation Todt und der Wachmannschaften für die Lagerstätten stellte lokale Behörden vor einen erhöhten (bisher ungekannten) organisatorischen Aufwand. Die zahllosen Schriftstücke, die im Archiv von Menden zu Tage kamen, verdeutlichen die irrationalen Vorstellungen zur Umsetzung der Konzeptionen, die in den verschiedenen Stellen der Reichsführung entworfen und an lokale Behörden weiter geleitet wurden. Während die lokale Ebene frühzeitig (aber machtlos) erkannte, dass die Planungen weit entfernt von einer realistischen Durchführung waren und zudem rücksichtslos in das Leben vor Ort eingriffen, wiesen die obersten leitenden Stellen Ideen zu Änderungen konsequent zurück. So wurde die erbetene Hilfestellung bei Luftschutzmaßnahmen wegen der erhöhten Bombardierungsgefahr für die Ortschaften um Menden zunächst über Monate abgelehnt, bis schließlich im letzten Kriegswinter doch mit Maßnahmen begonnen wurde. Jedoch gab es hier von lokaler Seite den Hinweis, dass die Bauarbeiten frühestens zehn Jahre später fertig sein würden und somit wohl kaum eine Verbesserung der Situation boten.

Bis in den letzten Kriegsmonat hinein schien die Bauführung an Plänen für „Schwalbe I“ festzuhalten, so zeigt es der Briefverkehr im Archivfund. Noch in diesen Wochen wurden die Arbeitseinsatzstellen und Lager für zahllose Menschen zum Ort, an dem sie ihr Leben verloren. „Schwalbe I“ war damit Teil eines Systems, das sich durch einen kaum messbaren Wahn auszeichnete. So geheim wie es entstanden war, fiel das

Bauvorhaben dann scheinbar lautlos mit Einmarsch der alliierten amerikanischen Truppen im März 1945 in der Region zusammen.

Welche Erkenntnisse lassen sich, neben den lokalen, für den Gesamtkomplex von „Arbeit“ im Dritten Reich festhalten? Welche maßgeblichen Entwicklungen lassen sich zusammenfassen? Schon kurz nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten hatte das gesamte Wirtschaftssystem im Deutschen Reich einen Umschwung erlebt. Die Rüstungskonjunktur rückte in den Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Planungen. Das System „Arbeit“ wurde neu strukturiert. Aus den Erfahrungen im Ersten Weltkrieg versuchte man Lehren für zukünftige Planungen zu ziehen. Schließlich übertraf die Dimension des Arbeitseinsatzes des Zweiten Weltkrieges die des Ersten, insofern, dass vor allem ausländische Arbeiter einer schärferen rassistischen Diskriminierung ausgesetzt waren, wodurch die Überlebenschancen weitaus niedriger lagen.⁵⁷ Das Verbot des Arbeitsplatzwechsels und die Einführung der Dienstpflicht für deutsche Arbeiter (später dann für die beschäftigten Ausländer) schrieben zum ersten Mal den Zwangscharakter jedes Arbeitsverhältnisses fest. Zwangsarbeit zwischen 1939 und 1945 bedeutete den Verlust der Vertragsfreiheit, den kategorischen Einzug zur Arbeit und die fehlende Entscheidungsfreiheit über die Beendigung eines Arbeitsverhältnisses. So verfügte in der Zwangsarbeit die eine Seite über die andere (unfreie) Seite. Ein Zwangscharakter ließ sich, und das sei hier betont, nicht ausschließlich in der Beschäftigung von ausländischen Arbeitern widerfinden. Auch deutsche Arbeiter litten unter den Beschränkungen von „Arbeitsfreiheit“. Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften hatte die nationalsozialistische Führung bereits frühzeitig den Grundstein für die totale Kontrolle über das System „Arbeit“ gelegt.

Durch den totalen Arbeitseinsatz gelang es also, das System „Arbeit“ mit repressiven Maßnahmen unter Kontrolle zu bringen. Dabei muss festgehalten werden, dass gerade Verfolgungsmechanismen nicht auf einer zentralen Planung des Reichssicherheitshauptamtes beruhten, sondern vielmehr auf der Eigeninitiative regionaler Instanzen, die erst nachträglich für das ganze Reich übernommen wurden⁵⁸. Der Arbeitseinsatz wurde stetig intensiviert, indem neben dem inländischen zunehmend auch das ausländische Arbeitskräftepotential mobilisiert wurde. In kürzester Zeit konnte die Reichsführung auf eine Masse von Kriegsgefangenen aus den deutsch besetzten Ländern zurückgreifen. Zunächst noch in Sorge um die öffentliche Meinung, zogen die

⁵⁷ Spoerer: Zwangsarbeit, S. 34.

⁵⁸ Lofti: KZ der Gestapo, S. 311-317.

Nationalsozialisten Lehren aus den Erfahrungen im Ersten Weltkrieg, indem sie das Konzept der Zwangsarbeit anpassten und umsetzten. Die mangelhafte Ernährung und Bekleidung und fehlende medizinische Betreuung machte das Zwangsarbeitersystem zu einer Vernichtungsmaschinerie. Die herrschenden menschenverachtenden Lebensbedingungen verschlechterten sich im Verlaufe des Krieges. Die Errichtung von staatlichen Lagern und der Einsatz von Terror wurden also systematisch betrieben. Kriegsbedingte Notwendigkeiten konnten Grund für kurzfristige Änderungen sein. Schließlich wurde das System zum Ausdruck der rücksichtslosen, terrorbehafteten Verfolgung des nationalsozialistischen Machtinteresses (und zugleich des Erhalts der deutschen "Herrenrasse" durch die Ausrottung fremdvölkischer, nicht arischer Gruppen). Bis zum Einmarsch der alliierten Truppen ab dem Frühjahr 1945 fanden in den Haftstätten und Arbeitslagern Millionen von Menschen den Tod.⁵⁹

Letztlich muss hier festgehalten werden, dass der Arbeitseinsatz ein umfassendes System staatlichen Terrors war („der sich entlud, wenn Handlungsfreiräume entstanden“⁶⁰), der nicht auf Freiwilligkeit sondern auf Zwang beruhte. Dabei wird an den zahlreichen innenpolitischen Bestrebungen nach Neuordnungen in der gesamten Struktur der Reichswirtschaft eine Hilflosigkeit, wenn nicht gar Unfähigkeit, sichtbar. Das System in seiner erstarrten, tief bürokratischen Form schien sich zunehmend selbst zu lähmen, bis schließlich alle Strukturen mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch den Einmarsch der alliierten Truppen im Mai 1945 zusammenbrachen.

Die Arbeit soll an dieser Stelle mit einem Ausblick abschließen. Wie schon in der Einleitung erwähnt, war das Thema im Rahmen dieser Untersuchung nur in einem begrenzten Umfang zusammen zu fassen. Nach Sichtung der Archivfunde ist deutlich geworden, dass es weitere Ansatzpunkte für Forschungen im lokalen Kontext gibt. So reichte die Bearbeitungszeit bisher beispielsweise nicht aus, um methodische Befragungen mit Zeitzeugen durchzuführen oder über die Funde des Stadtarchivs Menden hinaus Dokumente in überregionalen Archiven auszuwerten. Zwar lässt sich ein erstes Bild verdeutlichen, doch vor allem fehlen neben weiteren Details zum (sozialen) Lagerleben auch Informationen über die bautechnischen Entwicklungen im Projekt „Schwalbe I“. Genaue Kenntnis über Baumaßnahmen, die geplant und eventuell auch durchgeführt wurden, fehlt. Weitere Ausgangsfragen könnten sein: Wie sahen die genauen Pläne (geplante Bauabschnitte) für „Schwalbe I“ aus? Liegen Baupläne vor, die

⁵⁹ Lofti: KZ der Gestapo, S. 320.

⁶⁰ Lofti: KZ der Gestapo, S. 320.

auszuwerten sind? Inwiefern waren die lokalen beziehungsweise regionalen Firmen an dem Projekt tatsächlich an der Umsetzung beteiligt? Wie sah die tägliche Routine im Lager und an den Arbeitsstätten aus? Gab es Kontakt mit der lokalen Bevölkerung und wenn ja, wie gestaltete sich dieser? Lässt sich schließlich doch eine besondere überregionale Bedeutung feststellen? Und schließlich auch: Wie wurde das Thema vor Ort in den letzten Jahren reflektiert und hat es heute noch aktuelle Bedeutung in der Öffentlichkeit?

TEIL II:
Erinnerungsprozess einer Gemeinde
- Das Geheimprojekt „Schwalbe I“ in der Erinnerung der Stadt
Menden -

Zunehmend lässt sich feststellen, dass in der allgemeinen Geschichtswissenschaft das Ziel verfolgt wird, anhand individueller Lebensgeschichten die Wechselwirkung zwischen Individuen und Strukturen, zwischen Mikro- und Makroebene herauszuarbeiten. Im Fokus der Forschung steht dabei, auf welche Weise Menschen sich in vorgegebenen Strukturen orientieren, sie wahrnehmen, sie sich aneignen, sie gestalten und verändern. Dabei haben Quellen, die über das Leben der Menschen erzählen, in ihrer Bedeutung stark zugenommen, seitdem durch Alltagsgeschichte, Historische Anthropologie und Mikrohistorie das Individuum mit seinen Erfahrungen, Wahrnehmungen und Handlungen wieder ins Blickfeld der Historiographie gerückt ist. Geschichte aus der Perspektive des Individuums zu betrachten, bedeutet hier aber nicht, übergreifende Strukturen außer Acht zu lassen, vielmehr findet eine Verknüpfung statt, deren Wechselwirkung das Reservoir an Ergebnissen auffüllen soll. Diese Annäherung an den Menschen in der Geschichte - und an die Geschichte *über* den Menschen - ist Ziel dieser Arbeit. Nachdem erste Forschungen im Jahr 2009⁶¹ zunächst über überregionale Zusammenhänge regionale Entwicklungen verfolgten, die das Bauvorhaben „Schwalbe I“ betrafen, werden hier chronologisch jene Prozesse beschrieben, in denen die städtische Geschichte zwischen 1943 und 1945 in die Erinnerung einer Gemeinschaft übergang. Dabei wird betrachtet, wie die Umsetzung des Bauvorhabens „Schwalbe I“ in der Stadt Menden und seinen umliegenden Gemeinden wahrgenommen und erlebt wurde und wie der Einzug einer Masse von Menschen, die das städtische Leben unerwartet überkamen, zu Veränderungen im alltäglichen Leben führte. Die Inhalte, die sich aus den Primär- und Sekundärerfahrungen der Mendener Erinnerungsgemeinschaft zusammenfügen, werden an die Ergebnisse des ersten Teils dieses Buchs angeknüpft, um über alltags- und sozialgeschichtliche Fragestellungen zu neuen Erkenntnissen zu gelangen, die die Geschichte um das Geheimprojekt „Schwalbe I“ komplementieren. Inhaltliche Schwerpunkte werden parallel zu Erinnerungsprozessen betrachtet, die chronologische Darstellung wird mit systematischen Inhalten aufgebrochen. Das erste Kapitel dieses zweiten Teils geht im Aufgreifen der Begriffe „Geschichte“ (als Wissenschaft) und „Erinnerung“ (als individueller und kollektiver Prozess) auf die Deutungskonkurrenz in der geschichtlichen Auseinandersetzung ein, im Allgemeinen wie am Beispiel der Lokalgeschichte Mendens. Es behandelt grundlegend den Begriff der „Erinnerungskultur“ und erläutert theoretische Ansätze, die vor allem der Kulturwissenschaft entlehnt sind. Zu Beginn des zweiten Kapitels geht es zunächst um geschichtliche Hintergründe zum Mendener Kriegsalltag und zum Lagerleben der Arbeiter von „Schwalbe I“. Es werden vor allem

⁶¹Vergleiche dazu Kruszinski, Irina: Arbeitseinsatz im Dritten Reich. Das Geheimprojekt „Schwalbe I“, Arbeit zur Erlangung des Grades Bachelor of Arts, 2009.

Quellen untersucht, die weniger systematische Zusammenhänge erkennen lassen, als Momentaufnahmen der Zeit zwischen 1943 und 1945 widerspiegeln. Unter anderem werden hier Ergebnisse miteinbezogen, die Lokalhistoriker in den letzten zwanzig Jahren aus ihrer Arbeit gewinnen konnten – und deren Gewinnung selbst als Teil erinnerungskultureller Prozesse zu bewerten ist (vergleiche dazu Kapitel II.2). Eine Annäherung an die Alltagsgeschichte Mendens soll die Analyse der Verwaltungsberichte der Jahre 1943 bis 1949 bringen, die im Stadtarchiv Menden lagern und die neben ihrem offiziellen Charakter insbesondere persönliches Erinnerungsstück des damaligen Bürgermeisters Wilhelm Rau sind. Im letzten Teil des zweiten Kapitels wird den schriftlichen Berichten und Interviews von Zeitzeugen als Untersuchungsgegenstand und Quelle der Erinnerung eine besondere Bedeutung zugemessen. Denn der Quellenwert erzählter Erinnerungen, geht weit über Einsichten in subjektive Wahrnehmungen der Menschen hinaus. Autobiographische Quellen enthalten Informationen über Lebensverhältnisse und Alltagshandlungen, über Kommunikationstradition und Erzählkultur, über Prozesse der Identitätsbildung und Geschlechtskonstruktion. Sie geben Einblicke in Erinnerungsvorgänge, Verarbeitungsmuster, Bewältigungsstrategien und Handlungsdispositionen. Schließlich wird auch die Wirkung von Geschichtsbildern und ihre Bedeutung für eine Gruppe oder Gemeinschaft sichtbar. Durch die Arbeit mit Selbstzeugnissen ist eine Annäherung sowohl an den einzelnen Menschen als auch an die sozialen Strukturen, in denen sie agieren, möglich.⁶²

Eines sei hier noch bemerkt: Das Ziel dieser Abhandlung ist es nicht, Erinnerungskollektive zu behaupten oder sie rhetorisch, sozial oder politisch zu konstruieren, sondern nach überindividuellen Rahmenbedingungen für historische Erinnerungen und Sinnbildungen zu fragen, die als Anknüpfungspunkte für subjektverbundenes und zugleich „transpersonales“ Geschichtsbewusstsein dienen können. Denn insofern Erinnerungen in unaustauschbaren Erfahrungen gründen, lassen sie sich eben gerade nicht kollektivieren.⁶³

⁶²Vergleiche dazu Stephan: Autobiographien, Memoiren und *Oral-History*-Interviews als historische Quellen. Digitales Handbuch zur Geschichte und Kultur Russlands und Osteuropas.

⁶³Vergleiche hierzu die Thesen von Knigge, Volkhard: Zur Zukunft der Erinnerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 25-26, 2010.

1. Geschichte und Erinnerung

Gerade auf der regionalen Ebene wird der unmittelbare Zusammenhang von Geschichte (als Wissenschaft) und Erinnerung (als individueller und kollektiver Prozess) offensichtlich, wenn Primärerfahrungen, gemeinschaftliches Erinnern und der Wunsch nach historischer Aufarbeitung aufeinander treffen – eine Offensichtlichkeit, die sich in den Jahren seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und damit dem Ende des Geheimprojekts „Schwalbe I“ in Menden im Sauerland zeigte. Mit der Anfrage der Stadt an den Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Ruhr-Universität Bochum, das Projekt in einem wissenschaftlichen Rahmen zu erforschen, wurde es notwendig, aus der methodischen Distanz heraus in den Prozess des Gedenkens und Erinnerns der Gemeinde einzutreten, um eine alltagsgeschichtliche Untersuchung einzuleiten. Denn erst der persönliche Kontakt und die „Akzeptanz“ in der Erinnerungsgemeinschaft ermöglichte den Zugriff auf umfangreiche Grundlagen für weitere Forschungen. Hemmschwellen und Misstrauen waren zu überwinden, um den Zugang zu den Erinnerungen der Gemeinde zu erlangen. So entwickelte sich in den letzten Jahren nicht nur eine Deutungskonkurrenz, die um die Aufarbeitung der geschichtlichen Zusammenhänge von „Schwalbe I“ konkurrierte, es wuchs auch die Gruppe jener, die weniger den bewussten Umgang mit der Geschichte suchten, als den Wunsch hegten, endlich einen Schlussstrich ziehen zu können – ein Merkmal dieser lokalen Geschichte, das durchaus den allgemeinen Tendenzen der Vergangenheitsbewältigung der NS-Zeit in der BRD entspricht⁶⁴.

Wenn hier nun von Begriffen gegenüber gestellt werden, dann ist die Geschichte dabei die „Ressource, um deren Nutzung eine steigende Zahl von Akteuren mit unterschiedlichen Zielen und Interessen in wachsender Formenvielfalt konkurriert“⁶⁵ - ein Prozess, der einher geht mit einer Vielfalt und Diffusion bei der Auseinandersetzung mit und der Tradierung von Geschichte. So hat in den letzten Jahren ein „Geschichtsboom“ nicht nur Deutschland erfasst. Henri Rousso spricht gar von „La hantise du passé“⁶⁶, also von einer gewissen „Vergangenheitsbessenheit“. Am Beispiel Frankreichs polemisiert er gegen das, was er „medial verordnete Gedächtnispflicht“ nennt und verwahrt sich gegen

⁶⁴Immer wieder versuchte die Bundesrepublik Deutschland in der Nachkriegsgeschichte bis in das 21. Jahrhundert über Entschädigungs- und Wiedergutmachungserlasse für NS-Opfer einen „würdigen“ Schlussstrich zu setzen. Als Gegenpol entwickelte sich eine breite öffentliche Erinnerungskultur (Zur Geschichte der Wiedergutmachung vergleiche insbesondere Goshler, Constantin: Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945, Göttingen 2005).

⁶⁵Hockerts, Hans Günter: „Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft.“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B28/2001, S. 15.

⁶⁶Rousso, Henri: La hantise du passé: entretien avec Philippe Petit, Paris 1998.

das Treiben der „Geschichtsindustrie“, die den Marktwert der Geschichte ausbeute und dabei das historische Wissen eher verneble als erhelle. Dabei betrifft dieser Boom des Verlangens nach Erinnerung die Zeitgeschichte ganz besonders. Die Nähe zur Gegenwart verdichtet das Interesse. „Vergangenheitsbewältigung“ als Medium der politischen Auseinandersetzung und als Prüfstein der politischen Kultur steigert die Resonanz. Dabei bezieht sich die Zeitgeschichte auf Zeitgenossen, die über persönliche Erinnerungen und somit über eine Art Direktzugang zur jüngeren Vergangenheit verfügen. Das wirkt motivierend und erweitert den „Stimmenchor der Deutungskonkurrenz“. So können Spannungen zwischen der öffentlichen Auseinandersetzung und dem Gedenken einerseits und der persönlichen Erinnerung andererseits entstehen, über die im privaten Kreis gesprochen wird, und die im weiteren zu Protesten und öffentlichen Deutungskonflikten führen können.⁶⁷

Öffentliche Deutungskonflikte waren der Grund, warum die Stadt Menden sich schließlich dazu entschied, den Aspekt „Schwalbe i“ ihrer Lokalgeschichte wissenschaftlich aufarbeiten zu lassen. Denn die Geschichtswissenschaft, anders als die Primärerfahrung, die an bestimmte Blickwinkel gebunden ist und aus der die Erinnerungsgemeinschaft in Menden ihre historischen „Wahrheiten“ bezog, kombiniert viele Perspektiven. Sie beleuchtet mit kontrollierten empirischen Bezügen sehr unterschiedliche Zusammenhänge und neigt im Unterschied zur öffentlichen Erinnerungskultur nicht dazu, das historische Wissen auf wenige einprägsame Zeichen zu verkürzen. Sie hat damit das Potenzial inhärent, zum Vermittler und „Brückenbauer“ in der geschichtlichen Auseinandersetzung zwischen ambivalenten Erinnerungsebenen zu werden – wobei ein derartiges „Eingreifen“ in die Verarbeitung von Primärerfahrung die Gefahr birgt, missverständliche Sprachkonventionen aufzurufen, die Wissenschaft sei „objektiv“. Keinesfalls, so Hockerts, kann die Zeithistorie aus dem Strom der Zeit herausspringen und ihn vom festen, eben „objektiven“ Ufer aus betrachten und beurteilen. Sie rudert vielmehr mittendrin, verfüge aber selbstverständlich mit ihren methodischen Standards über einige Navigationshilfen besonderer Art.⁶⁸

Doch was ist gemeint, wenn hier schon in der Einleitung, insbesondere aber in der Analyse der lokalen Geschichte vom Begriff „Erinnerungskultur“ gesprochen wird? Obwohl der Begriff „Erinnerungskultur“ erst seit den 1990er-Jahren Einzug in die Wissen-

⁶⁷Vergleiche Rousso, Henri: *La hantise du passé: entretien avec Philippe Petit*, Paris 1998; Hockerts: *Zugänge*, S. 15-17, 27.

⁶⁸Vergleiche Hockerts: *Zugänge*, S. 15-17, 27.

schaftssprache gefunden hat, ist er inzwischen ein Leitbegriff der modernen Kulturgeschichtsforschung. In einem engen Begriffsverständnis wird er als lockerer Sammelbegriff „für die Gesamtheit des nicht spezifisch wissenschaftlichen Gebrauchs der Geschichte in der Öffentlichkeit – mit den verschiedensten Mitteln und für die verschiedensten Zwecke“⁶⁹ definiert. Davon wird schließlich die zeitgeschichtliche Forschung abgegrenzt, in der Annahme, dass es charakteristische Unterschiede gibt zwischen Zeitgeschichte als persönlicher Erinnerung, als öffentlicher Praxis und als wissenschaftlicher Disziplin. Aufgrund der Forschungsentwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte scheint es insgesamt aber sinnvoller, folgt man der Argumentation Cornelißens, „Erinnerungskultur“ als einen formalen Oberbegriff für alle denkbaren Formen der bewussten Erinnerung an historische Ereignisse, Persönlichkeiten und Prozesse zu verstehen, seien sie ästhetischer, politischer oder kognitiver Natur. Der Begriff umschließt neben Formen des ahistorischen oder gar „*antihistorischen*“ *kollektiven* Gedächtnisses⁷⁰ alle anderen Repräsentationsmodi von Geschichte, darunter den geschichtswissenschaftlichen Diskurs sowie die nur „privaten“ Erinnerungen, jedenfalls soweit sie in der Öffentlichkeit Spuren hinterlassen haben. Als Träger dieser Kultur treten Individuen, soziale Gruppen oder sogar Nationen in Erscheinung, teilweise in Übereinstimmung miteinander, teilweise aber auch in einem konfliktreichen Gegeneinander. Zugleich steht der Begriff im funktionalen Gebrauch, wenn er sich die Vergangenheit für gegenwärtige Zwecke zu eigen macht, und der Formierung einer historisch begründeten Identität dienlich wird. Weiter signalisiert der Begriff „Erinnerungskultur“, dass alle Formen der Aneignung erinnerter Vergangenheit als gleichberechtigt betrachtet werden - folglich werden Textsorten aller Art, Bilder und Fotos, Denkmäler, Bauten, Feste, Rituale sowie symbolische und mythische Ausdrucksformen, aber auch gedankliche Ordnungen insoweit als Gegenstand der Erinnerungskulturgegeschichte begriffen, als sie einen Beitrag zur Formierung kulturell begründeter Selbstbilder leisten können⁷¹ - eine Definition, die als Grundlage für weitere Ausgangsfragen dieser Arbeit dient.

Das kulturelle Erinnern einer Gemeinschaft, einer Nation, einer Interessengruppe, eines Individuums ist dabei das Ergebnis fragmentarischer Gedankensplitter, die sich in einem

⁶⁹ (Hockerts 2002, 41)

⁷⁰Vergleiche hierzu Kapitel I.1.

⁷¹ Siehe zum folgenden: Cornelißen, Christoph: Was heißt Erinnerungskultur? Begriff - Methoden - Perspektiven, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 54 (2003), S. 548-563. (Cornelißen 2002); (Hardtwig 1990; Rösen 1994; Mütter/Schönemann/Uffelmann 2000; Cornelißen 2010).

Reservoir, in einem Kollektiv zusammenfügen – so lässt sich vielleicht zusammenfassen, was in kulturwissenschaftlichen Gedächtnistheorien entfaltet wird. Es sind jene Theorien, die zu erörtern versuchen, wie Erinnerung und Gedächtnis (einer Kulturgemeinschaft) im Zusammenhang stehen, welche Bezugsrahmen nötig sind, was Erinnerung *kollektiv* werden lässt oder wie die Inhalte der individuellen *memory* überhaupt eine übergreifende Bedeutung erlangen können. Geschichte und ihr Verlauf, ihre Ereignisse, ihre Brüche und Wiederholungen, ist dabei das, was den Menschen umgibt, was ihn prägt – und was seine *Erinnerung* prägt. So ist auch der Zweite Weltkrieg als Ereignis der deutschen Geschichte (und das Geheimprojekt „Schwalbe I“ als Teil einer regionalen Geschichte) ein solcher Faktor, der Erinnerung prägt – und den es zu erinnern gilt, um einen bewussten Umgang mit Geschichte zu fördern (und vielleicht auch das zu überwinden, was für Viele zur traumatischen Erfahrung wurde). Im Folgenden werden nun vier Theoretiker vorgestellt, deren Ideen als Grundlage und Hilfestellung für das Verständnis von Erinnerungsprozessen dienen und die am Beispiel der Gemeinschaft der Stadt Menden in den anschließenden Kapiteln aufgegriffen werden.

1.1. Erinnerungstheorien

Wohl eine der ersten Theorien entwickelte im Jahr 1925 der französische Soziologe und Philosoph Maurice Halbwachs. Mit seiner Veröffentlichung „Les cadres sociaux de la mémoire“⁷² beschrieb er die „Theorie der sozialen Bedingtheit des menschlichen Gedächtnisses“, mit der er sich von den damals dominierenden biologistischen Ansätzen eines *Rassegedächtnisses*, aber auch von dem Freudschen Konzept einer rein individuellen Erinnerung abgrenzte. So entwarf Halbwachs die Idee der „sozialen Bezugsrahmen“ der Erinnerung – Bezugsrahmen im Sinne variantenreicher Denkschemata wie Raum- und Zeitvorstellungen, geistige Strömungen und Werte, die dem Einzelnen durch sein soziales Umfeld vermittelt werden und die seine individuelle Erinnerung steuern. Außerhalb dieser Bezugsrahmen, so Halbwachs, sei kein Erinnern möglich. Daraus leitet er ab, dass die individuelle Erinnerung, zumindest sobald sie in sprachlichen Strukturen gedacht oder kommuniziert wird, kein Abbild der Wirklichkeit, sondern eine immer schon sozial vorgeprägte Rekonstruktion der Vergangenheit ist. Allerdings bildet die *mémoire collective*, die kollektive Erinnerung, für Halbwachs keine von den Subjekten losgelöste Einheit. Sie ist vielmehr an die Gruppenmitglieder rückgebunden und wird durch sie vermittelt. Das individuelle und das kollektive Gedächtnis bilden für Halb-

72

wachs also kein Gegensatzpaar, sondern bedingen einander vielmehr, da ohne die Bezugnahme auf das individuelle Gedächtnis der Zugriff auf das Gedächtnis der Gruppe nicht möglich sei, so der Soziologe. Der Gegenbegriff zur kollektiven Erinnerung ist in der Theorie von Maurice Halbwachs die *Geschichte*: Denn anders als die *mémoire collective*, die die Vergangenheit im Hinblick auf die Gruppeninteressen in der Gegenwart rekonstruiert, ist die *histoire* universal, unparteiisch und immer nur auf die objektiv gegebene Vergangenheit hin orientiert.⁷³

Ein wachsendes Interesse am Erinnern und einen Wandel des kollektiven Gedächtnisses in den modernen westeuropäischen Gesellschaften stellte in den 1980er Jahren der französische Historiker Pierre Nora in seinen Ausführungen zu „Les lieux de mémoire“⁷⁴ fest. Das *kollektive Gedächtnis* beschreibt er dabei als die von den Individuen einer Gruppe getragene „lebendige Erinnerung“. In der *Geschichte* sieht er die Rekonstruktion der Vergangenheit – jener Raum also, in dem das „tote“, das nicht mehr abrufbare Wissen verborgen liegt. Damit ist die Geschichte für ihn der Widersacher der *mémoire vécue*, der erlebten Erinnerung, denn sie führt zur Entzauberung, zur Delegitimierung und schließlich zur Zerstörung der lebendigen Erinnerungen: „Au coeur de l'histoire, travaille un criticisme destructeur de mémoire spontanée“. In den modernen europäischen Gesellschaften, so die These, geht die Erinnerung immer stärker in die Geschichte über, das heißt Erinnerungen werden nicht mehr greifbar, gehören der Vergangenheit an. Den Verlust von Erinnerungen leitet Nora aus einer pessimistischen Bestandsaufnahme der europäischen Kulturen ab: Denn die Ursache der aktuellen Gedächtniskrise ist, nach Nora, die gesellschaftliche Modernisierung und der mit ihr verbundene Zerfall des stabilen sozialen Milieus. In dessen Folge sieht er das mündlich tradierte *kollektive Gedächtnis* vom Aussterben bedroht. Das Interesse an der Vergangenheit beruhe deshalb auf der Angst der Gesellschaft vor einem drohenden „Gedächtnisschwund“. Was bleibt, ist die *histoire morte*, die „tote Geschichte“, die nicht mehr in das aktuelle Leben integriert ist, somit nicht mehr von Bedeutung ist, und aus der Erinnerung nicht mehr abrufbar ist.⁷⁵

Gegen den Schwund der Erinnerung entwirft Pierre Nora ein Konzept zur Bewahrung von Wissen. So sollen an die Stelle der lebendigen Erinnerungen die *lieux de mémoire* treten – Erinnerungsorte also, die als Speicherort, als Reservoir für das Wissen einer Gemeinschaft dienen. Dazu zählt er geographische Orte, aber auch historische Persönlich-

⁷³ Vergleiche dazu die Zusammenfassungen von Suntrup-Andresen 2008, 21+22.

⁷⁴

⁷⁵ Suntrup-Andresen 2008, 22.

keiten, sowie Kunst- und Geschichtswerke. Zur Konstitution eines *lieux de mémoire* seien drei Voraussetzungen unverzichtbar: Erstens bedarf es einer *materiellen Dimension*, womit Gegenstände wie Bücher und Bilder, aber auch Rituale, wie Gedenkfeiern, gemeint sind (der Gegenstand an sich). Zweitens muss ein Gedächtnisort eine *funktionale Dimension* aufweisen. Er muss also eine gesellschaftliche Funktion erfüllen (das Erinnernde, das Identitätsstiftende). Darüber hinaus müssen Gedächtnisorte über eine dritte, eine symbolische Dimension verfügen, das heißt sie werden über ihre ursprüngliche Funktion hinaus nachträglich mit einer symbolischen Bedeutung aufgeladen (Sinnbild). Als Bindeglied zwischen der *mémoire* und der *histoire* haben die *lieux de mémoire* die Aufgabe, Erinnerungen einer Kultur lebendig zu halten. Sie bilden aber immer lediglich nur ein „künstliches Gedächtnisvehikel“, einen Ersatz für die „*mémoire perdue*“. Letztlich sind sie Ausdruck des Verlustes an spontanem, lebendigem Gedächtnis.⁷⁶

So will Nora mit seiner Theorie zeigen, dass bei einem drohenden Verlust der lebendigen Erinnerungen, wie es derzeit aufgrund des allmählichen Schwindens der Zeitzeugen erlebt wird, das kulturelle Wissen an verbindliche Zeichen und Symbole gebunden und dadurch präsent gehalten werden muss. Eine weitere Theorie, die ähnliche Ansätze aufweist wie die Noras, konzeptualisieren Jan und Aleida Assmann in „Das kulturelle Gedächtnis“ (1992)⁷⁷. Sie gehen von der These aus, dass Erinnern vor allem dann einsetzt, wenn Vergessen droht (vergleiche Nora).

Wissen und Erfahrungen innerhalb von Kulturen werden einerseits durch Alltagskommunikation und andererseits durch Zeichen, Symbole und Medien überliefert, so das Ehepaar Assmann. Jan Assmann unterscheidet hier begrifflich zwischen zwei *Modi Memorandi*: I. dem *kommunikativen* und II. dem *kulturellen Gedächtnis*. Unter dem *kommunikativen Gedächtnis* versteht er jene Spielarten des *kollektiven Gedächtnisses*, die ausschließlich auf Alltagskommunikation beruhen. Das Kennzeichen dieser Art von Kommunikation ist die Unorganisiertheit und die fehlende Spezifizierung der Gedächtnisträger, sowie die Tendenz zur Mündlichkeit. Gespeichert werden in erster Linie die Erinnerungen, die der Mensch mit seinen Zeitgenossen teilt und die für das Zusammengehörigkeitsgefühl von Gruppen von großer Bedeutung sind.⁷⁸

⁷⁶ Suntrup-Andresen 2008, 23+24.

⁷⁷

⁷⁸ Suntrup-Andresen 2008, 24-26.

In ihrem Aufsatz „*Das Gestern im Heute*“⁷⁹ formulieren Jan und Aleida Assmann erstmals in systematischer Weise den Zusammenhang zwischen *Kultur* und *Gedächtnis*. Während der *Kultur* einerseits die synchrone Aufgabe der *Koordination* im Sinne einer Ermöglichung von Kommunikation zwischen den Individuen einer Gemeinschaft zukommt, hat sie nach den Überlegungen der beiden Wissenschaftler andererseits die diachrone Funktion der *Kontinuitätswahrung*. Sie verbindet also die Individuen einer Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Vergangenheit. Letzteres ist die Aufgabe des kulturellen Gedächtnisses. Das Charakteristikum, das den Hauptunterschied zwischen dem *kommunikativen* und dem *kulturellen Gedächtnis* ausmacht, ist der Zeithorizont. Im Gegensatz zum mitwandernden Zeithorizont des kommunikativen Gedächtnisses, das die biographischen Erinnerungen vermittelt, bezieht sich das kulturelle Gedächtnis auf die Ursprünge einer kulturellen Gemeinschaft, die in großer zeitlicher Ferne verortet werden. Anders als das kommunikative Gedächtnis, dessen Inhalte in hohem Maße dem Wandel unterliegen, überliefert das kulturelle Gedächtnis einen festen Bestand an verbindlichen Inhalten und sinnstiftenden Elementen. Vor allem aber ist das kulturelle Gedächtnis an feste Objektivationen (also Objektwerdungen, Vergegenständlichungen) in Form von Texten, Riten und Symbolen gebunden. Daraus ergibt sich ein hohes Maß an Geformtheit des kulturellen Gedächtnisses⁸⁰.

Der Gedächtnisbegriff ist in der Theorie des Wissenschaftlerpaares also an Zeichen und Symbole gebunden, mit deren Hilfe kulturelles Wissen langfristig bewahrt und tradiert werden kann (*Kultur der Erinnerung*). Für sie geht kulturelles Erinnern von Schocks und Brüchen aus (historische Katastrophen versus Noras sozialem Abstieg der Gesellschaft). Es sind dementsprechend die Bruchlinien und kulturellen Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit ihren Zerstörungen und ihrem Vergessen, die das kulturelle Erinnern im Zuge des einsetzenden Generationenwechsels gegen Ende des 20. Jahrhunderts in ganz Westeuropa in Gang gesetzt haben. Träger dieser *Erinnerungsarbeit* sind mehr und mehr die nachgeborenen Generationen. Und das auf Alltagskommunikation beruhende kommunikative Gedächtnis der Zeitzeugen weicht dabei mehr und mehr einem mediengestützten Gedächtnis (Mediale Formen als Speicherort für Erinnerungen). Weiter ist in der Theorie beschrieben, dass das kulturelle Gedächtnis sich durch seine *Identitätskonkretheit* auszeichnet. Es dient also primär der Konstituierung eines kollektiven Selbstbildes, mit dem sich die Mitglieder einer Kultur in Übereinstimmung befinden, mit dem sie sich im ursprünglichsten Sinne des Wortes identifizieren

⁷⁹

⁸⁰ Suntrup-Andresen 2008, 25+26.

und von anderen Gemeinschaften abgrenzen. Eine Pluralität von „Gedächtnissen“ kann dabei zu Majoritäts- und Minoritätsverhältnissen führen. Aleida Assmann unterscheidet darum in diesem Zusammenhang zwischen einem „*Funktionsgedächtnis*“ und einem „*Speichergedächtnis*“. Das *Funktionsgedächtnis* als *offizielles* Gedächtnis dient einerseits der Legitimation der Herrschenden, und zwar durch deren Herleitung aus der Vergangenheit und deren Verewigung in der Zukunft. Andererseits übt es als *Gegen-Erinnerung* der von der Herrschaft Ausgeschlossenen eine delegitimierende Funktion aus, indem es bestehende Machtstrukturen durch die Erinnerung an eine „andere“ Vergangenheit oder durch Entwürfe utopischer Zukunft untergräbt (Eben deshalb werden Generenerinnerungen in totalitären oder autoritären Systemen in der Regel durch Zensurmaßnahmen unterdrückt, da sie die Macht der Herrschenden gefährden). Das *Speichergedächtnis* ist das *unbewohnte* Gedächtnis. Es umfasst das unbrauchbar, obsolet und fremd Gewordene, das neutrale, identitäts-abstrakte Sachwissen – etwa das Wissen über politische Ereignisse eines Krieges, aber auch das Repertoire verpasster Möglichkeiten, alternativer Optionen und ungenutzter Chancen, das in Archiven, Museen oder wissenschaftlichen Texten bewahrt und bereitgestellt hat.⁸¹

Doch vermag eine „Kultur der Erinnerung“ das zu leisten, was ihr zugeschrieben wird? Ist die Erinnerung der „Königsweg“ zur Bildung von kritischem Geschichtsbewusstsein? Fragen, die Volkhard Knigge, Honorarprofessor für Geschichte in Medien und Öffentlichkeit an der Universität Jena und Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora, diskutiert – und Fragen mit denen er für den Abschied vom Paradigma der Erinnerung als moralischem Appell plädiert⁸². So stellt Knigge einen Wandel im Umgang mit Geschichtsbewusstsein und Erinnerung fest: Die Aufforderung, sich zu erinnern, habe sich über Jahre gegen das ubiquitäre Beschweigen und Ableugnen der NS-Verbrechen gewendet, gegen die hohle, aber hartnäckige Behauptung gestanden: „Davon haben wir nichts gewusst“. Erinnern hieß in diesem Kontext, so Knigge, sich und anderen die ganze Wirklichkeit des nationalsozialistischen Deutschlands einschließlich der eigenen Rolle darin einzugestehen und individuelle wie gesellschaftliche Konsequenzen zu ziehen. Dieser semantische, direkt mit der nationalsozialistischen Erfahrung verbundene Kern sei aber weitgehend in Vergessenheit geraten. An seine Stelle sei ein Erinnerungsbegriff getreten, der mit und in zugleich schiefer Adaption von Pierre Noras Konzept der Erinnerungsorte ein vor-, wenn nicht antimodernes Konzept

⁸¹ Suntrup-Andresen 2008, 26-30.

⁸²Knigge bezieht sich hier vor allem auf die Funktion und die Gestaltungsmöglichkeiten von Gedenkstätten als Ort des historischen Lernens und fragt nach im Weiteren nach Zukunftsmöglichkeiten.

des Umgangs mit Vergangenheit vorantreibe: Erinnerung als Identität und Gemeinschaft stiftendes Erzählen von Vergangenheit jenseits methodisch reflektierten, begrifflich bedachten Durcharbeitens. Aus dem Blick gerate dabei nicht zuletzt, dass historisches Erinnern in der Geschichte eher dem Gegenteil, nämlich immer wieder hoch aggressiven Zwecken, gedient habe (und weiterhin diene), etwa in Gestalt der Verortung und Versteigerung von Feindbildern oder der Begründung und Anheizung angeblich ausstehender Rache und Revanche. *Clashes of Memory* lassen sich nicht nur in Post-Bürgerkriegsgesellschaften wie Spanien oder zerfallenen Staaten wie dem ehemaligen Jugoslawien beobachten, so der Historiker, sie finden sich, wenn auch unterschiedlich aggressiv oder entzweierend, in allen Gesellschaften. Anders gesagt, Erinnern und Erinnerungen seien weder a priori friedfertig noch moralisch. Sie zielten nicht automatisch auf historische Aufklärung, und auch die Addition von Erinnerungen bedeute nicht zwangsläufig historisches Begreifen. Zu den Folgen dieser Bewertung von Erinnerung gehöre eine Entkopplung von kritischer Geschichtswissenschaft und Gedächtnisformierung und die vormoderne Mythisierung von Geschichte als Summe individueller Erlebnisse und Erinnerungen. So werde etwa ein grundsätzlicher Gegensatz zwischen „a priori kalter, unauthentischer Geschichtsschreibung und a priori authentischer Zeitzeugenschaft“ behauptet. Eine Behauptung, aus der das Verschleifen der Grenzen von Erinnerungskultur und -politik, die tendenzielle Reduktion von Erinnerungskultur auf historisch entkernte Pietät jenseits empirisch gehaltvoller Auseinandersetzung mit den Ursachen von Staats- und Gesellschaftsverbrechen als dem Kern präventiver Auseinandersetzung mit der Vergangenheit resultiere. Und schließlich bliebe nur noch die Fokussierung auf die bloße Abstandermessung zwischen Damals und Heute, nicht aber deren reflexive Verknüpfung und Analyse.⁸³

Was Knigge hier theoretisch entwirft, zweifelt vor allem die Theorie Noras in ihrer Grundidee an, nämlich ihren Anstoß zur Suche nach identitätsstiftenden Speicherorten für historisch Erlebtes für ein Kollektiv (eine Nation, eine Gemeinschaft). So wird hier von Knigge die Rückkehr zur reflektierten, methodischen Auseinandersetzung mit dem Geschichtsbewusstsein von Erinnerungsgemeinschaften gefordert – eine Prämisse, die vor allem jenem Ziel dieser Arbeit zuspricht, nicht Erinnerungskollektive behaupten zu wollen, sondern historische Sinnbildungen als Anknüpfungspunkt für ein Geschichtsbewusstsein zu verstehen. So eröffnet Knigges Kritik am Umgang mit dem Begriff der Erinnerungskultur sicherlich eine Perspektive, die legitime Einwände gegen jenen „Erin-

⁸³Vergleiche hierzu Knigge, Volkhard: Zur Zukunft der Erinnerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 25-26, 2010.

nerungskulturboom“ einbringt, der in den letzten Jahren in vielen wissenschaftlichen Disziplinen ausgebrochen zu sein scheint, auch in der Geschichtswissenschaft. Hierbei scheinen der Erinnerung „seichte“ Attribute zugeschrieben zu werden, die im Gegensatz zu den vermeintlich „harten“ Fakten der Geschichte stehen, und die vielleicht einen behutsameren Umgang mit der eigenen Vergangenheit ermöglichen sollen. Vergessen wird dabei, dass Geschichte und Erinnerung nicht per se in ein Konkurrenzverhältnis zu stellen sind, weisen sie letztlich doch sicher Gemeinsamkeiten auf, die als Grundlage dienen können, sich gegenseitig zu ergänzen – ein Ansatz, den diese Arbeit verfolgen will.

Lassen sich aber nun Bezüge herstellen zwischen den theoretischen Erläuterungen und den Entwicklungen in Menden in den vergangenen 20 Jahren? Eine Frage, der in den folgenden Kapitel nachgegangen werden soll. Denn tatsächlich scheint die Angst in der Erinnerungsgemeinschaft in Menden vorzuherrschen, dass mit der geringer werdenden Zahl der Zeitzeugen und dem zunehmendem zeitlichen Abstand zu den Ereignissen zwischen 1943 und 1945 die Erinnerungen an die historischen Umstände schwinden könnten – und damit eine Aufarbeitung des Themas nicht mehr möglich sei. Das zeigen die vielen Diskussionen vor Ort, deren Hauptgegenstand gerade die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist. Doch was sind die Merkmale einer „Kultur der Erinnerung“ in Menden? Welches Bild der Umstände, unter denen „Schwalbe I“ umgesetzt wurden, ergeben sich aus den Schilderungen und Wahrnehmungen von Zeitzeugen und Nachgeborenen?

2. Erinnerungsprozesse in Menden - eine Quellenanalyse

Wenn hier im Folgenden vor allem die Erinnerungen von Individuen Gegenstand der Analyse sind, ist vorweg ihre Rolle in der Erinnerungsgemeinschaft zu deuten. Denn Individuen gehören unterschiedlichen Erinnerungsmilieus an, wie sie durch Familien, lokale Gemeinschaften, Interessengruppen, pädagogische Rahmenvorgaben und nicht zuletzt durch die Massenmedien geschaffen werden. In Familien und kleinräumigen Erinnerungsgemeinschaften sind es gerade nicht die großen Erzählungen, sondern die kleinen, profanen Geschichten über partikulare Ereignisse und persönliche Erlebnisse, aus denen das gemeinsame Gedächtnis gebildet ist und in denen es sich tradiert. Die Episoden und Geschichten, die nicht selten im Rahmen anderer Zusammenhänge erzählt werden, fungieren als Bausteine einer erinnernden sozialen Kommunikation, die der gemeinsamen Aufrechterhaltung des Gedächtnisses der Erinnerungsgemeinschaft dient. In diesem Sinne kann man soziale Gruppen als Gedächtnissysteme verstehen, die in der Kommunikation ihrer Mitglieder ein „transaktives“ Gedächtnis bilden, in dem jedes einzelne Mitglied als interner Speicher und die anderen Gruppenmitglieder als externe Speicher fungieren (vergleiche dazu Assmann/Assmann).⁸⁴

Die Bildung eines gemeinsamen Gedächtnisses, wenn es um die Erinnerung an das Bauvorhaben „Schwalbe I“ geht, gelang in den vergangenen Jahren in Menden nur bedingt. Zumindest im öffentlichen Raum. Ein kulturelles Gedächtnis, wie es Assmann und Assmann definieren, nämlich als Überlieferungsquelle für einen festen Bestandteil an verbindlichen Inhalten, wollte sich nicht recht bilden. So blieben viele Forschungsergebnisse zum Bauvorhaben „Schwalbe I“, die aus umfangreichen und über Jahrzehnte geführten Forschungsarbeiten durch Lokalhistoriker hervorgingen und als Grundlage für die Bildung einer Kultur der Erinnerung im Assmann'schen Sinne dienen könnten, bisher unveröffentlicht. Denn gerade die pluralistische Erinnerungslandschaft schürte die Konkurrenz in Menden und Umgebung. Ansprüche auf die „wahre Geschichte“ wurden erhoben und dem Vorwurf der „falschen Darstellung von Tatsachen“ entgegen gesetzt. Akten wurden eingezogen und im persönlichen Arsenal unter Verschluss gehalten. Man

⁸⁴ Vergleiche dazu auch John Borland, Graffiti, Paraden und Alltagskultur in Nordirland, in: Harald Welzer (Hg.), *Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung*, Hamburg 2001, S. 276-295; Michael Zimmermann, *Mythen der Verfolgung im israelischen Alltag*, in: ebd., S. 296-320; Angela Keppler, *Tischgespräche*, Frankfurt/M. 1994; H. Welzer; H. Welzer et al.; Jerome S. Bruner, *Sinn, Kultur und Ich-Identität*, Heidelberg 1997; Harald Welzer, *Über Engramme und Exogramme. Die Sozialität des autobiographischen Gedächtnisses*, in: ders./Hans J. Markowitsch (Hg.), *Warum Menschen sich erinnern können. Fortschritte der interdisziplinären Gedächtnisforschung*, Stuttgart 2006, S. 111-128.

lastete sich gegenseitig Plagiat an und behielt sein Wissen unter Verschluss, aus der Sorge heraus, hier könne „abgeschrieben“ werden. Trotz des drohenden Vergessens der historischen Umstände zwischen 1943 und 1945, wollte das Erinnern (als öffentlicher Prozess) nicht einsetzen. Schließlich führten Auseinandersetzungen soweit, dass Personen sich aus der Öffentlichkeit zurückzogen, um persönlichen Angriffen zu entgehen. Versuche, die an den Untersuchungen zu „Schwalbe I“ Interessierten zu einer Arbeitsgruppe zusammenzufassen, um gemeinsam den in wissenschaftlich verschiedene Richtungen tendierenden Forschungswünschen nachzugehen, scheiterten. Vielmehr entbrannte ein Wettrennen um Veröffentlichungen, die über Jahre angekündigt wurden - und bis heute kaum erschienen. Dabei verlor sich der Konflikt nicht im Detail, sondern scheiterte vielmehr am großen Ganzen – nämlich einem Pauschalanspruch auf die „richtige Erinnerung“. Die Erinnerungsgemeinschaft war so sehr mit den äußeren Umständen ihres Erinnerns beschäftigt, dass Reflektion und Bewusstmachung der eigenen Erinnerung in den Hintergrund gedrängt wurden. Viele Jahre verstrichen, die drohten, Erinnerungen verblassen zu lassen und einen Ansatzpunkt für eine Aufarbeitung des Themas auffindbar zu machen, bis verschiedene Stimmen dazu aufriefen, diese Aufarbeitung in „neutrale Hände“ zu geben. Aber welche Personen sind nun zu nennen, wenn hier, angelehnt an die theoretischen Ausführungen, von Trägern der Erinnerung gesprochen wird? Wer sind die Akteure in diesen Erinnerungsprozessen?

2.1. Akteure der Erinnerungsprozesse

Bevor die folgenden Kapitel geschichtliche Entwicklungen in Menden in den Kriegsjahren 1943 und 1945 und Details zum Lagerleben im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben „Schwalbe I“ aufzeigen, die mit den definitiven Erläuterungen aufbrechen, gilt es die Akteure der zu betrachtenden Erinnerungsprozesse aufzuzeigen. Dabei ist zunächst zwischen zwei Generationen zu unterscheiden: Erstens die Generation der Zeitzeugen, jene Personengruppe also, die direkt (als Lagerinsasse oder Funktionär der lenkenden Organe) oder indirekt (als Bewohner Mendens) die Ereignisse in der zweiten Kriegshälfte wahrnahm. Zweitens die Generation der Nachgeborenen, deren Erinnerungen nur noch als sekundär zu bewerten sind, insofern, dass sie sich durch die Weitergabe von Wissen (durch Zeitzeugen oder mediale Vermittlung) über die behandelte Zeit formieren. Der ersten Personengruppe zuzuordnen ist Wilhelm Rau, Bürgermeister der Stadt Menden in der Bauzeit von „Schwalbe I“ und Verfasser der Verwaltungsberichte zwischen 1943 und 1949, dessen schriftliche Erinnerungen vor allem Wahrnehmungen

und Erfahrungen aus dem Kriegsalltag widerspiegeln. Ebenso dieser Generation zuzuordnen sind jene Personen, deren Erinnerungen in Kapitel II.4. behandelt werden. Neben den Schilderungen von Karl Hasecker, Einwohner Mendens, der in der unmittelbaren Nähe des Lagers in Lendringsen lebte, werden die Berichte von vier Männern wiedergegeben, die in unterschiedlichen Funktionen für „Schwalbe I“ tätig waren. Ihre Aussagen bieten den wohl unmittelbarsten Zugang zur Geschichte des Lagerlebens⁸⁵. Es ist die zweite Generation in dieser „Kultur der Erinnerung“ die gemeint ist, wenn hier von einer Deutungskonkurrenz gesprochen wird. Sie ist Aufnahmequelle für die Inhalte des kommunikativen Gedächtnisses und Träger der Erinnerungen, die im kulturellen Gedächtnis gesammelt werden und damit vor dem Schwund bewahrt werden sollen. Zu ihnen zählen neben zahlreichen Lokalhistorikern und Personen des öffentlichen Lebens, die sich bewusst und aktiv an Erinnerungsprozessen beteiligen, im Grunde all jene Menschen, die der Geschichte um das Bauvorhaben „Schwalbe“ nahe stehen, und deren Rolle eine eher passive ist, sind sie sich vielleicht nicht einmal über ihre Funktion bewusst.

Wie erinnert sich Wilhelm Rau? Welche Aufschlüsse geben die Verwaltungsberichte der Jahre 1943 bis 1949 über geschichtliche Zusammenhänge der Mendener Alltagsgeschichte? Wie gestaltete sich das Lagerleben in den Baracken im Raum Menden?

2.2. Erinnerungen an Menden in den Kriegsjahren 1943 bis 1945

„Unser ganzes Leben war im Berichtsjahr auf den Krieg ausgerichtet, wiewohl man-
che Anordnung, - auch schon in den vergangenen Jahren - nicht gerade kriegsmäßig be-
dingt war. Z.B. bleibt es unverständlich, weshalb an Sonntagen, wenn in der Nacht vor-
her Fliegeralarm gegeben war, der Gottesdienst in den katholischen und evangelischen
Kirchen erst nach 10 Uhr vormittags begonnen werden durfte (angeblich damit die Be-
völkerung sich ausruhen sollte). Dabei konnten Versammlungen, Fahrten und Bereitstel-
lungen der Organisationen der N.S.D.A.P. und insbesondere der Hitlerjugend ohne Aus-
nahme zu jeder Zeit stattfinden, oder aber Kundgebungen und Prozessionen waren we-
gen der gefährdeten Luftlage verboten, Aufmärsche und Massenversammlungen der
Partei oder S.A. pp. durften aber dennoch stattfinden. [...] Der großen Zahl der in Men-
den aufhältigen Ausländer und Kriegsgefangenen war der Besuch der Gottesdienste in
den Kirchen verboten. Kontrollen wurden abgehalten. Den Bürgern war jeder Verkehr
mit den Ausländern und jedes Gespräch mit ihnen untersagt. Manch' einer, der ein mit-

⁸⁵Zu den Besonderheiten von Zeitzeugenaussagen vergleiche Kapitel II.3.

leidiges Herz hatte und den Ausländern oder Kriegsgefangenen etwas zu essen, rauchen oder zu trinken gab, mußte dieses büßen. [...]“⁸⁶

Was hier zitiert wird, sind die ersten Zeilen des Verwaltungsberichtes der Stadt Menden aus dem Jahr 1944 – ein Dokument der Erinnerungen an die zweite Hälfte des Zweiten Weltkrieges, wie sie der damalige Bürgermeister Wilhelm Rau festgehalten hat. Es ist in dieser Form das erste offizielle Erinnerungszeugnis, das in der Archivsuche zu dieser Arbeit in den Akten zu finden war, und das die Umstände und das Leben während der Umsetzung des Bauvorhabens „Schwalbe I“ in Menden bildhaft macht. Vor allem aber ist es in der Chronologie der Ereignisse (und im Hinblick auf die Frage nach erinnerungskulturellen Prozessen) die Quelle, die erstmals über die Sachlichkeit offiziellen Schriftverkehrs zwischen Reichsbehörden und Gemeindeverwaltung hinaus Einblick in sozialgeschichtlich relevante, historische Prozesse gibt. Stellenweise im Stil eines Tagebuchs geführt, dokumentieren die Berichte neben wichtigen Fakten zur Planung und Umsetzung von „Schwalbe I“ auch das Zusammenleben der Einwohner von Menden mit den eintreffenden Gruppen der Organisation Todt sowie den Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, die für das Projekt in Lagerstätten in der Region unterkamen.

Denn im Herbst 1944 hatte die Organisation Todt in den Kalkwerken im Hönnetal angefangen, das Bauvorhaben „Schwalbe I“ durchzuführen. Hierzu wurden etwa zwölf Stollen in den Berg vorgetrieben. „Eine gewaltige Arbeit, die zweifellos an anderer Stelle zweckmäßiger gewesen wäre, die aber wie alles in dieser Zeit kritiklos hingenommen werden mußte.. [...] Gegen Ende des Berichtsjahres waren die Höhlen so groß, dass Kirchen in sie gebaut werden konnten, Eisenbahnzüge in ihnen verkehrten und 80 bis 100 000 Menschen gegen Bombenangriffe in ihnen Schutz finden konnten.“⁸⁷ Zum Bauvorhaben gehörten die Anlage einer Bewässerungsleitung aus dem Ruhrtal bis zum Hönnetal. An der Ruhr oberhalb des Bauernhofes der Familie Cosack wurde mit der Ausschachtung eines unterirdischen Pumpwerkes begonnen, doch obwohl die Ausschachtungsarbeiten und die Verlegung der Leitungen weit fortschritten, waren sie bei Kriegsende nicht beendet. Die Leitungsgräben waren teilweise noch offen oder wieder zugeworfen worden. Nur stellenweise hatte man mit der Ausschachtung begonnen. Manche Rohre lagerten unverwendet an der Baustelle. Für das weitere Bauvorhaben sollte der Rothenberg mit einem Tunnel durchfahren werden, an dessen Bau von zwei

⁸⁶Stadtarchiv Menden, Verwaltungsbericht des Bürgermeisters Wilhelm Rau, 1944, S.65. *Anmerkung:* Die Wiedergabe sämtlicher in dieser Arbeit verwendeten Quellen ist im Wortlaut zitiert und wurde der heutigen Rechtschreibung nicht angeglichen.

⁸⁷Stadtarchiv Menden, VB 1944, S. 69.

Seiten herangegangen wurde, doch der Durchbruch war auch am Ende des Krieges noch nicht erzielt. Für den Bau einer Wasserreinigungsanlage sollte dort eine umfangreiche Ausschachtung im Conglomerat-Felsen vorgenommen werden.⁸⁸

Einer der wenigen Bauabschnitte, der im Rahmen des Geheimprojektes fertig gestellt wurde, war der Bau einer Feldbahn vom Bahnhof Fröndenberg bis zum Tiefen Winkel in Menden. Die Bahn diente als Transportmittel für Leitungen und Zubehör. In diesem Zuge wurde die Eisenbahnstation Fröndenberg/Hönnetal an verschiedenen Stellen bedeutend erweitert. Nur die Brücke über die Ruhr bei Fröndenberg, die nach der Möhne-katastrophe⁸⁹ im Jahre 1943 nur notdürftig eingleisig wiederhergestellt worden war, behielt ihre Eingleise. Dabei ging über diese Brücke ein Verkehr, der ein Mehrgleissystem erfordert hätte. Das RWE als dem Projekt zuarbeitendes Unternehmen war beauftragt worden, eine 100 000 Voltleitung vom Umspannwerk Menden-Ohl über Werringsen nach Lendringsen zu bauen. Die Leitung war zum Teil fertig gestellt worden, eine weitere 100 000 Voltleitung von Hemer über Dailinghofen zum Hönnetal befand sich im Bau.⁹⁰

Desweiteren gehörten zum Bauvorhaben Schwalbe auch die Einrichtung des „Transportkorps Speer“, welches seinen Sitz auf der Kampfbahn Huckenohl aufgeschlagen hatte, und der Aufbau zahlreicher Lager für die Mannschaften der Organisation Todt „in Fröndenberg, Menden Ziegelei Sander, Menden Stadtziegel, Menden Horlecke und Lendringsen bei der Arche Noah“ (Die Einrichtungen gehörten nicht allein zum Projekt Schwalbe I, sondern zählten für einen überörtlichen Bezirk). Das Transportkorps errichtete auf dem Gelände am Törniskamp eine Reparaturwerkstatt und auf der Kampfbahn Baracken. Es wurden Entwässerungsleitungen gebaut und eine massive Holz-trocknungsanlage eingerichtet. Durch die Baumaßnahmen wurde die Kampfbahn gänzlich zerstört.⁹¹

Zum Bau des Werkes wurden tausende von Arbeitern, darunter freiwillige Arbeitskräfte, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, zum Arbeitseinsatz herangezogen. Ein großer Teil wurde in den Monaten des Bauvorhabens in Menden untergebracht, wodurch in kürzester Zeit die Beschaffung ausreichenden Unterbringungsraumes nötig wurde. Zu dem

⁸⁸Stadtarchiv Menden, VB 1944, S. 69+70.

⁸⁹Die Möhnetalsperre wurde im Zweiten Weltkrieg durch einen britischen Bombenangriff in der Nacht vom 16. auf den 17. Mai 1943 zerstört (Operation Chastise).

⁹⁰Stadtarchiv Menden, VB 1944, S. 69+70.

⁹¹Stadtarchiv Menden, VB 1944, S. 70.

Zweck wurden die Augusta-, die Josef- und die Hindenburgschule beschlagnahmt, außerdem sieben Räume und die Aula der Oberschule für Jungen. Weitere fünf Räume im Erdgeschoss und drei Räume im Kellergeschoss in der Oberschule für Jungen wurden zu einem Zentralverpflegungslager für die Organisation Todt eingerichtet. In der städtischen Turnhalle wurde die Abteilung „Unterkunft und Ausstattung“ untergebracht. Da die Räumlichkeiten in den Schulen nicht ausreichten, baute die OT auf den Schulhöfen Hütten und Abortanlagen, wie einen kleinen Bau auf dem Kirchplatz vor der Augustaschule. Sämtliche von der OT besetzt gewesene Räume befanden sich beim Kriegsende in einem verwahrlosten und zerstörten Zustand. In einem Schreiben an den Lagerführer der Organisation Todt in Böisperde vom 4. Oktober 1943 bemerkt der Amtsbaumeister Menden hierzu: „Beim Einsatz der OT hat diese fast selbstständig über leerstehende Gebäude verfügt [...]. Die benutzten Räume sind durchweg unsachlich benutzt und stark beschädigt. Aus der Badeanstalt sind die Türdrücker, Brausen entfernt, die Platten von den Wänden geschlagen usw. [...] Die Aborte sind mit Beschlag belegt, stark verschmutzt, so dass für die Kinder die Aborte fehlen. [...] Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die OT sich hier der Behörde gegenüber wenig diszipliniert verhalten hat. Diese Klage wird aber nicht allein von der Behörde, sondern von der ganzen Bevölkerung im Katastrophengebiet erhoben. Insbesondere ist die Bevölkerung ziemlich darüber erregt, dass der OT Materialien, Werkzeuge, Maschinen und besonders Brennstoff in überaus grossem Masse zur Verfügung steht, wogegen es den Betroffenen für die Beseitigung der Mängel aber auch restlos an allem fehlt. [...] Zum anderen hört man immer wieder in den Volkskreisen, dass die Leistung der angesetzten Arbeiter kaum 20% eines Normalarbeiters betragen hätte. Auch dieses ist von mir beobachtet. Ich führe die geringe Leistung auf zu geringes Aufsichtspersonal zurück. Es ist bedauerlich, dass wo wir um Gestellung von Arbeitskräften, sei es Ausländer oder Kriegsgefangene oder deutsche Arbeiter um jeden Mann kämpfen müssen, die Arbeiter der OT so wenig ausgenutzt werden, wo sie doch deutsches Brot und deutsches Geld empfangen.“⁹²

Die Masse der Arbeiter sollte im Bieberthal in Lendringsen untergebracht werden. So wurden dort große, zum Teil massive Barackenlager errichtet. Auch die dortigen Schulen (und Schulen im angrenzenden Schwitten), wurden belegt. Die in Menden wohnenden Arbeitermassen, die aus zahlreichen Ländern kamen, wurden jeden Morgen zur Bahn gebracht, um zur Arbeitsstelle zu fahren und nach der Arbeit wieder von der Bahn abgeholt und in ihre Unterkunft gebracht. Wilhelm Rau schreibt dazu: „Mit Staunen sa-

⁹²Schreiben des Amtsbaumeisters an den Lagerführer der OT in Böisperde, 4.10.1943, Stadtarchiv Menden, I 813.

hen die Mendener Bürger die abenteuerlich aussehenden Gestalten, die phantastisch wild angezogen kaum den Eindruck von Menschen machten. Man mied schon die Nähe der Unterkunftshäuser, der Schulen pp., da das Ungeziefer sich infolge mangelnder Desinfektionsstoffe unheimlich vermehrte.“⁹³ Es gab unter den an dem Werk Arbeitenden Deutsche (K.Z.-Häftlinge oder bestrafte Soldaten) wie Kriegsgefangene, die in den Barackenlagern im Hönnetal untergebracht waren, und aus denen an jedem Tag Ausbrüche gemeldet wurden. 4500 Ausländer, Arbeiter und Arbeiterinnen, die in großen Lagerbaracken und in vielen kleinen Lagern untergebracht wurden, wurden 1943 in Menden gezählt. Dazu kamen im Jahr gleichen Jahr etwa 2000 im Arbeitseinsatz stehende ausländische Zivilarbeiter (einschließlich Ostarbeiter), die nicht in den Zahlen der „ständigen Bevölkerung“ und der „Wohnbevölkerung“ enthalten waren). Aufgrund des Beginns des Projekts Schwalbe I im gleichen Jahr, zählte die Statistik außerdem 3500 Mitarbeiter der Organisation Todt, die in Privatquartieren und öffentlichen Gebäuden ihre Unterkunft suchten: „Am 17. dieses Mts. nachmittags erschien bei Frl. v. D. Ein Herr der OT und erklärte, er müsse hier wohnen und gebrauche 2 Zimmer. Das Wohnzimmer gebrauche er als Leiter des OT-Einsatzes, da er öfter Besuch von höheren Regierungsbeamten erhalte, zur Abhaltung von Besprechungen. [...] Frl. v. D. hatte für die Unterbringung kein Zimmer mehr zur Verfügung, da bereits 1 Ehepaar in 2 Zimmern in der 1. Etage und im Dachgeschoss eine Frau mit 3 Kindern aus Wanne-Eickel untergebracht war.“⁹⁴ Der OT Leiter ordnete daraufhin die Umquartierung der Bewohner an und sandte die Frau mit ihren Kindern zurück nach Wanne-Eickel. Im Verwaltungsbericht von 1944 heißt es hierzu: „Welche Aufgaben die Betreuung all' dieser Menschen an die Verwaltung, die Polizei, das Wohnungsamt, Metzgereien, an Wirtschaften und Ladengeschäften usw., usw., usw. stellte, vermag nur der zu ermessen, der mitschaffend und mitempfindend in der Betreuungsarbeit stand“⁹⁵.

Der Einsatz von Ausländern nahm im Verlauf des Krieges zu, so geht es aus den Erinnerungen des damaligen Bürgermeister hervor - und so entspricht es auch der allgemeinen Entwicklung des Arbeitseinsatzes im Dritten Reich,⁹⁶. Neben den französischen Kriegsgefangenen, von denen sich „übrigens viele in ein ziviles Verhältnis überführen ließen und alsdann auch so den Betrieben zur Mitarbeit weiter verblieben [...]“, kamen in den letzten Monaten auch italienische Kriegsinternierte zum Einsatz, deren Unter-

⁹³Stadtarchiv Menden, VB 1944, S. 70.

⁹⁴Stadtarchiv Menden, VB 1944, S.70; Aktenvermerk: Betreff: Eigenhändiges Quartier machen durch einen Angehörigen der OT, 19.10.1944, Stadtarchiv Menden, I 1573.

⁹⁵Stadtarchiv Menden, VB 1944, S.65.

⁹⁶Vergleiche dazu die Zusammenfassungen in Kruszinski, Irina: Der Arbeitseinsatz im Dritten Reich: Das Geheimprojekt „Schwalbe I“, Arbeit zur Erlangung des Grades Bachelor of Arts, 2009.

bringung und Verpflegung an die Betriebe „des öfteren starke Anforderungen stellte.“. Die erforderlichen Kücheneinrichtungen mussten vielfach vergrößert werden, um laufend die große Anzahl von Arbeitskräften versorgen zu können. Bei all diesen Kräften, sowie insbesondere auch bei den in großer Zahl in Menden untergebrachten Ostarbeitern, war es „nicht immer leicht, eine befriedigende Leistung zu erreichen und es bedurfte laufender Anstrengungen von Seiten des deutschen Teils der Gefolgschaften, um durch stetes Anspornen von den fremdstämmigen Kräften einen vollen Einsatz zu erzielen.“⁹⁷

So nahmen die Planungen zum Bauvorhaben Einfluss auf das alltägliche Leben der Bevölkerung im Raum Menden. Wilhelm Rau empfand dies so: „Wohl wenige Städte weisen gleiche oder auch nur ähnliche Bemühungen auf. Läger und Unterkunftsräume wurden unter den erschwerendsten Umständen in solch' ansprechender und guter Form gebaut wie solche wohl im Auslande in einem deutschen Gefangenen- oder Internierungslager nirgendwo [...] gefunden werden.“⁹⁸ Für die Verwaltung der Bauarbeiten mussten Gebäude geräumt und Wohnungen als Quartiere zur Verfügung gestellt werden. Das Eintreffen der Organisation Todt und der Wachmannschaften für die Lagerstätten stellte lokale Behörden vor einen erhöhten (bisher ungekannten) organisatorischen Aufwand. Bis zum Einmarsch der amerikanischen Truppen in der sauerländischen Region im Frühjahr 1945, wirkten die Kriegsumstände auf die Bevölkerung ein. „Zu dieser Überflutung mit Ausländern kamen dann noch mehr oder weniger ordnungsgemäß durchmarschierende deutsche Truppenverbände, Soldaten, die ihre Einheit verloren hatten und diese nunmehr suchten; entlassende Soldaten, Schwestern und Helferinnen, auch aufgelöste Verbände, die sich ihrer Streifen entledigten und Zivilkleider anlegen wollten, kurzum Menden glich in den letzten Tagen des März [*Anm.: des Jahres 1945*] einem Heerlager, aber einem ungeordneten, einem verzweifelten.“⁹⁹

Dann, wenige Wochen vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs, wurde Menden an einem Sonnabend, dem 14. April 1945, von amerikanischen Truppen besetzt. Von Osten kommend, rückten die Truppen durch das Bieber- und Hönnetal gegen Menden vor. Der Verwaltungsbericht beschreibt die Besetzung: Durch einen telefonischen Anruf wurde die Stadt aufgefordert, keinen Widerstand zu leisten, doch da keine Antwort folgte und

⁹⁷Stadtarchiv Menden, VB 1943, S. 12.

⁹⁸Stadtarchiv Menden, VB 1944, S. 10.

⁹⁹Stadtarchiv Menden, VB 1943, S. 3; VB 1944, S. 68.; vergleiche hierzu auch Kruszinski, Irina: Arbeitseinsatz im Dritten Reich. Das Geheimprojekt „Schwalbe I“, Arbeit zur Erlangung des Grades Bachelor of Arts, 2008, S.30.

einige deutsche Soldaten vor dem Südausgang Mendens Schüsse abgefeuert hatten, blieb die Stadt unter Beschuss. Rau dazu: „Ich persönlich befand mich zu dieser Zeit [Anm.: am 14. April nachmittags gegen 14 Uhr] gerade bei Herrn V. in der Walburgistraße. Als ich nach der Feuereröffnung über eine dazwischenliegende Wiese zu meiner Wohnung eilen wollte, kam ich gerade in das Artilleriefeuer, dem ich nur durch völliges Anschmiegen an den Erdboden entging. 11 Granattrichter rings um das Bürgermeisterhaus, davon 2 8-9 m entfernt von der Halle, an welcher ich mich zu Boden geworfen hatte [...]. Das Artilleriefeuer hielt etwa 30 Minuten an, dann war alles wieder ruhig. Ich dachte, daß nunmehr die Amerikaner in Menden einrücken würden und wartete auf ein Abholen durch einen Parlamentär. Da aber nichts geschah, begab ich mich mit meiner Tochter Anneliese, die ihren Vater nicht allein lassen wollte, zum Westwall, wo die Schreinerei Winterhoff in hellen Flammen stand. [...] Dann ging ich zum Rathaus. Dort meldete mir der Polizeileutnant Matuszak, daß - von Unbekannten – ein weißes Tuch an dem Kirchturm der kath. Pfarrkirche in halber Höhe angebracht sei [...]. Einigen Bürgern, die mich baten, das Tuch hängen zu lassen, sagte ich, die damit verbundene Gefahr für die Bevölkerung sei zu groß. Es stünde zu befürchten, daß noch deutsche Truppen am Stadtrand Feuer auf etwa einrückende amerikanische Verbände eröffnen könnten, was die durch das weiße Tuch getäuschten Amerikaner zur Wutauslassung an der Stadt veranlassen könnte. [...] Es hatten sich mittlerweile etwa 50 Personen angesammelt, die das Herunterholen des weißen Tuches verhindern wollten und eine drohende Haltung einnahmen. Zu ihnen gewandt rief der Polizeileutnant: «Wollt ihr, daß Euer Bürgermeister ermordet wird?» Antwort: «Nein, das wollten wir nicht, aber wir wollen die Stadt übergeben.» Ich wandte mich dann selbst an die auf das Äußerste erregte Menge, die Stöcke erhoben und sich selbst durch Rufe wie «Seid ihr Männer? Drauf!» anfeuerten und sagte ungefähr wörtlich: «Es handelt sich hier nicht um mich und meine Person, sondern um Euch selbst und die ganze Bürgerschaft. Das weiße Tuch auf der halben Höhe des Kirchturmes sieht niemand, kann aber unsägliches Leid über Euch und über Eure Kinder bringen. Ihr kennt mich als Euren alten Bürgermeister. Sobald der Amerikaner Parlamentäre schickt, werde ich hingehen, in Euerem Sinne handeln und die Stadt übergeben; ich übernehme die volle Verantwortung für alles.» Kurze Zeit später, so Raus Schilderungen, wurde der Bürgermeister auf dem Weg nach Hause von Amerikanern aufgegriffen und als Gefangener zunächst zur Wache gebracht, später dann in einen größeren Keller, wo sich circa 300 Gefangene (Soldaten, Ärzte, Feuerwehrleute und Polizeibeamte) befanden. In einem benachbarten Haus wurde er vor einen amerikanischen Offizier geführt, der ihn zu seiner politischen Aktivität befragte

und ihn schließlich als Bürgermeister der Stadt Menden bestätigte: „Nach kurzem Besuch des Rathauses und meines Dienstzimmers bin ich dann durch die von Menschen sehr belebten Straßen, deren anliegende Geschäftshäuser inzwischen geplündert waren, wie man aus den eingeschlagenen Schaufensterscheiben schließen konnte, zu meiner Wohnung gegangen, wo man sich schon große Sorge um mich gemacht hatte.“¹⁰⁰

Besonders die durch den Arbeitsansatz für das Bauvorhaben „Schwalbe I“ zahllosen, hinzugezogenen Arbeitskräfte trieben nun heimatlos durch die Stadt, auf der Suche nach Lebensmitteln und Kleidung. Ein Bild, das Ressentiments der Bevölkerung gegenüber den Umhertreibenden schürte, denn von Beginn des Bauvorhabens an fühlte sich die Stadt von den Massen der Menschen bedrängt, die im Zuge von „Schwalbe I“ die Bevölkerungszahl um ein Vielfaches ansteigen ließ. Die Stadt beherbergte zeitweise weit über 10 000 „fremdländische“ Bauarbeiter, die in Schulen und Baracken zusammengezogen waren. Außerdem beschäftigten die ortsansässigen Werke circa weitere 3000 „fremdländische“ Personen. „In Menden war es nach den letzten Vorbesatzungstagen, die eine Grabesruhe vortäuschten, lebendig geworden. Allerdings waren es nicht die Mendener, die lebendig waren, sondern die Ausländer. Nur die gefangenen Franzosen hielten sich fern. Nur Ausländer überall. [...] Zwanzigtausend und mehr Ausländer, die aus den Lagern ausgebrochen waren, trieben sich in der Stadt und den umliegenden Waldungen herum. Sie räuberten und plünderten überall. Die Schaufensterscheiben wurden eingeschlagen, die Waren geraubt und verteilt. Das große Lebensmittellager der OT im Gymnasium wurde gestürmt. Man watete in Mehl, Öl und sonstigen Lebensmitteln. Aus den Privathäusern wurden Wein und Schnapsvorräte, auch Kleidungsstücke geraubt. Die den bisherigen Kriegsgefangenen zur Unterkunft dienenden Baracken wurden demoliert und verlassen, die dort befindlichen Vorräte an Lebensmitteln pp. sinnlos vernichtet. Die ausländischen Gefangenen stahlen und raubten Vieh, brien an allen möglichen Stellen das Fleisch über offener Flamme, nahmen den Vorübergehenden Fahrräder, Schmuck und Geld ab, entkleideten sie und ließen sie in Lumpen oder auch unbekleidet nach Hause gehen. Überfälle, Mißhandlungen und Mord waren an der Tagesordnung. Am hellen, lichten Tage wurden unter den Augen der Amerikaner Kühe und Schafe aus dem Stall oder aus den Garagen geholt. Des Nachts überfielen Hunderte von bewaffneten Russen und Polen usw. Bauern, Gehöfte, plünderten sie restlos aus, und was nicht mitgenommen werden konnte, wurde zerstört oder sinnlos vernichtet.“ Bürgermeister Rau wandte sich an die amerikanischen Truppen und bat um das Ein-

¹⁰⁰Stadtarchiv Menden, VB 1945 bis 1949, S. 2-5.

schreiten gegen die Plünderungsaktionen und um die Entwaffnung und Internierung der Ausländer. Zur Antwort gegeben wurde ihm: „Wir haben die Ausländer nicht gerufen, wenn Ihr sie gerufen habt, so müßt ihr jetzt auch die Folgen tragen.“¹⁰¹

Mit Einzug der Besatzung standen die Lager der Organisation Todt, die in Menden und Lendringsen 1943 erstmals bezogen worden waren, verwaist da. Dabei handelte es sich um die Lager Ziegelei Sander, Stadtziegelei, Horlecke und Lendringsen bei der Arche Noah. Die Lager bargen Millionenwerte an Baustoffen, Werkzeugen und Geräten. Es begann ein großer „Ausverkauf“, der jedoch nach und nach ebenfalls in Diebstahl, Plünderungen und Zerstörung endete. „Ohne hierzu autorisiert zu sein, versuchte der Bauamtsleiter zu retten, was zu retten war, und es gelang in etwa eine Regelung herbeizuführen, indem Material bevorzugt an Bombengeschädigte und staatliche und städtische Betriebe ausgegeben wurde. Vor allem wurde so das große Farblager vor der Zerstörung und Ausplünderung bewahrt, mit tatkräftiger Unterstützung des bisherigen Verwalters. [...] Es handelte sich um eine umfangreiche, dabei trostlose Aufgabe, für deren Erfüllung von keiner Stelle weder während der Aktion noch nachher Anerkennung gezollt wurde. Erst als es zu spät war, schalteten sich auch Regierungsstellen ein. Die Regierung bediente sich bei der Erfassung der restlichen OT-Materialien übrigens gleichfalls der Hilfe des Stadtbaumamtes; auch mußten umfangreiche Listen geführt und auf dem Laufenden gehalten werden. Besondere Arbeit verursachten in den nachfolgenden Jahren einige Baracken, über die immer wieder berichtet werden mußte.“ Die Josefschule war durch die Benutzung als Ausländerlager für die Zwecke der OT stark unterwohnt. Auch die evangelische Schule an der Papenhausenstraße ging in einem verwahrlosten Zustand aus dem Krieg hervor, weil auch sie der Organisation Todt als Ausländerlager gedient hatte. Nach dem Einzug der Besatzung wohnten dort Italiener, „die alles verbrannten, was nicht niet- und nagelfest war.“¹⁰² Im Laufe des Sommers 1945 gelang es, die Schule wieder Instand zu setzen. Die Augustaschule nach dem Kriegsende als Lazarett, bis sie für die Unterbringung von Evakuierten freigegeben wurde. Das Gymnasium war besonderes stark durch die Benutzung der OT und die nachfolgende Besetzung durch Italiener von Schäden betroffen. „Handwerker aller Art hatten monatelang zu tun, bis das Gebäude wieder für Unterrichtszwecke freigegeben werden konnte“¹⁰³. Auf dem Schulhof hatte die Organisation eine Baracke erbaut. Auf Befehl der Besatzung wurde hier ein größerer Anbau errichtet, der 10 x 12 Meter maß. Er diente Küchenzwecken für

¹⁰¹Stadtarchiv Menden, VB 1945 bis 1949, S. 5-7, 26.

¹⁰²Stadtarchiv Menden, VB 1945 bis 1949, S. 95.

¹⁰³Stadtarchiv Menden, VB 1945 bis 1949, S. 95.

die im Gymnasium untergebrachten Truppen. Die Bauarbeiten waren Ende August 1945 beendet. Die Bearbeitung von Kriegsschädenangelegenheiten, soweit sie nicht rein baulicher Natur waren, übernahm ab November 1949 das Besatzungsamt. Zwecks Registrierung der durch die OT angerichteten Schäden mussten Kostenanschläge aufgestellt und eingereicht werden. „Es dürfte aber wohl keine Aussicht auf Schadenersatz bestehen“¹⁰⁴. Diese Schäden betrafen im wesentlichen die Schulen und die Kampfbahn Hückenohl.¹⁰⁵

So war die Stadt Menden in den Monaten nach dem Kriegsende von einem Mangel an nutzbarem Raum betroffen. Nicht nur öffentliche Gebäude, sondern insbesondere Wohnraum fehlte. Die Wohnungsnot stieg, als bei gleichbleibendem Wohnraum die Zahl der Einwohner Mendens seit dem Vorkriegsstand um fast ein Drittel zunahm. Allein im Jahre 1945 hatte die Stadt etwa 7350 Personen aufgenommen, davon 2600 Polen, 2400 Flüchtlinge aus dem Reich, 1800 Angehörige von Besatzungstruppen, 550 deutsche Kriegsgefangene (Arbeitskommando). Noch 1947, zwei Jahre nach dem Ende des Krieges, wurde der Wohnraum durch den fortlaufenden Zustrom illegaler Flüchtlinge aus den Ostgebieten und der russischen Zone immer mehr eingeengt.¹⁰⁶

2.3. Das Lagerleben von „Schwalbe I“

„Das schlimmste der insgesamt 15 bis 20 Lager war das der Gestapo in Sanssouci. [...] Wie viele Menschen dort ums Leben gekommen sind, ist bis heute unklar. Überhaupt redet man von einem «vergessenen Lager», das in der Erinnerung der alten Lendingser eine Rolle spielt, ansonsten aber unerforscht ist.“¹⁰⁷

Die Erinnerungen an die Lager von „Schwalbe I“ sind zahlreich, die Wahrnehmung des Alltagsgeschehen zwischen 1943 und 1945 unterschiedlich. Vor allem historische Auseinandersetzung der Generation der Nachgeborenen in Menden fördert die Deutungskonkurrenz und schafft eine pluralistische Erinnerungslandschaft. So lassen sich viele Einzelheiten durch Archivfunde belegen. Schilderungen von Zeitzeugen ergänzen das Bild. Was nun im Folgenden zitiert und zusammengefasst wird, ist neben Forschungsergebnissen aus der ersten Arbeit zum Bauvorhaben „Schwalbe I“ und neuen Erkenntnis-

¹⁰⁴Stadtarchiv Menden, VB 1945 bis 1949, S. 98.

¹⁰⁵Stadtarchiv Menden, VB 1945 bis 1949, S. 95, 98, 140.

¹⁰⁶Stadtarchiv Menden, VB 1945 bis 1949, S. 147.

¹⁰⁷Zitat Antonius Fricke in: „«Dann hätte es richtig geknallt!». Experten-Treffen zu Nazi-Projekt «Schwalbe I», Westfalenpost, 02.04.2009.

sen weiterer Archivrecherchen unter anderem den Darstellungen des „Plettenberg-Lexikon“ entnommen, einer Onlineplattform, die bis heute die umfangreichste Veröffentlichung zum Bauvorhaben „Schwalbe I“ ist. Sie entstand ab 1995 durch die Arbeit des Journalisten Horst Hassel. Neben einem allgemeinen „A-Z-Lexikon“ lässt sich hier auf Vereinschroniken, Stadtchroniken, Häuserbücher und andere Quellen zugreifen. Neben den Themen „Bergbau“ und „Höhlen“ im Märkischen Kreis, im Raum Warstein, in Meschede, Brilon und anderen Städten, ist inzwischen eine umfangreiche Veröffentlichung zu „Schwalbe I“ entstanden. Die Primärquellen, auf deren Grundlage die Zusammenfassungen zum Bauvorhaben fundieren, sind insbesondere dem Rheinkalk-Werksarchiv entnommen, das Archiv der Firma, auf deren Gelände das Bauvorhaben in der zweiten Kriegshälfte realisiert worden war. Aber auch Quellen aus dem Stadtarchiv Menden und umliegenden regionalen Archiven sowie Zeitzeugenberichte wurden für die Ausarbeitungen herangezogen. Dabei greifen die Darstellungen insbesondere auf die Inhalte aus Primär- und Sekundärerfahrungen zurück, die verschiedenen Quellen entnommen sind. Gemeinsam mit Horst Klötzer führte Horst Hassel Zeitzeugeninterviews und begab sich immer wieder an die Orte im Raum Menden, an denen Spuren des Bauvorhabens zu finden sind, um weitere Kenntnisse zu erlangen. Die Einträge zu „Schwalbe I“ stellen so vor allem die Alltagsgeschichte des Lagerlebens dar, beleuchten Momentaufnahmen aus der Zeit zwischen 1943 und 1945 und lassen vielfach Quellen sprechen. Die lexikalischen Einträge halten sich dabei sprachlich weniger an eine wissenschaftliche als eine publizistische Ausdrucksweise. Die emotionale Gebundenheit der Autoren an das Thema wird sichtbar. Dabei verbergen sie ihren Unmut über die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in der Erinnerungsgemeinschaft nicht. Hier steht weniger der wissenschaftliche Ton im Vordergrund, als die Möglichkeit, den Zugang für eine breite Leserschaft zu ermöglichen. Nicht zuletzt ist das Plettenberg-Lexikon selbst als Teil der Erinnerungsprozesse zu bewerten, ist es doch vom Lokalkolorit der geschichtlichen Auseinandersetzung mit dem Thema „Schwalbe I“ eingefärbt und steht es im Diskurs der Auseinandersetzungen der Deutungskonkurrenz in der Erinnerungsgemeinschaft. Denn auch Horst Hassel und Horst Klötzer gehören der Generation der Nachgeborenen an, sind Träger der Erinnerung und in die Diskussionen um die Einzelheiten zur Geschichte von „Schwalbe I“ involviert. Sie stehen all jenen Deutungskonkurrenzen und „Erkenntniswettbewerbe“ dabei sehr kritisch gegenüber.

Doch wie begann die Lagergeschichte von „Schwalbe I“? Die Geschichte der Lager begann, als am 8.9.1939 das Wehrkreiskommando VI in Münster vom zuständigen Amts-

bürgermeister in Menden das Angebot erhielt, mehrere Örtlichkeiten zur Unterbringung der Gefangenen bereit zu stellen (wohl als Folge der fortschreitenden Meldungen über die Gefangennahme zahlloser Häftlinge bei Operationen im Osten). Durch die Verlegung des Wasserwerks der Stadt Hamm auf die andere Seite der Ruhr seien Häuser freigeworden, die im Besitz der Stahlwerke Wickede waren und die sich mit geringen Kosten für die Unterbringung herrichten ließen. Das Gelände zeichne sich als geeignet aus, da es von Norden durch den Wasserlauf der Ruhr begrenzt und von den angrenzenden Häusern genügend weit entfernt sei. Das rein landwirtschaftliche Gebiet biete genügend Arbeit für die Häftlinge. Bereits 19 Tage später traf eine Kommission des Kriegsgefangenenstammlager Hemer (Stalag VI A)¹⁰⁸ im Amtsbezirk Menden ein, die den Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen in Kooperation mit dem Beauftragten des Landesamts regelte (Die Organisation erhaltener Arbeitskommandos (siehe unten), also Unterbringung, Verpflegung und so weiter, war durch die Gemeinde zu übernehmen).¹⁰⁹

Neben dem Leiter des Stalag VI A, Major Norndrup, Adjutant Burkert, Kreisbauernführer Hidding und Stabsleiter Frank der Kreisbauernschaft in Lethmathe, besichtigten nach dem Angebot des Amtsbürgermeisters in Menden am 28.9.1939 auch Männer des Arbeitsamts Iserlohn das vorgesehene Gelände an der Ruhr. Mit Zustimmung der Kommission zur Unterbringung der Kriegsgefangenen für die Landwirtschaft wurden vier Orte bestimmt: die Schule in der Lürbke, die Schule in Werringsen, das Restaurant Lenze in Böisperde und das alte Schulgebäude in Sümmern. 20 Kriegsgefangene mit zwei Wachmannschaften sollten in der Schule in der Lürbke Platz finden. Wasser- und Reinigungsmöglichkeiten sowie ein Abort mussten errichtet werden. Weitere 30 Kriegsgefangene für die Gemeinden Werringsen, Wimbern und für den oberen Teil der Gemeinde Schwitten wurden zur Unterbringung in der Schule in Werringsen vorgesehen. Das Restaurant Lenze sollte zunächst 60 Kriegsgefangene für die Gemeinden Böisperde und Halingen, sowie für den unteren Teil der Gemeinde Schwitten beherbergen. In dem am Eingang des Schulhofs in Sümmern gelegenen Gebäudes ließen sich 30 Kriegsgefangene mit zwei Wachmannschaften unterbringen. Die Fenster in allen Anlagen waren zu vergittern beziehungsweise mit Drahtnetzen zu versehen. Durch Abkleidungen wurden

¹⁰⁸ Das Stalag (Stammlager) VI A in Hemer im Märkischen Kreis im Regierungsbezirk Arnsberg war Ende September/ Anfang Oktober (die Angaben variieren) eröffnet worden und "verwaltete" bis zur Schließung am 14.4.1945 etwa 106 800 männliche Insassen (23 000 tatsächlich im Lager). Es war damit das größte Kriegsgefangenenlager im Reich. Zeitweise verwaltete Hemer mehr als 100 000 Gefangene, davon mehr als 90 000 Sowjetbürger (Vergleiche dazu Stopsack, Hans-Hermann/Thomas, Eberhard (Hg.): Stalag VI A Hemer. Kriegsgefangenenlager 1939-1945. Eine Dokumentation, Hemer 1995, S.67.

¹⁰⁹ vgl. Schreiben Amtsbürgermeister Menden an das Wehrkreiskommando VI in Münster/ Westfalen vom 8.9.1939 (Stadtarchiv Menden, M 806, I 1337).

separate Unterkünfte für das Wachpersonal geschaffen. Ein Vorkommando aus Facharbeitern verschiedener Handwerksspaten sollte die nötigen Maßnahmen ausführen, die zur Herstellung der Unterkünfte notwendig waren. Die Kosten übernahm zunächst die Gemeinde, bis eine Verrechnung mit dem Träger der Arbeit oder dem Landkreis erfolgte. Innerhalb einer Woche rechneten die örtlichen Behörden mit dem Eintreffen der Kriegsgefangenen. Im Allgemeinen sollten bei der Auswahl der Lagerstätten neben den militärischen auch die verschiedenen polizeilichen Gesichtspunkte eingehend beachtet werden. Die Lager sollten möglichst in freistehenden Gebäuden eingerichtet werden, so dass ein unmittelbarer Verkehr mit der Bevölkerung der umliegenden Gemeinden unmöglich war. Neben der Sicherung des Lagers und der Trennung der Unterkünfte von Gefangenen und Wachpersonal mussten Tische aufgestellt und Draht zum Trocknen von Kleidung gezogen werden. Die Schlafstätten waren durch Bretter abzugrenzen. Jeder Kriegsgefangene sollte zwei Decken, einen Strohsack und ein Handtuch zugewiesen bekommen.¹¹⁰

Der Oberregierungsrat Dr. Erich Roth, Leiter der Gestapo Dortmund, schreibt am 29.12.1944 an den Regierungspräsidenten Eickhoff:

„Das Arbeitserziehungslager der hiesigen Dienststelle (Ostarbeiterlager) ist im September dieses Jahres von Hunswinkel/b. Lüdenscheid, wo die Häftlinge Erdarbeiten an der Versetalsperre ausführten, wegen Einstellung dieser Arbeiten nach Sanssouci im Hönnetal verlegt worden. An der neuen Arbeitsstelle werden von der Organisation Todt im Auftrage des Reichsbeauftragten Geilenberg sehr eilige Steinbrucharbeiten durchgeführt.“ Zwischen Oktober 1944 und dem folgenden April werden hier 10.000 „Zwangsarbeiter“ verschiedener Nationalitäten im Handvortrieb 2.500 Meter Stollen in den zähen Fels schlagen. Der Abraum beträgt über 200.000 Kubikmeter mit einem Gewicht von mehr als 600.000 Tonnen. Das sind drei Güterzüge täglich.¹¹¹

Ein weiteres der Barackenlager, in denen 1944 Arbeiter für den Stollenbau zur Untertageverlagerung „Schwalbe I“ untergebracht waren, nutzte Fundamente, die von Mitgliedern der katholischen Kirchengemeinde in Oberrödinghausen für den Bau einer Kirche vorbereitet worden waren. Hierzu wurden Arbeiter, die im Auftrag der Firma Köthenbürger (Paderborn) im Stollenbau tätig waren, herangezogen. Das Grundstück für den

¹¹⁰ vgl. Aktenvermerk betreffend Kriegsgefangenenlager vom 29.9.1939 (Stadtarchiv Menden, M 806, I 1337).

vgl. Schreiben an den Bürgermeister und Amtsbürgermeister (außer Letmathe und Menden) betreffend Einsatzlager der Kriegsgefangenen vom 14.10.1939, (Stadtarchiv Menden, M 806, I 1337).

¹¹¹ Witte, Peter: Das Arbeitserziehungslager Hönnetal, in: Witte, Peter (Hg.): 700 Jahre Beckum. Die Geschichte des Dorfes im Sauerland, Arnsberg 1985, S. 219-225.

Kirchenneubau hatte die Pfarrgemeinde 1936 von der Dükerschen Gutsverwaltung erworben. Das Stück Land war ein „zerklüftetes Waldgelände“, das von Mitgliedern der Kirchengemeinde nach Feierabend gerodet und zu einem Bauplatz umgestaltet worden war. Im Juli 1938 wurde Baugenehmigung für den Kirchbau erteilt. Doch „mit dem Bau konnte erst im August 1939 begonnen werden, weil noch viele Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt werden mussten. Seiner Zeit war der Westwall im Bau, daher war kein Zement zu haben. Auch fand sich kein Bauunternehmer, der in dieser Zeit einen Kirchenneubau hätte übernehmen wollen. Der Beweis dafür ist die Ausschreibung der Bauarbeiten. Von allen Offerten wurde nur eine einzige zurückgegeben. Der Bauunternehmer Franz Hellmann übernahm den Bau, fing aber erst nach mehrmaligem Drängen im August 1939 an. Nachdem er die Fundamente gelegt hatte, zog er die Bauarbeiter vom Kirchplatz unter dem Vorwand, die Siedlungsbauten in Lendringsen fertig stellen zu müssen, wieder ab. So blieb die Kirche mit ihren Fundamenten liegen, bis schließlich das ganze Bauen eingestellt werden musste.“¹¹² Auf der Suche nach einem Bauplatz für die Baracken der Zwangsarbeiter beschloss Vertreter der Organisation Todt und der Stollenbaufirma Köthenbürger, die Fundamente der geplanten Kirche zu nutzen. Dazu heißt es in der Kirchenchronik über das Jahr 1945 weiter: „Nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes und nach der bedingungslosen Kapitulation, konnte man im August 1945 wieder an die Fortsetzung des Kirchenbaues denken. Durch die Aufstellung einer Anzahl von Baracken und das Lagerleben der Zwangsarbeiter war das mühsam ausgeschachtete Fundament gänzlich verschüttet. Darum galt es zu allererst die Grundmauern wieder frei zu legen. Sodann ging es an das Aufrichten des eigentlichen Mauerwerks. [...]“¹¹³ Vermutlich 10 Baracken, in denen die Zwangsarbeiter für „Schwalbe I“ in Oberrödinghausen untergebracht waren, standen auf dem Kirchengrundstück. Das ergibt sich aus Feststellungen der Stadt Menden zur Begründung für die Eintragung der Kirche der Pfarrgemeinde Maria in Oberrödinghausen in die Denkmalliste der Stadt. In der Begründung für die Unterschutzstellung der Kirche heißt es unter anderem: „Der Bau wurde 1939 begonnen, dann aber aufgrund des Zweiten Weltkrieges unterbrochen und erst 1948 fertiggestellt. Der Kirchenbau sollte die Hubertuskapelle ersetzen, eine Barackenkirche mit Westturm, die 1920 errichtet worden war. 1936 wurde das Grundstück für die neue Kirche erworben, 1939 wurden die Fundamente gegossen, danach kam der Baufortschritt allerdings ins Stocken. 1944 wollte man auf dem Gelände der Kalkwerke ein unterirdisches Benzinlager (Projekt Schwalbe) errichten, wofür u.a. in 10 Baracken auf

¹¹²Vergleiche dazu „die warte. Heimatzeitschrift für die Kreise Paderborn und Höxter, Heft 126, 2005, S. 34.

¹¹³Vergleiche dazu „die warte. Heimatzeitschrift für die Kreise Paderborn und Höxter, Heft 126, 2005, S. 34.

den Kirchenfundamenten Arbeiter von den für das Projekt dienstverpflichteten Firmen untergebracht waren. So musste man 1945 zunächst die Fundamente wieder freilegen lassen, als 1945 der Weiterbau der Kirche fortgeführt werden sollte. Nach Fertigstellung der Kirche wurden 1948 die Ausstattungsgegenstände feierlich aus der Barackenkirche in die neue Kirche überführt. [...]“¹¹⁴

Wie aber gestaltete sich der Arbeitseinsatz? Wie sahen die Bedingungen aus, unter denen die Arbeit am Bauvorhaben „Schwalbe I“ verrichtet wurde? Der Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen erfolgte auf der Grundlage allgemeiner Weisungen in der Reihenfolge Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Bodenverbesserungen (insbesondere Fortführung der bisher vom Arbeitsdienst durchgeführten Maßnahmen), gewerbliche Wirtschaft. Die Kriegsgefangenen wurden in „Arbeitskommandos“, die möglichst immer 50 Mann fassen sollten, vom Stammlager in Hemer auf Einsatzlager verteilt. Sicherung und Einrichtung dieser Einsatzlager war Aufgabe des Landrats und der Bürgermeister. Die Kreisbauernschaft war Träger der Arbeit und regelte daneben gemeinsam mit dem Arbeitsamt den Arbeitseinsatz bei den einzelnen Bauern. An Barlohn zahlte der Bauer durch die Kreisbauernschaft für jeden Kriegsgefangenen monatlich 13,50 Reichsmark (RM) an das Stammlager. Zudem hatte er ein Lagergeld von 0,40 RM je Arbeitstag (12 RM monatlich) für die Gefangenen an die Gemeinde zu zahlen. Für jeden Mann der Bewachungsmannschaft zahlte das Stammlager im Gegenzug täglich ein Verpflegungs- und Unterkunftsgeld von 1,20 RM plus 0,40 RM, also 1,60 RM durch die Kreisbauernschaft an die Gemeinde. In einer Wirtschaft wurde das Wachpersonal zu zwei Reichsmark täglich verpflegt. Von Lager- und Unterkunftsgeld waren die Kosten für Einrichtung, Unterhaltung und Wiederherstellung des Lagers, sowie für die Verpflegung der Wachmannschaft und die etwa entstehenden Auslagen des Ortsbauernführers zu bestreiten. Für den Lagerraum entfielen einheitlich 0,05 RM Miete für Tag und Kriegsgefangenen an den Eigentümer. Für jedes Einsatzlager wurde vom Stammlager zudem ein Kantinenvertrag abgeschlossen, soweit die Lager in den Wirtschaften untergebracht waren. Die Kriegsgefangenen erhielten vom Stammlager ein „Lagergeld“ zum Bezahlen ihrer Käufe bei den Kantinen, das die Kantinen bei der Lagerleitung in echte Währung umtauschten.¹¹⁵

¹¹⁴Vergleiche dazu „die warte. Heimatzeitschrift für die Kreise Paderborn und Höxter, Heft 126, 2005, S. 34.

¹¹⁵ Vergleiche dazu Schreiben an den Bürgermeister und Amtsbürgermeister (außer Letmathe und Menden) betreffend Einsatzlager der Kriegsgefangenen vom 14.10.1939 (Stadtarchiv Menden, M 806, I 1337).

Wachmannschaften des Stammlagers sicherten nach Dienstanweisung des Stalags die Aufsicht über die Kriegsgefangenen. Geschlossen wurden die gebildeten Arbeitskommandos aus dem Einsatzlager gegen 6.30 Uhr am Morgen zu den Bauern gebracht und unterwegs von den Bauern abgeholt. In der gleichen Form wurde der Rücktransport gegen 19 Uhr organisiert. Die Arbeitsdauer der Kriegsgefangenen richtete sich im Allgemeinen nach dem Ortsgebrauch. An Sonn- und „deutschen“ Feiertagen sollte der Kriegsgefangene dieselbe Ruhe haben dürfen, wie ein deutscher Arbeiter, das hieß, dass er ebenfalls Arbeit zu leisten hatte, sofern besondere Umstände an Sonn- und Feiertagen einen Einsatz notwendig machten. Zudem war den Gefangenen wöchentlich mindestens eine 24-stündige Ruhephase zu gewähren, im besten Fall an Sonntagen. Da Nachtarbeit Raum bot für mögliche Fluchtversuche, war sie zu vermeiden, ebenso der Einsatz am Rande dichter Waldgebiete, Schonungen und unübersichtlichen Geländen. Das notwendige Werkzeug durfte nicht transportiert werden, sondern musste an der Arbeitsstelle gelagert werden. Der Kontakt zur Außenwelt wurde den Kriegsgefangenen untersagt und Lagerstätten waren angehalten, jeglichen Verkehr zu unterbinden. Brief-, Geld-, und Paketsendungen durch die Zivilbevölkerung durften nicht ausgehändigt werden. Weiterhin sollte den Kriegsgefangenen jegliche Gelegenheit genommen werden, Rundfunkgeräte zu bedienen.¹¹⁶

Der schnelle Zuzug einer Masse von Arbeitern schürte 1944 die Vorurteile und negativen Wahrnehmungen des Amtsbürgermeisters gegenüber vielen ausländischen Männer und Frauen in Menden, die für „Schwalbe I“ nach Menden gekommen waren oder herangezogen worden waren: „Das Verhalten der Fremdvölkischen zeigt in immer zunehmenderem Maße Ungehorsam, Ablehnung und Aufsässigkeit. Eine grosse Gefahr bildet der Verkehr der Fremdvölkischen mehrerer Nationalitäten untereinander. Dieser Verkehr führt vielleicht dazu, dass die Fremdvölkischen Nachrichten austauschen und sich gegenseitig zum Widerstand oder zur Arbeitssabotage auffordern. In einer Fülle ist sogar festgestellt worden, dass Franzosen in Lagern zu mehreren ostentativ die „Marseillaise“ singen.“¹¹⁷

Der Bürgermeister von Lendringsen forderte hingegen trotz strenger Vorschriften im Sommer 1945: „Besser eine Kneipe für alle Ostarbeiter!“.

¹¹⁶ Vergleiche dazu Schreiben an den Bürgermeister und Amtsbürgermeister (außer Letmathe und Menden) betreffend Einsatzlager der Kriegsgefangenen vom 14.10.1939 (Stadtarchiv Menden, M 806, I 1337).

¹¹⁷ Schreiben des Amtsbürgermeisters als Ortschaftsbehörde an die Ausländerlager, die Gemeindebürgermeister, die Gendarmeriebeamten und Ortsbauernführer, 16.09.1944, Stadtarchiv Menden, M 1578.

klärt werden, wie man die in den Lendringser Betrieben tätigen rund 500 Ostarbeiter mit Getränken versorgen könnte. In einem Schreiben an den Amtsbürgermeister von Menden vom 12. Juni 1944 machte er deshalb folgenden Vorschlag: „In Lendringsen werden zur Zeit ungefähr 500 Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen beschäftigt, die nach den bestehenden Bestimmungen Ausgang haben müssen, da in den meisten Betrieben nur gelegentlich, aber nicht ausreichend Getränke ausgegeben werden. Ich würde es für zweckmäßig halten, wenn eine Wirtschaft für den Verkehr freigegeben würde. [...] Die Wirtschaft Rinsche erscheint mir dafür geeignet, weil sie abseits liegt, ein genügend großer Raum außer dem Gastzimmer zur Verfügung steht, und dieselbe von Einheimischen sehr wenig besucht wird“. So war der Bürgermeister der Meinung, es sei besser, eine Gaststätte für die Ostarbeiter „freizugeben“, um zu vermeiden, dass die genannten Personengruppen in diversen anderen Gaststätten in Lendringsen versuchten, Getränke zu bekommen. Zudem sei eine Überwachung der Ostarbeiter so viel leichter. Bis dahin konnten die Ostarbeiter zwar Getränke in den Gaststätten kaufen, durften sie dort aber nicht verzehren. So war der Bürgermeister überzeugt: „Der ausschließliche Verkauf außerhalb des Hauses wird dazu führen, dass das Lagern [Anm.: der Ostarbeiter] in den benachbarten Wäldern noch mehr an Umfang zunimmt“. ¹¹⁸

Welche weiteren Lager bildeten sich? Was ist aus der Zeit in den Lagern zu berichten? Für den Bau der UT-Verlagerung hatte man bis zu diesem Zeitpunkt zahlreiche Lager eingerichtet: Biebertal (Lendringsen), Sanssouci (Balve), Hindenburg-Schule (Menden), Franzosenlager Asbeck, Oberrödinghausen, Grimmestraße (Lendringsen), RAD-Lager Hierlstraße (Lendr.), Schule Hierlstraße (Josefschule).¹¹⁹ Das neue Lager in Sanssouci unterstand dabei, wie zuvor das in Hunswinkel, der für den Regierungsbezirk zuständigen Staatspolizeistelle Dortmund. Sie stellte auch die Lagerverwaltung. Lagerleiter war der 59-jährige Kriminalobersekretär und SS-Sturmscharführer Karl Gertenbach. Als Vorgesetzter war er der Verantwortliche für alle Exzesse und Verbrechen im Lager. Er verfügte über reiche Erfahrungen: Als Beamter verbotenerweise schon NSDAP-Mitglied seit 1932, Gestapo Dortmund seit 1933, Leiter der Außenstelle Lüdenscheid seit 1936, aktiv in der „Reichskristallnacht“ und bei den Judendeportationen im Landkreis Altena, seit dem Frühjahr 1943 dann Lagerleiter des Arbeitserziehungslagers (AEL) Hunswinkel, das in den viereinhalb Jahren seines Bestehens 500 Opfer forderte. In drei Gerichtsurteilen gegen Gestapo-Angehörige ist auch Gertenbach erwähnt: Dutzende Erschießungen „auf der Flucht“ (für den Schützen gab es Sonderurlaub), Hinrichtungen

¹¹⁸Dokument unbenannt, Stadtarchiv Menden, Amt Menden, M 157.

¹¹⁹Stadtarchiv Menden, Amt Menden, M 1607.

durch Erschießen und Erhängen, die führende Beteiligung an einem Massenmord in den letzten Wochen. Seine Zeit im Raum Menden ist vor Gericht nicht erfasst worden. Unter dem Lagerleiter stand die Lagerverwaltung aus sieben bis zehn Gestapoangehörigen. Etwa 25 Schutzpolizisten, durchweg ältere, dienstverpflichtete Männer, bildeten das Wachkommando. In der Regel unterschieden sie sich nicht nur durch ihre grüne Polizeiuniform von den Männern in der grauen SS-Felduniform mit der SD-Raute. Es wird berichtet, dass sie sich bis auf Ausnahmen den Gefangenen gegenüber korrekt verhielten. Einige ließen den Gefangenen ab und an Nahrung zukommen. Der Polizist Walter D. rettete einem Gefangenen nachweislich das Leben. Ein anderer, der dienstverpflichtete Lehrer Heinrich Q., versuchte den Russen zu helfen. Dem deutschen Personal untergeordnet waren eine Anzahl ukrainischer Vorarbeiter, Kapos oder Kalfaktoren. Einige von ihnen waren ehemalige Häftlinge, ihrer besonderen Brutalität wegen für Wachdienste ausgewählt. Ihre Hauptaufgabe bestand im Prügeln, wozu sich das deutsche Personal nur seltener verstieg. Anführer dieser Gruppe war ein 34-jähriger Wachmann aus der Ukraine, Dimitry Gretschin, „Emil“ genannt. Eines Abends verzehrte er einen von Häftlingen gebackenen Kuchen. Plötzlich krümmte er sich zusammen und lief, vor Schmerzen stöhnend, aus dem Lager, um im Bahnhof Hilfe zu holen. Man brachte ihn ins OT-Quartier in Böisperde, wo er am 13.02.1945 starb. Ein Kapo erzählte nachher, der Kuchen sei aus Giftweizen gebacken gewesen. Jemand, der sich in den Verhältnissen des Lagers gut auskannte, sagt heute: „Emil musste verschwinden. Er wusste zu viel.“¹²⁰

2.3.1. Ein Gesundheitsbericht

Die Verpflegung der Arbeitserziehungshäftlinge war in einem Runderlass des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei geregelt. Hierauf berief sich auch Dr. Roth in einem Schreiben: die Häftlinge in Sanssouci bekämen neben kalter Verpflegung von der Großküche der OT als „Hauptmahlzeit“ eine sogenannte „Bunkersuppe“ geliefert. Die Beköstigung sei „gut“, „ausreichend“, sogar „reichlich“¹²¹. Anders stellen sich die Umstände in einem amtlichen Schreiben des Arnberger Medizinalrates Dr. Josef Mahr dar. Das Dokument stammt aus seinem persönlichen Nachlass. In Abschrift zitiert wird es in einem Schreiben des Regierungspräsidenten an den Gauleiter vom 09.01.1945¹²²:

¹²⁰Vergleiche dazu Witte, Peter: Das Arbeitserziehungslager Hönnetal, in: Witte, Peter (Hg.): 700 Jahre Beckum. Die Geschichte des Dorfes im Sauerland, Arnberg 1985, S. 219-225.

¹²¹Witte, Peter: Das Arbeitserziehungslager Hönnetal, in: Witte, Peter (Hg.): 700 Jahre Beckum. Die Geschichte des Dorfes im Sauerland, Arnberg 1985, S. 219-225.

¹²² Staatsarchiv Münster, M 428.

„Am 22.11. wurde ich vom Gesundheitsamt Iserlohn fernmündlich benachrichtigt, dass im Kreise Unna ein Ostarbeiter, der in dem genannten Lager gewesen sei, an Fleckfiebererkrankung gestorben sei. [...] Ich habe das genannte Lager daraufhin am 22.11. aufgesucht und Ermittlungen vorgenommen. Das Straflager selbst war hier unbekannt, auch der Gendarmerie-Abteilung des Landratsamtes war es nicht bekannt. Es besteht seit dem 01.10., Träger ist die Geheime Staatspolizei in Dortmund-Hörde, die Einrichtung des Lagers wurde von der OT vorgenommen. Das Lager befindet sich in Baracken, die in dem am Bahnhof Sanssouci im Amt Balve gelegenen Steinbruch erstellt sind. Es befinden sich 400 männliche Ostarbeiter in dem Lager. Diese Personen arbeiten im Hönnetal und werden täglich mit der Hönnetalbahn, nicht getrennt von deutschen Volksgenossen, zu ihren Arbeitsplätzen transportiert. Die Unterbringung der Ostarbeiter ist eine äußerst primitive. Sämtliche Räume sind überbelegt; die Leute liegen, wie das Lagerpersonal sich selbst ausdrückt, «wie die Heringe» [*Anmerkung*: handschriftliche Eintragung Dr. Mahrs am Rande: «alle verlaust, Fleckfiebergefahr!»] Von den 400 Lagerinsassen waren am Besichtigungstage 115 krank. Von diesen 115 litt ein großer Teil an Hungerödemen [hohläugige Gesichter, von Wasser aufgetriebene Leiber und Beine], ein Teil von ihnen dürfte in der nächsten Zeit sterben. Die in der Zwischenzeit beigezogenen Todesbescheinigungen ergaben, dass in dem Lager bisher 10 Insassen gestorben sind. Die ärztlichen Leichenscheine tragen sämtlich als Todesursache die Bezeichnung «Herzmuskellähmung» [*Anmerkung*: handschriftliche Ausrufungszeichen am Rande]. Bei diesen 10 Herzmuskellähmungen [bei meist jungen Menschen] handelt es sich jedoch nach Mitteilung des Lagerarztes ausnahmslos um Fälle von Verhungern, was mit meinen Feststellungen durchaus übereinstimmt. Vom Lagerpersonal wurde angegeben, dass die Verpflegung bisher durch die sogenannte Hauptküche, die auswärts sei, erfolgte. Die Lagerinsassen hätten lediglich etwas Spülwasser zu essen bekommen, der Lagerarzt nannte es «etwas gefärbtes Wasser». Seit einigen Tagen nun ist im Lager selbst eine eigene Küche eingerichtet, mit der die Lagerinsassen viel zufriedener sind. Fleckfiebererkrankungen konnten in dem Lager nicht festgestellt werden, dagegen sind sämtliche Insassen stark verlaust. Es sind wohl zwei im Freien aufgestellte Desinfektionsapparate vorhanden, die auch schon benutzt worden sind. Es können jedoch nur die Kleider entlaust werden, während die Räume und die Menschen nicht entlaust wurden. Eine solche Entlausung ist sinnlos. Eine im Entstehen begriffene Badebaracke ist liegen geblieben und seit längerer Zeit nichts mehr daran gemacht worden. Der zuständige Lagerarzt ist der in der Praxis des Dr. S... in Menden eingesetzte Dr. E..., der als OT-Arzt das Lager versorgt. Er kommt alle 8 - 14 Tage in das Lager, bei 115 Kranken eine vollkommen un-

genügende ärztliche Versorgung. Hinsichtlich der vorgekommenen Todesfälle interessieren die Daten der Todesfälle: Es ereignete sich je ein Todesfall am 4.10., 26.10., 10.11., 13.11., 15.11., 17.11., 18.11., 20.11., 21.11. und 22.11.. Diese Zusammenstellung zeigt, dass die Todesfälle in der letzten Zeit immer häufiger wurden. Nach Angaben des Lagersanitäters kommen jeden Abend einige Lagerinsassen völlig entkräftet von der Arbeit zurück und legen sich hin, um dann z. T. an Hunger und Entkräftung zu sterben. Die Abortverhältnisse sind entsprechend dem übrigen Lager äußerst primitiv. Zwei Dinge vor allem bedürfen im jetzigen Zustand einer sofortigen Änderung: Verhütung weiterer Fälle von Verhungern und Verhütung des Ausbruchs von Seuchen, da das Lager in seiner jetzigen Form eine schwere Seuchengefahr für die Zivilbevölkerung darstellt. Die Lagerinsassen müssen qualitativ und quantitativ so genährt werden, dass sie nicht verhungern und darüber hinaus auch eine Arbeitsleistung erzielen können. Die Lagerinsassen dürfen keinesfalls zusammen mit den übrigen deutschen Volksgenossen täglich zur Arbeitsstelle gebracht werden. Wenn der Zug benutzt werden muss, so sind besondere Waggons erforderlich. Es ist weiterhin der sofortige Ausbau einer Entlausungsmöglichkeit im Lager erforderlich, da im Amt Balve keine sonstige Entlausungsmöglichkeit besteht und ein wiederholter Transport nach Arnsberg kaum möglich sein dürfte. Es ist eine ausreichende ärztliche Versorgung erforderlich und weiterhin, dass der Arzt die Todesursachen auf die Leichenscheine schreibt, die tatsächlich vorliegen [er wurde von hier entsprechend angewiesen].¹²³ Bis Mitte Dezember korrigierte der Leiter des Gesundheitsamtes eigenhändig alle eingehenden Todesbescheinigungen. Unter die „Herzmuskellähmungen“ der Lagerleitung schrieb er in dicker roter Tinte „Hungertod“. Die Gestapo stellte daraufhin ihre Todesanzeigen beim Standesamt bis auf wenige Ausnahmen ein. Auch wurde der Lagerarzt Dr. E. abgelöst und durch einen OT-Oberarzt ersetzt. Für die Häftlinge gab es jedoch unverändert morgens vor der Arbeit 75 Gramm Brot mit einem „Heu-Tee“, mittags im Steinbruch einen halben Liter Kaffee-Ersatz, abends einen halben Liter warmes Wasser mit ein paar Steckrübenschnitzeln.¹²⁴ Unter dem Datum 16.-19.03.1945 ist in der „Kleinen Chronik über das Bauvorhaben Schwalbe“ der RWK vermerkt: „Stromausfälle, Betrieb steht“. Am 25. März heißt es dann: „Sämtliche Ausländer entlassen.“¹²⁵

¹²³ Staatliches Gesundheitsamt des Landkreises Arnsberg, Tagebuch Nr. 19,8, Arnsberg, den 27.11.1944, Betreff: Arbeitserziehungslager Hönnetal in Sanssouci, gezeichnet Dr. Mahr, Medizinalrat.

¹²⁴ Witte, Peter: „Das Arbeitserziehungslager Hönnetal“, in: Witte, Peter (Hg.): „700 Jahre Beckum - Die Geschichte eines Dorfes im Sauerland“, Arnsberg 1985, S. 219-225.

¹²⁵ Nach Aussagen von Horst Hassel und Horst Klötzer, Februar 2011.

2.3.2. Die Auflösung der Lager

Doch nicht alle Strafgefangenen blieben bis zum Frühjahr 1945 im Lager Biebertal. Im September 1944 kam der Gefangene Heinrich Frommen, geboren am 04.06.1907 Bedburg, mit den übrigen Gefangenen des „Lagers West“ in Lendringsen an, wo er bis zur Jahreswende 1944/45 blieb.¹²⁶ Frommen gab an, am 30.12.1944 mit etwa 400 Mitgefangenen von Biebertal aus auf einen Transport nach Torgau geschickt worden zu sein. Er wurde „zur Front begradigt“, kam nach Torgau und von dort nach Brünn zur Bewährungstruppe 500.¹²⁷ Viele weitere Gefangene aus dem Biebertal wurden nach Torgau „zur Überprüfung ihrer Eignung für die Bewährungstruppe“ überführt. Ende März 1945 wurden etwa 850 Gefangene auf einen Marsch in Richtung Celle geschickt, ein Marsch, der vermutlich im Raum Werl endete. Die im Lager Biebertal verbliebenen etwa 450 Häftlinge, zumeist Kranke, wurden am 11.04.1945 von amerikanischen Truppen befreit.¹²⁸

Ein Jahr später waren die Lager verwaist, doch die Folgen der Kriegszeit und des Einzugs der unvorhergesehenen Menschenmasse, die im direkten Zusammenhang mit dem Bauvorhaben „Schwalbe I“ stand, beschäftigten Behörden und Ortsansässige weiter und warfen Fragen und Gerüchte auf. So schickte Peter Rütte aus Liblar bei Köln seine „Anklage gegen die Kriegsverbrecher Frontführer Peters, Lagerführer Heil und Gläser und den Küchenchef Romberg und seine Mätresse Hilde Vogel“ 1945 nach Kriegsende an die Stadtverwaltung Lendringsen und führte aus: „Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde: Während der Zeit, als im Hönnetal das Zweigwerk der Union Kraftstoff Wesseling errichtet wurde, befanden sich die genannten Personen in der OT-Küche [OT = Organisation Todt] in Lendringsen. In dieser Küche wurden täglich 2500 Menschen gepflegt, über die Hälfte Ausländer. Und auf Kosten dieser Menschen führten diese Herren mit ihren Mätressen und deren Anhang ein Schlemmerleben mit großen Saufgelagen. Im Februar diesen Jahres wurden einige Herren aus der Oberbauleitung der OT verhaftet wegen Verschiebung von Lebensmitteln. Aber durch das Näherkommen der alliierten Truppen wurde die Sache platt geschlagen. Kurz vor dem Einmarsch der Ameri-

¹²⁶ Die Erinnerungen stammen aus seinem Tagebuch.

¹²⁷ Bührmann-Peters, Frank: Dissertation Ziviler Strafvollzug für die Wehrmacht. Militärgerichtlich Verurteilte in den Emslandlagern 1939 - 1945 über militärgerichtlich verurteilte Soldaten, Osnabrück 2002, S. 150, 253.

¹²⁸ Kurt Kl. ehem. Gef.-Lagerschreiber des SGL Lendringsen, Menden, an den BM von Lendringsen am 23.06.1949, Stadtarchiv Menden, Amt Menden, M 1578-607.

kaner in Menden gründeten die obengenannten Herren und Frl. Vogel die berüchtigte Partisanengruppe der Nazibanditen, den Werwolf, worin Frl. Vogel den Posten einer Spionin bekleidete. Zu diesem Zweck wurden auf den einzelnen Dörfern der Umgebung Lebensmittel, welche den hungernden Menschen gestohlen wurden, untergebracht, so auch in Lendringsen, Karl-Becker-Str. 46 bei Familie Steinschulte, wo ich zu der Zeit wohnte, um nach dem Einmarsch der Truppen hinter dessen Rücken illegal zu arbeiten. Zu derselben Zeit war ich bei dem Unternehmen als Werkspolizei angestellt, hatte gleichzeitig die Befugnis einer Schutzpolizei und in dieser Eigenschaft habe ich die Pakete im Hause Karl-Becker-Str. 46 beschlagnahmt und unter die Leute verteilt. In den genannten Paketen befanden sich Butter, Käse, Wurst, Oel, Reis, Bohnen, Zucker, Mehl, Puddingpulver und Salz in einem Gewicht von ungefähr drei Zentner. Die Tochter der Eheleute Steinschulte war in der genannten Großküche als Köchin beschäftigt und hatte keine Ahnung, was in den Paketen war und für welchen Zweck sie verwendet werden sollten. Auch wusste sie, dass ich illegal gegen die Nazibanditen arbeitete. Auf meine Veranlassung hin haben sie die Einwilligung gegeben zur [...] Aufbewahrung der Sachen, damit ich die Handhabe bekam zu einer strafrechtlichen Verfolgung. Gez. Peter Rütt Liblar bei Köln. Nachsatz: Wir bitten, das Einwohnermeldeamt um Angabe, wohin die Herren sich abgemeldet haben. Die Militärregierung verlangt es.“¹²⁹ Inwiefern Peter Rütte eine Reaktion auf das Schreiben erhielt, war anhand der Archivfunde nicht zu belegen.

Ebenfalls nur wenige Monate nach dem Ende des Krieges, im Oktober 1945, drohte im Bereich westlich der Hauptstraße von Lendringsen, auf der sogenannten Brakelerweide (oder Brakelerheide), durch Schuttablagerungen ein russisches Einzelgrab verschüttet zu werden. Die Meldung des Leichnams auf dem Sportplatz in Lendringsen erstattete am 17. Oktober 1945 der Hauptwachtmeister Timmermann (Einzelposten, Lendringsen II). Um Ärger mit der Besatzungsmacht zu vermeiden, ordnete der Bürgermeister von Lendringsen am 1. Dezember 1945 die unverzügliche Umbettung zum Russenfriedhof in Hemer an. Wer der Tote war, konnte nicht ermittelt werden. Wie es zu der Erschießung des Russen gekommen war, klärte eine Augenzeugin auf. Unter dem Betreff „Russen-Einzelgrab auf der Brakelerweide in Lendringsen“ wurde der Ortspolizeibehörde des Amtes Menden gemeldet: „Das russische Einzelgrab auf der Brakelerweide, bei den Baracken-Notwohnungen westlich der Hauptstraße in Lendringsen, ist in Gefahr, durch

¹²⁹Schreiben von Rütte, Peter: Anklage gegen die Kriegsverbrecher Frontführer Peters, Lagerführer Heil und Gläser und den Küchenchef Romberg und seine Mätresse Hilde Vogel, Stadtarchiv Menden, Amt Menden, M 1222.

Schuttabladungen der Erde gleichgemacht zu werden. Nach Aussage der evakuierten Ehefrau Klara Freis, Barackenwohnung 'Sportplatz' in Lendringsen, hat Anfang Mai 1945, morgens auf der Brakelerheide seitens einiger Russen eine Schießerei stattgefunden. Anscheinend war es ein gewisses Übungsschießen. Auf welchen Gegenstand geschossen wurde, konnte nicht angegeben werden. Eine Zielscheibe war nicht aufgestellt. Bei dieser Schießerei ist dann ein Russe, welcher wahrscheinlich Trefferergebnisse feststellen wollte, durch Unvorsichtigkeit seiner Landsleute von diesen erschossen worden. Letztere haben dann an Ort und Stelle mit Spaten etwas Erdreich ausgehoben, den Toten mit einer Wolldecke oder Strohsack umwickelt und denselben auf diese einfache Art bestattet, worauf anschließend die Schießerei wieder fortgesetzt wurde. Dieses Grab ist durch ein einfaches, unbeschriftetes Bretterkreuz gekennzeichnet.“ Die Personalien des getöteten Russen wurden nicht bekannt. Der Polizist Timmermann empfahl daraufhin die Umbettung, denn „es könnte möglich sein, dass einer der an der Schießerei beteiligt gewesenen russischen Landsleute den Angehörigen des Toten Kenntnis davon gibt, dass derselbe in Lendringsen, Krs. Iserlohn, beerdigt worden ist“.¹³⁰

So schnell wie die Lager in wenigen Monaten entstanden waren, so schnell blieben schließlich nur noch die verwaisten Holzbaracken zurück. Die Arbeit in den Stollen war bereits Wochen vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges beendet, nun verließen auch die Arbeitskräfte die zahlreichen Schlafstätten und flüchteten sich in die waldigen Gebiete des Sauerlands, auf der Suche nach dem Weg in ihre Heimat. Doch auch noch Monate, nachdem die letzten Wachposten von den Lagerstätten abgezogen worden waren beziehungsweise mit dem Ende des Krieges und damit dem Ende des Dritten Reichs aus ihrer Dienstpflicht entlassen waren, verblieb eine Masse von Menschen im Raum Menden. Hinzu kamen Flüchtlinge aus allen Regionen, die ihren Weg nach Hause suchten, und Kriegsdienststrückkehrer. So mussten beispielsweise „auch in den nachfolgenden Jahren [...] viele Schwierigkeiten überwunden werden, bis wieder eine geordnete, «friedensmäßige» Unterrichtsgestaltung [Anm.: in den von der OT besetzten Schulen] erreicht werden konnte. Es fehlt an Lehrkräften, Unterrichtsräumen und den allernotwendigsten Lehrmitteln. Unter großen Mühen konnte das Stadt-Bauamt Anfang 1947 das Gebäude der Josefschule soweit wieder herrichten, daß dort am 23. Januar 1947 der Unterricht wieder eröffnet werden konnte.“¹³¹

¹³⁰Stadtarchiv Menden, Amt Menden, „Strafgefangenenlager West“, M 1616.

¹³¹VB 1943-1949, S.163.

Doch wie erlebten jene Menschen, die Umstände in den Lagerstätten, die tagtäglich dort ihre Arbeit verrichteten? Was nahm der wahr, der nur vom Zaun aus beobachten konnte, was in den Baracken geschah? Und wie haben sich jene Zustände in den Erinnerungen gehalten?

3. Eine Zeitzeugengeschichte

Assmann und Assmann haben es in ihrer Theorie festgehalten: Kulturelles Erinnern geht von Schocks und Brüchen aus. So sind es die Bruchlinien und Katastrophen der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, die das kulturelle Erinnern im Zuge des einsetzenden Generationenwechsels gegen Ende der 1990er Jahre in Gang gesetzt haben. Das Erlöschen unmittelbarer Erfahrungsgeschichte in Bezug auf den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg, populär gefasst als der „Abschied von den Zeitzeugen“, intensivierte die Frage nach der Zukunft der Erinnerung. Zugleich drohte dieser Abschied aber auch, zukunftsrelevante Fragestellungen in Bezug auf demokratische Geschichtskultur und die Entwicklung reflektierten Geschichtsbewusstseins zu verstellen. Denn der Abschied von der Erinnerung steht für mehr als die Herausforderung, Ersatz für „Lebensgeschichten als Argument“ zu schaffen. Knigge formuliert darum den Bedarf einer umfassenden begrifflichen und methodischen Weiterentwicklung historischen Lernens aus der Geschichte des extremen 20. Jahrhunderts, wenn die mit Erinnerung einmal gemeinsamen selbstkritischen, Geschichtsbewusstsein bildenden, Lebenspraxis orientierenden Impulse gewahrt und fortgeführt werden sollen.¹³²

Welche Lebensgeschichten sind aus den Erinnerungen jener zu erfahren, die den Alltag im Lager erfuhren? Welche Geschichten blieben in der Erinnerung der Zeitzeugen zurück? Angesichts fehlender Überlieferungen zu konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen der unterschiedlichen Gruppen von Zwangsarbeitern in Betrieben, Wirtschaftszweigen, Orten und so weiter dienen themenzentrierte schriftliche und mündliche Befragungen oder lebensgeschichtliche Interviews in der Geschichtswissenschaft als eine ergänzende Materialgrundlage für die Rekonstruktion historischer Umstände. Doch bei der Interpretation müssen Besonderheiten berücksichtigt werden: Mündliche Lebensgeschichten setzen sich aus Ereignissen sowie subjektiv Gedeutetem und nachträglich erworbenem Wissen zusammen. Sie enthalten fiktionale Elemente, „importierte“ Erinnerungen Dritter, Beschönigungen, Verklärungen, Vergessenes und Verdrängtes. Die Erzählung ist immer von der gegenwärtigen Lebenssituation des Erzählers bestimmt, die Gegenwartsperspektive prägt den Rückblick auf die Vergangenheit. So muss also in Betracht gezogen werden, dass sich auf der Grundlage von Erinnerungen Ereignisse und Prozesse nicht exakt rekonstruieren lassen, da es sich immer um eine „ex-post Interpretation“ handelt, die verschiedenen Konstituierungsbedingungen unterliegt. Aber es ist

¹³²Vergleiche dazu Kapitel I.1., S. ; Knigge.

nicht der subjektive Betrachtungswinkel, der die Problematik bei der Verwendung dieser Quellen darstellt, sondern die Tatsache, dass Erfahrungen und Erlebnisse mit den Deutungen aus verschiedenen Zeitebenen verschmelzen – eine Tatsache, die bei der Auswertung und Interpretation von Zeitzeugenaussagen zu berücksichtigen ist. Geht es hier also um die Analyse erinnerungskultureller Prozesse, muss prinzipiell zwischen dem Erlebnis an sich und der Erinnerung differenziert werden. Dabei ist beim Erinnern schwer zu trennen, „welche Inhalte und vor allem welche Bezüge zwischen denselben bereits im Zuge des Wahrnehmungsaktes abgespeichert wurden und welcher erst beim Auslesen und Rekonstruieren definiert oder gar hinzugefügt wurden“¹³³. So verkehrt sich schließlich das im allgemein angenommene Verhältnis von Vergangenheit und Gegenwart: „Nicht Erinnerungen stammen aus der Vergangenheit, sondern Vergangenheit resultiert aus Erinnerungen.“¹³⁴

Im Zusammenhang mit dem Geheimprojekt „Schwalbe I“ gibt es zwei Problemstellungen, die bei der Auswertung von Zeitzeugenaussagen zu berücksichtigen sind: Erstens: Die Erfahrungen der Interviewten aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs sind disparat. Sie wurden nicht zur selben Zeit, am selben Ort gemacht, die Erinnerungsmuster sind unterschiedlich. Und meist beschränkt sich das wahrgenommene Umfeld auf einen eng begrenzten Raum: die Lagerstätte und die Arbeitsstelle. Während der eine das Geschehen nur vom Zaunrand wahrnahm, erlebte der andere den Alltag unter zwanghaften Bedingungen an Schlaf- und Arbeitsstätte. Manch einer verbrachte Monate in den Lagern von „Schwalbe I“, ein anderer nur Wochen. Vergleichbar sind die Erlebnisse sicher nicht, doch jede Erinnerung trägt zur Erfahrungs- und Alltagsgeschichte von „Schwalbe“ bei. Zweitens: Der jeweilige Subjektivitäts- und Konstruktionsgrad des Erzählten wird kaum aufzuzeigen sein, wäre es doch notwendig die Hinzuziehung von Überlieferungen nicht nur auf die erzählte historische Phase zu reduzieren, sondern ebenso frühere und spätere Lebensgeschichten miteinzubeziehen. Doch inzwischen sind die noch auffindbaren Zeitzeugen bereits durch verschiedene Lokalhistoriker befragt worden und weitere Interviews nicht erwünscht - bergen die Erlebnisse auch traumatische Erfahrungen - oder

¹³³Singer, Wolf in seinem Eröffnungsvortrag zum Historikertag in Aachen.

¹³⁴Vergleiche dazu Hoffmann: Schichten der Erinnerung, S.63; Vergleiche dazu Hoffmann, Katharina: Schichten der Erinnerung. Zwangsarbeitererfahrungen und Oral History, in: S.62. Welzer: Kommunikatives Gedächtnis, insbesondere das zweite Kapitel, S. 19-45; hierzu besonders Rosenthal, Gabriele: Die erzählte Lebensgeschichte als historisch- soziale Realität. Methodologische Implikationen für die Analyse biographischer Texte, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.): Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte: zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte, Münster 1994, S. 125-138, hier S. 130, ausführlich in: dies.: Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen, Frankfurt am Main/New York 1995, S. 70-98; Lehmann, Albrecht: Erzählstruktur und Lebenslauf. Autobiographische Untersuchungen, Frankfurt am Main 1983.

sie sind nicht mehr durchführbar aufgrund des hochbetagten Alters der Personen. Ziel ist es daher nicht, in einer Analogisierung das Interviewmaterial mit den zeitgenössischen Quellen zu verknüpfen und sie hinsichtlich ihrer historischen Sachlichkeit zu bewerten. Vielmehr sollen einen Perspektivenwechsel ermöglichen, nachdem in den Analysen zuvor bislang nur der behördliche Schriftverkehr als Quelle in die Untersuchungen einbezogen wurde. Zudem wird sich die Frage stellen, welche Funktion sie in den erinnerungskulturellen Prozesse in Menden erfüllen.¹³⁵

3.1. Karl Hasecker

Karl Hasecker hat seine eigenen Jugenderinnerungen über Jahre seit dem Kriegsende und dem Zusammenfall des Bauvorhabens „Schwalbe I“ reflektiert und durch zahlreiche Fotos belegt. Immer wieder hat er dabei seine eigenen Erinnerungen hinterfragt und nach Beweisen für die Richtigkeit im Bekannten-, Freundes- und Nachbarkreis, aber auch in Archivunterlagen sowie durch das Studium heimatkundlicher Geschichtsbücher gesucht. Für die Zusammenstellung des Plettenberg-Lexikons fasste er seine Erinnerungen zusammen¹³⁶. Hasecker war nicht in das Bauvorhaben eingebunden, doch sein Elternhaus lag nur rund 300 Meter vom Lager Bieberthal in Lendringsen entfernt. So beschreibt Hasecker: „Es war September 1944, die Ortschaft Lendringsen hatte bis dahin nicht viel vom großen Elend des Krieges abbekommen. Es waren ein paar Bomben gefallen, und ein Opfer war zu beklagen - eine Frau, die oberhalb vom Bieberberg am 19.11.1943 durch eine Sprengbombe an diesem Freitagabend getötet wurde. Dann kam der Tag, an dem meine Schwester des Abends gegen 20 Uhr von ihrer Arbeitsstelle nach Hause kam und erzählte, in Lendringsen sei was los: «Der neue Weg [Anm.: Hierlstraße, heute Friedhofstraße] ist voller Sträflinge. Die Gefangenen schlafen zum Teil auf der Straße!» Außerdem ständen Tische und Bänke der neuen Schule [Josef-Schule] auf dem Schulhof. In den Klassenräumen seien Gefangene einquartiert. Die Freude bei uns Kindern war groß, denn wir brauchten jetzt ein paar Tage nicht zur Schule.“ In den darauf folgenden Tagen wurde auf dem Sportplatz (Anm.: heute Lendringser Platz), der vor dem Feuerwehr-Gerätehaus lag, ein Zeltlager mit Stacheldraht-Umzäunung errichtet. Der Eingang befand sich an der südlichen Seite. Hier wurden die Sträflinge so lange untergebracht, bis ein Barackenlager im Biebertal fertiggestellt war. Bevor das Lager errichtet wurde, hatte man zum Material-Transport eine Feldbahn angelegt (vergleiche

¹³⁵Vergleiche dazu Hoffmann. Schichten der Erinnerung, S.66.

¹³⁶Alle folgenden Schilderungen zu III.2.1 entsprechen den niedergeschriebenen Erinnerungen Haseckers. Vergleiche hierzu <http://www.plettenberg-lexikon.de/bergbau/mk/schwalbe1/lager/hasecker.htm>, letzte Version 06.06.2011, 14:08 Uhr.

dazu Verwaltungsbericht 1944, S. 19). Durch das Biebertal führte damals ein unbefestigter Feldweg (der Mühlenweg), der zur Lürbke ging. Die Feldbahn lief von dem Gleisanschluss der Reichsbahn der Firma Schweizer Betonwerk (heute Bettermann) bis zu den Flaschenhäusern (Nissenhütten¹³⁷). Hier wurden die Sachgüter auf die Feldbahn umgeladen und zum Einsatzort gebracht.¹³⁸

Das Lager Biebertal erstreckte sich auf einer Fläche von circa. 180 x 80 Meter - ein Feldgebiet, das bis zum Aufbau des Lagers vom Bieberhof bewirtschaftet worden war. Das Gefangenenlager war mit einem vier Meter hohen Stacheldrahtzaun umgeben, der von außen mit einer Tarnung versehen war. Sie bestand aus einem Sechseck-Maschendraht, in dem flächenweise Teerpappenstücke in grüner, brauner und schwarzer Farbe eingelassen waren. Von der Zauninnenseite zum Lager hin war der getarnte Stacheldrahtzaun zusätzlich mit circa. 1,50 Meter hohen und 1,50 Meter breiten, lose abgewickelten Stacheldrahtringen bewehrt, um Fluchtmöglichkeiten einzugrenzen. Das zweiflügelige Eingangstor befand sich an der südlichen Seite, etwa gegenüber dem Sammelplatz. Für einzelne Personen gab es noch ein kleines Tor. Hier stand ein Wachhäuschen, das mit einem Aufseher besetzt war.¹³⁹

Die Baracken im Lager waren wegen der feindlichen Flieger durch große Bäume, meist Fichten und Birken, getarnt, die die Organisation Todt Wurzeln aus dem nahe gelegenen Wald (vom Böingser Ufer, „Am Pahl“ genannt) herbeischaffen und in vorbereitete Löcher wieder einpflanzen ließ. Einige Bäume waren so groß, dass sie von bis zu 15 Männern getragen werden mussten. Zur Tarnung der Barackendächer wurden die Bäume mit großen braunen, schwarzen und grünen Flecken gestrichen und mit Tannenreisig belegt. Aus der Ferne erschien das Lager wie ein kleiner, lichter Wald. Die Baracken, aus Holz errichtet, standen auf einem gegossenen Betonrahmen (Streifenfundament¹⁴⁰). Einige Baracken dienten als Unterkünfte für die Sträflinge. Sie hatten nur eine Fensterseite, die in Richtung Osten zeigte und mit Windladen bestückt war. Die Fenster waren von außen gitterartig mit Stacheldraht beschlagen. Zusätzlich war unterhalb der Fenster auf dem

¹³⁷ Überreste der Nissenhütten sind in der Ummauerung des Parkplatzes zu erkennen, der sich heute an der Stelle befindet, wo 1943 das Lager aufgebaut worden war.

¹³⁸ Vergleiche dazu <http://www.plettenberg-lexikon.de/bergbau/mk/schwalbe1/lager/hasecker.htm>, letzte Version 06.06.2011, 14:08 Uhr.

¹³⁹ Vergleiche hierzu <http://www.plettenberg-lexikon.de/bergbau/mk/schwalbe1/lager/hasecker.htm>, letzte Version 06.06.2011, 14:08 Uhr.

¹⁴⁰ Die Fundamente sind noch heute, wenn auch dicht von Moos überwachsen, an der Stelle des ehemaligen Lagers zu finden.

Boden ein etwa ein Meter hoher und loser Ring aus abgewickeltem Stacheldraht ausgelegt. Der Eingang befand sich an der nördlichen Seite. Der Bau machte den Anschein eines „Gefängnisses innerhalb des Lagers“. Als Schlafstätten wurden einfache, durchgehende Bretterverschlüge genutzt. Sie erstreckten sich jeweils in zwei Etagen über die gesamte Länge der Baracke, so dass „Mann neben Mann“ lag. Als Unterlage diente lose aufgeschüttetes Stroh. Seitlich neben dem Eingang der Wohnbaracken stand ein etwa 50 Zentimeter hoher Holzkübel (Heringsfass) mit Deckel, der links und rechts mit einer Latte versehen war. Vermutlich wurde der Kübel für die Verrichtung der Notdurft nachts in die Baracke gestellt und diese verriegelt. In einer anderen Baracke war die Flickwerkstatt untergebracht. Hier wurden Bekleidung und Schuhe und so weiter repariert. Im Lager befand sich außerdem ein Magazin. „Nach der Räumung des Lagers haben wir hier Bleichsoda und Waschmittel, Stiefelschäfte, Bekleidung, Feuerlöscher, Wolldecken sowie Petromax-Lampen und anderes vorgefunden. Von den Waschmitteln und Stiefelschäften haben wir Kinder einen Teil mit nach Hause genommen. Meine Mutter hat die Waschmittel bei Bauern gegen etwas Essbares eingetauscht.“¹⁴¹

In einer kleinen Baracke fand die Entlausung statt. Hier wurden Flöhe, Wanzen und anderes Ungeziefer durch Hitze abgetötet. Vorher mussten sich die Männer in der Waschkauke entkleiden und ihre Bekleidung über Eisenbügel hängen. „Einmal, so kann ich mich erinnern, brannte die Entlausungsbaracke mitsamt der Bekleidung [...] ab. Die nackten Gefangenen, die zuvor ihre Bekleidung zur Entlausung abgegeben hatten, holten schnell mit Eimern Wasser aus der Bieber, um zu löschen, doch die Hütte ist trotzdem abgebrannt. Danach wurden zwei neuneckige Blechhütten mit einem Durchmesser von rund 5 Metern und flachem Spitzdach aufgebaut. Diese wurden nun zur Entlausung benutzt. Dennoch kam es auch hier in den Hütten mehrmals zu Bränden. Ein anderes Mal waren circa 150 Soldaten von der «Wlassow-Armee» (Russen in Wehrmachts-Uniform, die auf deutscher Seite gekämpft hatten) zur Entlausung anwesend. In großer Höhe überflog in diesem Augenblick eine Reihe feindlicher Flugzeuge das Biebertal. Die Soldaten liefen, ein Teil von ihnen nackt, sofort in Deckung. Einige suchten am Ufer der Bieber Schutz, andere flohen den Damm hinauf in den nahe gelegenen Wald und begaben sich dort in den vom Reichsarbeitsdienst angelegten Bunker. „Mir fiel auf, dass sie große Angst hatten - sie hatten wohl viel Schlimmes mitgemacht. Aber wir Kin-

¹⁴¹Vergleiche hierzu <http://www.plettenberg-lexikon.de/bergbau/mk/schwalbe1/lager/hasecker.htm>, letzte Version 06.06.2011, 14:08 Uhr.

der wussten, dass wir vor feindlichen Flugzeugen, die in großer Höhe waren, keine Angst zu haben brauchten.“¹⁴²

In einer weiteren Baracke war die Krankenstation untergebracht. Es waren die üblichen Bettgestelle der Wehrmacht aufgestellt. Ein starker Chlorgeruch, der durch die Verwendung von Chlorkalk zur Desinfektion entstand, hing in der Luft. Der Kalk lag verstreut auf dem Boden. In der Krankenbaracke standen Waschstände mit Schüssel und Kanne, Tische, Tragbahnen, Stühle, ein Heilgerät zur Wärmebehandlung mit 16 Kohlefadenbirnen. „Diese Kohlefadenbirnen habe ich hinterher mit nach Hause genommen und zur Beleuchtung genutzt, weil normale Glühbirnen nicht zu kaufen waren.“ Eine Baracke wurde als der „Totenschuppen“ bezeichnet. Hier wurden die Verstorbenen bis zur Beisetzung untergebracht. Der Schuppen hatte eine Größe von circa 3 x 4 Meter und besaß nur ein Fenster, welches mit Presspappe zugenagelt war. Nach der Eröffnung des Lagers wurde etwa alle acht Tage ein Toter beerdigt. Aber je näher das Kriegsende rückte, desto kürzer wurden die Abstände zwischen den Beerdigungen. Anfangs wurden die Verstorbenen in einem Holzsarg beerdigt. Mit einem zweirädrigen Holzkarren, der von Sträflingen geschoben und von Wachposten begleitet wurde, wurden die Leichnamen über die Straße Bieberkamp, Hauptstraße, Walzweg, Meierfrankenfeldstraße und Friedhofstraße zum Friedhof gebracht. Als die Zahl der Verstorbenen anstieg, wurde der Sarg nur noch zum Transport genutzt und nach der „Leerung“ im nahegelegenen Reichsarbeitsdienst-Wald zur Wiederverwendung zurück ins Lager gebracht. In den letzten Wochen vor Kriegsende wurden die Verstorbenen nur noch abends auf Tragbahnen durch den Wald zum Friedhof gebracht und in den aufgeworfenen Löchern abgekippt. „Eines Abends - es war wenige Tage bevor die Amerikaner einmarschierten - sahen wir auf dem Friedhof drei Tote auf Tragen liegen. Sie waren mit Decken zugedeckt und sollten begraben werden. Als der Wachposten merkte, dass wir zuschauten, wartete er so lange, bis es dunkel war. Erst dann wurden die Leichen in die am Tage vorbereiteten Gruben gekippt. An das Gesicht eines Toten, es war nicht von der Decke verdeckt, kann ich mich noch genau erinnern. Es war ein junger Mann mit pechschwarzen Haaren. Auffällig war, dass die Begräbnislöcher nicht so tief wie üblich gegraben wurden. Auch waren die Stege zwischen den einzelnen Gräbern viel schmaler. Massengräber habe ich keine gesehen.“ Das Abort im Lager bestand aus einer etwa 10 x 2 Meter großen Grube. An beiden Längsseiten befand sich ein circa 15 Zentimeter starkes Rundholz, der „Donner-

¹⁴²Vergleiche hierzu <http://www.plettenberg-lexikon.de/bergbau/mk/schwalbe1/lager/hasecker.htm>, letzte Version 06.06.2011, 14:08 Uhr.

balken“. Die Rundholzstange wurde durch einige in die Erde geschlagene Pfähle gehalten. Die Lagerinsassen hatten hier unter freiem Himmel ihre Notdurft verrichtet. Zur Desinfektion der Fäkalien wurde ab und an Chlorkalk über die Grube gestreut.

Das Lager wurde nach der Besetzung durch die Amerikaner nur noch von einem einzigen Soldaten am Haupttor bewacht. Die Waffen der ehemaligen Wachposten lagen neben dem Schilderhäuschen am Tor, sie wurden später verbrannt.

Während die Erinnerungen von Karl Hasecker sich aus Sekundärerfahrungen, aus Gesprächen mit anderen Zeitzeugen und Ergebnissen seiner Recherchen im Archiv zusammensetzen, eröffnen die Primärerfahrungen ehemaliger Lagerarbeiter eine weitere Erinnerungsebene. Aus zeitlicher Distanz in Gesprächen rekonstruiert, sind die Erlebnisse für die Zeitzeugen noch heute nachzuspüren. Über den Wandel der Zeit erlebten auch die Erinnerungen einen Wandel. Doch auch nach über 60 Jahren leben die Schilderungen von Details und Momentaufnahmen. Dabei sind sie vielmehr als der Spiegel der Erfahrungen, die die Männer im Lager und in den Schachtanlagen von Schwalbe I durchlebten. Denn ihre Erinnerungen erlebten in den vergangenen Jahren Überformungen durch die Zeit und durch die Erfahrungen, die die Zeitzeugen in ihren folgenden Lebensabschnitten machten.

3.2. Otto S.

Anders als Karl Hasecker erlebte Otto S. den Alltag im Lager als Internierter. Im September 1944 war Otto S. mit einem Sonderzug, der Heimaturlauber und Kriegsgefangene nach Deutschland brachte, nach Hüingsen gekommen. In Zelten im Lagerkomplex Bieberkamp wurde der damals 22-Jährige untergebracht, während etwa die Hälfte der übrigen „Mitreisenden“ in einer Zeltstadt am heutigen Lendringser Platz (Alter Sportplatz) ihren Schlafplatz beziehen musste. Weil er als Dienstverpflichteter ein Jahr zuvor, 1943, von einem deutschen Handelsschiffs geflohen war, hatte das Kriegsgericht Swinemünde Otto S. wegen Fahnenflucht und unerlaubter Entfernung von der Truppe zu 14 Jahren und sechs Monaten Zuchthaus und lebenslänglichem Ehrverlust verurteilt, nachdem ihn die „Kettenhunde“ der SS aufgegriffen hatten. Die Zuchthausstrafe war nach dem Krieg anzutreten.¹⁴³

¹⁴³ Die nachfolgenden Schilderungen sind die Erinnerungen Otto S. aus der Zeit zwischen

S. arbeitete zunächst im Emsland-Moorlager Papenburg und Börgermoor, bis aus den Arbeitern der gesamten Moorlager ein „Sonderkommando X“ zusammengestellt wurde, das mit etwa 1400 Mann bis Anfang 1944 in Calais, später in Arras zum Einsatz kam. „Wir reparierten Bahngleise, die durch Bombenangriffe der Alliierten zerstört worden waren. Ich trug in Frankreich gestreifte Sträflingskleidung mit dem Buchstaben F [für Fahnenflüchtige] auf dem Rücken. Andere hatten ein J für kriegsgerichtliche Verurteilung. Die Wachmannschaft kam aus den Emslandlagern und ging in Frankreich ziemlich human mit uns um [...].“ Nach der Invasion arbeitete Otto S. [„Wir waren alle Deutsche oder Österreicher“] eine Zeitlang in einer Gegend bei Arras, bis er Anfang September 1944 nach Deutschland gebracht wurde.¹⁴⁴

„Die Unterbringung in Zelten geschah nur wenige Wochen. Anfang Oktober waren die Holzbaracken für uns fertig. Und auch die Gefangenen vom Alten Sportplatz kamen zu uns ins Lager Bieberkamp. Mit der Ankunft im Lager änderte sich die Verpflegung. Wir erhielten morgens ein Stück Brot und dünnen Kaffee-Ersatz, mittags im Steinbruch Oberröddinghausen eine dünne Gemüsesuppe, abends eine Wassersuppe, etwas Brot und Tee. Das Lager war mit Stacheldraht umzäunt, der durch Baumstücken getarnt war. Das Lager war abends ständig durch Scheinwerfer hell erleuchtet. „Wachtürme gab es allerdings nicht, jedoch in jeder Himmelsrichtung Wachhäuschen mit Wachen. In jeder Wohn- und Schlafbaracke wohnten zwischen 150 und 160 Personen. Etwa in der Mitte stand ein rechteckiger Tisch. Zwei Lampen erleuchteten die Baracke. Im vorderen Bereich befand sich ein Waschraum, in dem wir unsere Kleidung, so gut es ging, mit kaltem Wasser reinigen konnten [...]. In unserer Baracke schliefen wir in drei Etagen auf den Holzbrettern. Unser Kopfkissen war unser mit Lumpen umwickelter Essnapf. Wir deckten uns mit einer in den letzten Kriegsmonaten immer wieder völlig verlausten Decke zu. «Flöhe knacken» war unsere Nachtbeschäftigung“. Die Notdurft verrichteten Otto S. und die übrigen Lagerinsassen auf einem „Donnerbalken“, einem Brett mit Löchern, unter dem sich halbe Benzinfässer oder Heringstonnen befanden. Die Toilette war seitlich frei, aber überdacht. Es gab zwei Bretter, die so angeordnet waren, dass sich die Männer gegenüber saßen. 400 bis 500 Insassen waren im Lager während Otto S. dort als Dienstverweigerer seine Arbeit leisten musste. Es wurde bei Tag und bei Nacht gearbeitet (je 12 Stunden und zusätzlich fast täglich „Strafstunden“ im Steinbruch und

1944 und 1945, aufgezeichnet im Gespräch mit Elmar Dederich, abgedruckt in der Mendener Zeitung am 01.11.2000.

¹⁴⁴Otto S. im Gespräch mit Elmar Dederich, abgedruckt in der Mendener Zeitung am 01.11.2000.

im Lager). Der Krankenstand war hoch, doch von der Arbeit befreit wurden die Insassen selten. Hinzu kam, dass, wer nicht arbeiten konnte, zunächst nur die Hälfte der Ration, später überhaupt keine Verpflegung mehr bekam. Kurz vor Ende der Kampfhandlungen wurden die Männer und Frauen nachts in Marsch gesetzt in Richtung Wickede oder Neheim, kehrten dann aber wieder zurück ins Lager Bieberthal (Vermutlich, weil dort, wo die Menschengruppen hingeführt werden sollten, bereits amerikanische Truppen einmarschiert waren).¹⁴⁵

„Ich persönlich verlor im Lager Bieberkamp etwa 50 Pfund Gewicht. Ich wog im Oktober 1944 etwa 150 Pfund. Bei meiner Ankunft in Bremen im April 1945 wog ich nur noch 98 Pfund bei einer Körpergröße von 177 Zentimetern. Mein Grundsatz war, das Fleisch können sie, die Nazis, haben. Aber die Knochen bringst du wieder nach Hause. Aber es war verdammt schwer, weil der Arbeitstag bei unzureichender Ernährung so schwer war. Wir schlurften morgens gegen 5.30 Uhr bei Dunkelheit los und nahmen nach «Frühstück» und Zählappell folgenden Weg: Bieberkamp/Hönnetalstraße. Vorbei an einem Ausländer-Gefangenenlager im Einmündungsbereich des Bieberkamps in die Hönnetalstraße, dort, wo heute eine Grünanlage ist. Auch im hinteren Bereich des Bieberkamps, wo heute etwa die Firma Meisterjahn liegt, befand sich ein Ausländerlager, Gerüchten nach kriegsgefangene Franzosen. Auf unserem morgendlichen und abendlichen Zug kamen wir an einem größeren OT-Lager vorbei. Etwa in Steinhausen, die Gegend ist heute bebaut. Im Steinbruch Emil selbst und davor wurden wir von OT-Leuten übernommen und bekamen unsere Arbeit zugewiesen. Es herrschte im Bruch Lärm und ein unheimliches Sprachengewirr, weil hier alles aufeinander traf. Kriegsgefangene, Strafgefangene, Arbeiter aus dienstverpflichteten Firmen, OT-Leute. Die Bewachung durch unsere Einheitsführer blieb den ganzen Tag erhalten. Meine Arbeit bestand aus dem Verfüllen des Gestein-Abraums mit der Hand. Um 21 Uhr kehrten wir zu Fuß ins Lager zurück.“ Die Wachleute waren SA- Männer, die aus dem Moorlager mitgekommen waren. Stubenältester war ein Offizier, der von der Arbeit befreit war.¹⁴⁶

Er selber habe keinen Mord oder Totschlag erlebt, erinnert sich Otto S.. Wenn es Todesfälle gegeben habe, dann hauptsächlich aufgrund unzureichender Verpflegung und Hunger. Er selbst habe Hungerödeme im Unterbauch und an den Oberschenkeln gehabt. So sei es vorgekommen, dass Mitgefangene morgens einfach nicht mehr aufstehen konnten. Wenn sie nicht tot waren, kamen sie in eine Krankenbaracke. Die Toten wurden in

¹⁴⁵Otto S. im Gespräch mit Elmar Dederich, abgedruckt in der Mendener Zeitung am 01.11.2000.

¹⁴⁶Otto S. im Gespräch mit Elmar Dederich, abgedruckt in der Mendener Zeitung am 01.11.2000.

eine kleine garagenähnliche Bude geschafft und morgens mit einem Karren weggebracht. Dennoch habe es nach der Erinnerung von S. immer Verpflegung gegeben. Ob es zutrefte, dass den nicht arbeitsfähigen Personen in den letzten Kriegswochen die Verpflegung entzogen wurde, diese „Kameraden“ praktisch verhungert seien, entziehe sich seiner Kenntnis¹⁴⁷. „Neben Stockschlägen, die es unvermittelt und unberechenbar [...] gab, führten wir ständig Krieg mit Ungeziefer wie Läusen und Flöhen. Der Ofen in unserer Baracke war eine regelrechte Brutstätte. [...]“¹⁴⁸

„Wie wir Weihnachten und den Jahreswechsel 1944 verlebt haben, weiß ich nicht mehr genau. Wir hüteten uns nur, dem Wachpersonal ins Gehege zu kommen, weil die getrunken hatten. Schikanöse Zählappelle waren an der Tagesordnung. Ich erinnere mich, dass wir morgens einmal drei Stunden auf dem Appellplatz gestanden haben, weil die Personenzahl nicht stimmte. [...] Etwa Ende März waren wir Deutschen im Steinbruch unter uns. Es gab plötzlich keine ausländischen Arbeitskräfte mehr. Wir im A-Trakt des Lager Bieberkamp waren ausschließlich Deutsche des Kommandos X. Ich erinnere mich nicht, dass im Lager Bieberkamp auch Ausländer gewesen sind. Wenn auf der Ehrentafel des Lendringser Friedhofes Tote aus neun Nationen angegeben sind, habe ich dafür nur die Erklärung, dass wir im Steinbruch mit vielen Nationen zusammengearbeitet haben.“ Wenige Tage vor dem Einmarsch der Alliierten in Lendringsen hätten jegliche Schikanen aufgehört, so schildert es Otto S.. „Wir brauchten nicht mehr in den Steinbruch und wurden einfach nur bewacht. Etwa zwei Tage vor Einmarsch der Amerikaner verließ ein Großteil der Gefangenen unsere Lager und marschierte unter Bewachung in Richtung Werl. Am 14. April 1945 übergab ein Sanitätswachhabender das Lager mit verbliebenen etwa 450 Personen den von der Lürbke einrückenden Amerikanern. Ich habe mich noch am selben Abend, nachdem wir von den Amerikanern erstmalig verpflegt worden sind, mit zwei weiteren Kameraden in Richtung Neheim abgesetzt. Einige Kameraden sind, so habe ich bei späteren Treffen in Münster gehört, noch einige Zeit im Bieberthal geblieben. Nicht weil sie festgehalten wurden; sie hatten kein anderes Zuhause.“ Die Wachen waren bereits fort, als die Truppen die Insassen befreiten.¹⁴⁹

„Noch ein Wort zur Lendringser Bevölkerung. Ich bin nach dem Krieg mehrfach wieder in Lendringsen gewesen. Fast jeder, den man spricht, will uns Gefangenen heimlich was an Nahrungsmitteln zugesteckt haben. In Einzelfällen trifft dies auch zu. Aber es war

¹⁴⁷Hier steht Otto S. im Widerspruch zu seiner eigenen Aussage. Noch wenige Zeilen zuvor spricht er davon, dass wer nicht arbeiten konnte, später überhaupt keine Verpflegung mehr erhielt.

¹⁴⁸Otto S. im Gespräch mit Elmar Dederich, abgedruckt in der Mendener Zeitung am 01.11.2000.

¹⁴⁹Otto S. im Gespräch mit Elmar Dederich, abgedruckt in der Mendener Zeitung am 01.11.2000.

verboten und führte in der Regel zu Schlägen.“ Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung durch die Amerikaner, wurde das Urteil des Kriegesgerichtes gegen Otto S. aufgehoben. Nachdem er entsprechende Nachweise einreichen konnte, erhielt er Haftentschädigung und die Haftzeit wurde rentenrechtlich anerkannt. Otto S. zog nach Bremen. Ob er noch lebt, ist unbekannt.¹⁵⁰

3.3. Karl Hähnchen

1944 „von jetzt auf gleich“ dienstverpflichtet zum „Sonderbauvorhaben Schwalbe I“, wurde Karl Hähnchen Sprengmeister von Stollen 9. Als damals 32-jähriger Bergmann kam er in die Region um Menden und sollte dort bis zum Ende des Krieges bleiben.¹⁵¹ Untergebracht in einem Barackenlager unweit Oberrödinghausen, nur fünf Minuten vom Stollen entfernt, lebte Hähnchen gemeinsam mit anderen Bergleuten, die aus allen Bergbaugebieten (unter anderem Aachen und dem Saarland) kamen, zusammen in den provisorischen Unterkünften nahe dem Stollengebiet, in dem nach Fertigstellung der Bauarbeiten das Hydrierwerk zur Herstellung von Flugbenzin in Betrieb genommen werden sollte. Um in den Steinbruch zu kommen, musste der Bergmann jeden Tag an zwei Schilderhäuschen (Wachen) vorbei und seinen Ausweis vorzeigen, der ihn als Mitarbeiter des Sonderbauvorhaben Schwalbe I auswies. Das Ausweisfoto hatten SS-Angehörige gemacht, die alle Arbeiter auf Schwalbe I fotografierten.¹⁵²

Fast täglich erlebte Karl Hähnchen, unter welchen Umständen die Untertageverlagerung stattfand. Von der SS bewachte Strafgefangene, KZ-Häftlinge („Die waren hier in einem Außenlager des KZ Buchenwald untergebracht“), Franzosen, Italiener und Polen in ihren Arbeitsanzügen waren dafür zuständig, den freigesprengten Fels in die Loren zu laden, die dann von den „Zwangsarbeitern“¹⁵³ ins Freie zu einem mit Kohle betriebenen Bagger geschoben wurden. Zwei Riesenschaufeln des Baggers reichten aus, so Hähnchen, einen Eisenbahnwaggon mit den Kalksteinen zu füllen. Und er erinnert sich: Ein junger deutscher Ingenieur, vielleicht gerade einmal 22 Jahre alt, aber nur im Tiefbau und dort auch nur theoretisch zu Hause, hatte in einer der gerade zu Ende gegangenen Schichten, als Hähnchen eintraf, einen Fehler gemacht. Als der Sprengmeister dazu

¹⁵⁰Otto S. im Gespräch mit Elmar Dederich, abgedruckt in der Mendener Zeitung am 01.11.2000.

¹⁵¹Die folgenden Schilderungen basieren auf den Erzählungen von Karl Hähnchen, im Gespräch mit Horst Hassel und Horst Klötzer, veröffentlicht am 27.02.2010 in der Mendener Zeitung.

¹⁵²Karl Hähnchen, im Gespräch mit Horst Hassel und Horst Klötzer, veröffentlicht am 27.02.2010 in der Mendener Zeitung.

¹⁵³Ob es sich hier im geschichtswissenschaftlichen Sinne um „Zwangsarbeiter“ handelte, ist nicht nachzuvollziehen. Der Begriff ist in diesem Zusammenhang darum nur als solcher zu verstehen, wie ihn der Zeitzeuge verwendet.

kam, lag der junge Ingenieur am Boden, mit einem Knüttel erschlagen vom Betriebsführer Frigge. Der habe den Knüttel ständig am Gürtel getragen und jeder habe gewusst, dass er ihn gnadenlos einsetzte. Ein junger deutscher Unteroffizier in Uniform hatte den Hergang mitbekommen und protestierte gegen das Vorgehen des Betriebsführers. Dessen Reaktion: Er erschlug auch den Unteroffizier und suchte Zeugen für ein Protokoll: „Sie haben doch gesehen, dass die beiden hier durch Steinschlag ums Leben gekommen sind! Sie sind Zeuge, dass die Männer verunglückt sind!“, suggerierte er den umstehenden Männern. Jeder wusste, so erinnert sich Klaus Hähnchen, dass die Weigerung, den falschen Hergang zu bestätigen, ebenfalls tödlich sein konnte. Hähnchen seinerseits vermied Weiteres, indem er zu Protokoll gab, beide Männer seien schon tot gewesen, als er hinzugekommen sei. Andere bezeugten den falschen Tathergang.¹⁵⁴

An einem anderen Tag fiel plötzlich ein großer Stein aus der Firste¹⁵⁵, rollte gegen einen KZ-Häftling und brach ihm beide Schien- und Wadenbeine. „Schütten Sie den alten Mann einfach mit auf den Gesteinsberg“, hieß die Reaktion des Wachpersonals. Karl Hähnchen und ein Ingenieur aus dem Saarland, ebenfalls Gefangener, legten den Schwerverletzten auf eine Trage und trugen ihn zum Lagerarzt. „Der hat dem Verletzten links und rechts ins Gesicht geschlagen. Seine Helferin, eine Russin hat geweint. Der schwer verletzte Russe hat vor Schmerzen geschrien.“ Als Hähnchen später die Arzthelferin fragt, was der Landsmann so laut geschrien habe, ist er von der Antwort schockiert: „Der 50 Jahre alte Mann hat nach seiner Mutter um Hilfe gerufen.“ Karl Hähnchen erinnert sich weiter an die Umstände, unter denen die „Zwangsarbeiter“ lebten: Den ganzen Tag ohne Pause oder Essen, gab es erst am Abend eine Suppe. „Dabei weiden sich die Wachmannschaften geradezu am Leid der Zwangsarbeiter.“ Jeder Gefangene, der irgendwo eine Blechbüchse gefunden und mit einem Band an seinen Hosenbund befestigt hat, holt sich seine Suppe.

Ein Karl Dederich aus Aachen saß Mitte März 1945 mit Karl Hähnchen im Stollen und berichtete: „Die Amerikaner sind in Remagen über die nicht zerstörte Brücke!“ Und Karl Hähnchen beschließt: „Mit zwei Kollegen werde ich mir einig: Es wird ab sofort nicht mehr gesprengt, wir hauen morgen ab! Als «Fluchtfahrzeuge» haben wir drei Fahrräder ergattert, allerdings ist an meinem Drahtesel die Kette defekt. In Lendringsen bitte ich in einem Fahrradgeschäft eine Frau um eine Ersatzkette, gebe zu, dass ich kei-

¹⁵⁴Karl Hähnchen, im Gespräch mit Horst Hassel und Horst Klötzer, veröffentlicht am 27.02.2010 in der Mendener Zeitung.

¹⁵⁵bezeichnet beim Untertagebau die obere Begrenzungsfläche eines söhligen (waagerechten) oder geneigten Grubenbaus, im allgemeinen also dessen „Decke“.

nen Bezugsschein und kein Geld dafür habe. Sie schenkt mir die Kette, und wir trampeln gen Ruhrpott [...].¹⁵⁶

3.4. Jan B. und Calogery M.

Der Niederländer Jan B. kam als Arbeiter für das Bauvorhaben „Schwalbe I“ ins Sauerland. Ob er als Kriegsgefangener in die Schwalbe-Lager kam, ist in seinem Briefwechsel mit Franz Rose, aus dem die Erinnerungen entnommen sind, nicht ersichtlich.¹⁵⁷

„Ich weiss noch sehr gut, dass ich bei mehrere Menschen Essen bekam, aber Namen der Menschen weiss ich nicht mehr. Ich weiss aber doch, dass ich noch zwei Wochen bei der Familie T. verbracht habe, wenn die Amerikaner da waren. Die Familie T. hatte eine Transportgeschäft und einen Leichwagen, womit ich fuhr, mit zwei Pferde davor. [...] Nach zwei Wochen war meine Gesundheit derartig erbessert durch das gute Essen, dass ich die Reise nach Hause zu Fuss angefangen habe. Mit noch einige Niederländer. Unterwegs bin ich mehrere Male durch die Amerikaner verhaftet worden und in Schüle untergebracht, aber immer konnte ich bald wieder gehen. So bin ich wechselnd mit einem LKW und einem Bauernwagen am 16. Mai zu Hause gekommen, wo alles gut war. Zu Hause musste ich einige Zeit Ruhe halten, weil ich offene Wunde an meinen Beine hatte, wegen der Lause in der Widukind-Schule. Das ist aber alles wieder gut gekommen.“¹⁵⁸

Auch Calogery M., Italiener, der als Kriegsgefangener der Deutsche in Menden interniert wurde, gab in einem Brief an den Mendener Franz Rose seine Erinnerungen wieder¹⁵⁹: „Mein Leben änderte sich grundlegend am 14. April 1945, dem Datum der Besetzung Lendringsens durch die amerikanischen Truppen in Deutschland. Zwei Jahre lang war ich Kriegsgefangener der Deutschen gewesen und zu harter Arbeit gezwungen. Die Kälte, der Hunger, die Zwangsarbeit waren grausame Prüfungen. Ich sprach ein wenig deutsch und wurde deshalb abkommandiert, um im Lager der Baustelle die Arbeitsgeräte zu holen. Als ich einmal durch die Straßen der Stadt streifte – der Hunger fraß mir in den Eingeweiden – vergaß ich alle Angst, von der SS entdeckt zu werden und klopfte an

¹⁵⁶Karl Hähnchen, im Gespräch mit Horst Hassel und Horst Klötzer, veröffentlicht am 27.02.2010 in der Mendener Zeitung.

¹⁵⁷Franz Rose interessiert sich seit vielen Jahren für die Lokalgeschichte Mendens und viele Quellen unter anderem zum Geheimprojekt „Schwalbe I“ in Recherchearbeiten im Archiv gesammelt. Für diese Arbeit stellte er seinen Briefwechsel mit den Zeitzeugen zur Verfügung.

¹⁵⁸Jan B. in einem Brief an Franz Rose, 10.10.1986. Die zitierten Passagen sind im Original übernommen.

¹⁵⁹Calogery M. in einem Brief an Franz Rose, 28.11.1994, Übersetzung: April 1945 – Meine liebste Erinnerung.

eine Tür, um irgendetwas Eßbares zu erhalten. Die Tür öffnete ein hübsches Mädchen, das nach einigem Zögern, aus begründeter Furcht vor der SS, mich bat, in die Küche zu kommen und einen Teller Suppe mit Fleisch und Kartoffeln zu essen; sie gab mir auch etwas Brot. Nach dieser ersten guten Erfahrung habe ich noch oft bei weiteren Familien angeklopft und immer fand ich Frauen, welche die Tür öffneten und mir etwas gaben, um meinen Hunger zu stillen.“¹⁶⁰

„Nach der Befreiung aus der Gefangenschaft, blieb ich zunächst mit den anderen Ex-Gefangenen im Lager. Da war es mein erster Gedanke, zu den Personen zu gehen, die mit soviel Mut mir geholfen hatten, gegen den Hunger zu kämpfen. Zuerst ging ich zu der Familie S., welche als erste ein gütiges Herz gehabt und einem italienischen Gefangenen geholfen hatte. Ich will ein Bild der Frau Paula S. zeichnen: Eine kleine, nicht unbedingt schöne Frau, aber freundlich und großzügig, mit dunklen Haaren wie eine kleine Italienerin, immer bereit und besorgt, wenn ich zu ihr kam. Ihr Mann Theo war von sehr großer Gestalt, er arbeitete in einer Fabrik; auch er war sehr zuvorkommend; drei Kinder waren da, Christa 14 Jahre alt, Eva 11 und die kleine Marita 7. Häufig unternahmen wir Spaziergänge durch die Gemarkung des Ortes und Herr Theo schoß dabei viele Fotos [...]. In der Familie hielt sich häufig ein Junge von 12 oder 13 Jahren auf, der mir nicht viel Sympathie entgegenbrachte; aber er war sehr gut erzogen und höflich [...] - während meines nahezu fünfmonatigen Aufenthalts in Lendringsen lernte ich viele Familien und zahlreiche überaus nette Mädchen kennen, die alle sehr nett und herzlich waren [...].“¹⁶¹

¹⁶⁰Calogery M. in einem Brief an Franz Rose, 28.11.1994, Übersetzung: April 1945 – Meine liebste Erinnerung.

¹⁶¹Calogery M. in einem Brief an Franz Rose, 28.11.1994, Übersetzung: April 1945 – Meine liebste Erinnerung.

4. Öffentliche Erinnerungsprozesse – Zwischen Gedenken und Erforschen

Erzählungen der Zeitzeugen machen gemeinschaftliches Erinnern möglich, Primärerfahrungen nehmen Einzug in das Gedächtnis der Nachgeborenen, ihr Verfall macht die Initiierung von Formen des Gedenkens notwendig – Prozesse, die Kultur und Gedächtnis in einen Zusammenhang stellen. An dieser Stelle sei noch einmal auf die Theorien von Assmann und Assmann verwiesen: Denn während Kultur die Rahmenbedingungen für eine Kommunikation zwischen den Individuen einer Gemeinschaft ermöglicht, verbindet das Gedächtnis (das kulturelle) jene Personengruppe mit einer gemeinsamen Vergangenheit. So die theoretische Unterscheidung zwischen dem kommunikativen und dem kulturellen Gedächtnis unterscheiden. Die Inhalte des ersteren unterliegen dabei in hohem Maße einem Wandel, zweiteres überliefert einen festen Bestandteil an verbindlichen Inhalten und sinnstiftenden Elementen. Seine Bindung an feste Objektwerdungen und Vergegenständlichungen wie Texte, Riten und Symbole definiert das kulturelle Gedächtnis als ein in hohem Maße geformtes.¹⁶² Doch wenn Gedenkstätten und Gedenkfeiern das Bedürfnis nach einer Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte nicht mehr stillen und ein Sinn über die emotionale Vergemeinschaftung hinaus erzielt werden soll, kann das Erforschen der nächste Schritt in der Aufarbeitung sein. Denn Gedenken braucht Wissen. Mehr noch, mit dem endgültigen Schwinden direkter erfahrungsgeschichtlicher Verbindungen zwischen Gegenwart und Vergangenheit kann Gedenken überhaupt erst aus nachträglich erarbeiteten Erkenntnissen folgen. Die Verknüpfung von kognitiven und affektiven Zugängen zur Vergangenheit intensiviert dabei Auseinandersetzungprozesse. Finden jene Verknüpfungprozesse nicht statt, droht sich das Gedenken auf oberflächliche Rituale und vordergründige Betroffenheit zu reduzieren „oder [es] verkommt gar zur gefühlig verbrämten (geschichts-) politischen Manipulation“.¹⁶³

Doch vor der historischen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Bauvorhabens „Schwalbe I“ in Menden stand unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst der Wunsch, den Menschen zu gedenken, die bei in den Stollen und den Lagerstätten zu Tode gekommen waren. So bestätigte der Bürgermeister in Lendringsen Weingarten mit einem Schreiben vom 9. Juni 1947 den Eingang einer Einladung zur Enthüllung eines Denkmals. Bereits am 14. Juni 1947, nur zwei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und damit dem Ende des Bauvorhabens, fand auf dem Friedhof

¹⁶²Vergleiche dazu Jan und Aleida Assmann, Kapitel I.1.

¹⁶³Knigge, Volkhard: Zur Zukunft der Erinnerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 25-26, 2010.

in Lendringsen die feierliche Enthüllung und Einweihung des Denkmals statt, das von den polnischen Lagern New-Krakow und Kosciuszkowo zu Ehren der Opfer des Nazi-regimes aus dem Straflager in Lendringsen bei Menden errichtet wurde. Zu den Feierlichkeiten eingeladen hatte das „Komitee Denkmalbau zu Ehren der Opfer vom Strafgefangenenlager Lendringsen“, unterschrieben wurde das Schreiben durch den Lager-Kommandanten Jan Olszyna. Auf die Enthüllung durch einen ehemaligen Häftling folgte die Einweihung im Gottesdienst. Vor dem Schlusswort wurden Kränze niedergelegt. Insgesamt waren bis 1947 41 Opfer deutscher Nationalität und 86 Ausländer in den umliegenden Grabstätten des Friedhofs beerdigt.¹⁶⁴ Damit ist die Einweihung des Denkmals 1947 auf dem Friedhof in Lendringsen wohl als Beginn der öffentlichen Auseinandersetzung mit der historischen Vergangenheit des Mendener Raumes zu bewerten. Die Einweihung ist die erste Form des Gedenkens, die in Menden initiiert wurde. Ihr folgten zahlreiche Diskussionen um geschichtliches Bewusstsein und die Bewältigung der eigenen städtischen Vergangenheit.

Viele Jahre vergingen, in denen das Thema „Schwalbe I“ in der Öffentlichkeit nicht stattfand. In den 1980er Jahren dann begann der damalige Leiter des Museums Menden Hoffmann Fakten zum Geheimprojekt zu sammeln. Aber Auseinandersetzungen und verbale Dispute, die auf das Bekanntwerden seiner Arbeit folgten, führten dazu, dass Hoffmann nach einiger Zeit seine Forschungsarbeit niederlegte und sich aus der Öffentlichkeit zurück zog. „Immer wieder wurde Hoffmann hinter vorgehaltener Hand bedeutet, sich gefälligst als Museumsleiter nicht öffentlich zu diesem Themenkomplex zu äußern.“¹⁶⁵

Das Erscheinen eines Zeitungsartikels in der Westfälischen Post über das Projekt „Schwalbe I“ im Jahr 1980¹⁶⁶ weckte dann erneut das Interesse an Erkenntnissen zum Thema „Schwalbe I“. Kai Olaf Arzinger hatte als gelernter Journalist aus Hagen die Recherche aufgenommen und veröffentlichte erstmalig eine kurze Publikation unter dem Titel „Stollen im Fels und Öl für das Reich“, die sich mit dem Projekt befasst. Daneben erarbeiteten weitere privat Interessierte Details zum Projekt und fassten ihre Ergebnisse hin und wieder in öffentlichen Diskussionen und Zeitungsartikeln auf lokaler Ebene zu-

¹⁶⁴Vergleiche dazu Schreiben des Lager-Kommandanten Jan Olszyna an den Bürgermeister Weingarten in Lendringsen, eingegangen am 9.06.1947 (Stadtarchiv Menden, Amt Menden).

¹⁶⁵Czerwinski, Heinz Jürgen: „Schwalbe-Kriegsgefangene: Die Wahrheit zu missliebiger?, Westfalenpost, 05.05.2008.

¹⁶⁶Vergleiche hierzu Mendener Zeitung, 27./28.12.1980.

sammen.¹⁶⁷ Weitere zehn Jahre vergingen bis 1999 auf Initiative der Landtagsabgeordneten Brigitte Hermann (MdL) auf dem Gelände des ehemaligen Steinbruchs „Emil I“ eine Gedenktafel für die „Zwangsarbeiter“ des Projekts „Schwalbe I“ angebracht wurde. Weil das Gelände inzwischen in polizeilicher Nutzung als Schießplatz dient und nur mit einer Sondergenehmigung des Düsseldorfer Innenministeriums zu betreten ist, fand die Anbringung jedoch unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Nur im Beisein eines Leiters des Polizeifortbildungsinstitutes Münster, Frank Kubicki, wurde der Abgeordneten am 26.11.1999 der Zutritt gestattet. „Ich sehe sie [Anm.: die Tafel] als Ergänzung der bereits existierenden Gedenkstätte und des Mahnmals an das ehemalige Lager Stalag 6a in Hemer. Die Tafel ist für die hier übenden Polizistinnen und Polizisten Erinnerung und Mahnung über den geschichtlichen Hintergrund ihres Übungsplatzes. Denn nur wer die Vergangenheit kennt, hat die Chance, Gegenwart und Zukunft besser und menschlicher zu gestalten“ - für die Erinnerungsgemeinschaft der Mendener ein Erinnerungsort, der unzugänglich bleibt.

Am 20. April 2008 stellte Antonius Fricke, Beauftragter für Bodendenkmalpflege und seit Jahren Lokalhistoriker für die Geschichte des Bauvorhabens „Schwalbe I“, einen Antrag an den damaligen Bürgermeister der Stadt Menden, Rudolf Düppe, das Thema umfassend und systematisch aufzuarbeiten. „Wir wollen [...], dass sich eine neutrale Stelle, etwa eine Uni dieser Forschung annimmt“, kommentierte der Stadtverbandschef der CDU Sebastian Schmidt am 06.05.2008 in der Mendener Zeitung. Auf das öffentlich Werden des Antrags meldete sich Elmar Dederich, ebenfalls Lokalhistoriker, in einer Stellungnahme in der Westfalenpost (WP) vom 05.08.2008 „überrascht“ zu dem Interesse der CDU. „Hierzu ist festzustellen, dass es der Aufmerksamkeit von Antonius Fricke und der CDU nicht entgangen sein kann, dass ich vor dem Abschluss achtjähriger intensiver Recherchen um «Schwalbe» und vor der Veröffentlichung meiner Untersuchungsergebnisse in Buchform stehe. Im Übrigen habe ich mit diesem Thema vor verschiedenen Institutionen in elf Vorträgen bereits circa 1300 Mendener erreicht. In diesen elf Vorträgen saß niemals ein CDU-Ratsmitglied [...] Bei einem meiner Vorträge vor einigen Jahren vor der Kirchengemeinde St. Paulus, Lahrfeld, war Antonius Fricke Zuhörer. Seine Rolle in der Diskussion war es, die Zahl (rd. 10 000) der am Projekt eingesetzten Zwangsarbeiter in beinahe penetranter Weise zu bestreiten, obwohl diese Zahl

¹⁶⁷ Verfasser unbekannt: „Einem Polen zur Flucht verholfen“, in: Westfälische Post, Lokalausgabe Menden (22.01.1985); Arzinger, Kai Olaf: Stollen im Fels und Öl für das Reich. Das Geheimprojekt Schwalbe I“, Iserlohn 1997; Auch findet „Schwalbe I“ Erwähnung in Gabriele Loftis Publikation „KZ der Gestapo“, die sich mit Arbeiterziehungslagern in der Endphase des Zweiten Weltkrieges auseinandersetzt. Lofti, Gabriele: KZ der Gestapo. Arbeiterziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart/München 2000.

als gesichert gilt.“ Heinz Jürgen Czerwinski, Redakteur der Westfälischen Post in Menden titelte seinen Artikel zu Dederichs Vorwürfen: „Die Wahrheit zu missliebige?“¹⁶⁸. Mehrfach hätten Ratsherren der CDU Elmar Dederich gebeten, „die Finger davon zu lassen“. „Erst die Massengräber in Barge, dann Neonazi Rieger mit Kaufabsichten für Gut Rödingshausen. Wenn noch mehr Negativ-Schlagzeilen kommen, könnte Menden einen riesengroßen Imageschaden davon tragen.“¹⁶⁹

Tatsächlich fanden der vermeintliche Fund des Massengrabs und die Kaufverhandlungen mit Jürgen Rieger nur hinlänglich Raum in öffentlichen, lokalen Diskussionen. Im Zuge zahlreicher Gespräche im Rahmen dieser Forschungsarbeit über die NS-Geschichte, über Geschichtsbewusstsein, Deutungskonkurrenz und den Umgang mit der eigenen Vergangenheit in Menden blieben die Ereignisse unerwähnt. Erst weitere Recherchen zu Dederichs Vorwürfen brachten die Themen wieder auf. So hatte man im Oktober 2006 die Überreste von 56 Körpern auf dem heutigen Friedhof in Menden Barge freigelegt. Nachdem Spekulationen darüber anhielten, es handele sich hier um den Fund eines Massengrabs aus dem Dritten Reich, in dem Euthanasieopfer der Nationalsozialisten liegen würden, klärte sich der Fall ein halbes Jahr später auf. Die Leichen stammten aus dem nahen Ort Wimbern, wo in der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges ein Ausweichkrankenhaus eingerichtet worden war. In solchen Krankenhäusern wurden üblicherweise aus zerbombten Städten evakuierte Patienten versorgt. Der Spiegel hatte das Thema unmittelbar nach dem Fund aufgegriffen und schrieb unter dem Titel „Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“ eine Geschichte über Verdrängen und Verschweigen von NS-Vergangenheit: „Mehr als 60 Jahre lang hatten die Leute in dem 200-Einwohner-Dorf beharrlich geschwiegen: Zeitzeugen mieden die Öffentlichkeit, Dokumente in Archiven wurden nicht ausgewertet - aus Unbehagen, Scham oder weil sich keiner so recht zuständig fühlte.“¹⁷⁰ Der damalige Bürgermeister der Stadt Menden Rudolf Düppe kommentierte im Artikel: „Wir werden die Koalition des Schweigens durchbrechen.“ Im März 2007, nur wenige Monate nachdem man den nachgeborenen Generationen in Menden bereits den Vorwurf einer verschleiernenden Erinnerungsgemeinschaft gemacht hatte und das Thema zu widrigen, politischen Diskussionen in der Stadt geführt hatte, wurden alle Spekulationen widerlegt.¹⁷¹

¹⁶⁸Czerwinski, Heinz Jürgen: „Schwalbe-Kriegsgefangene: Die Wahrheit zu missliebige?, Westfalenpost, 05.05.2008.

¹⁶⁹Dederich, Elmar in: Czerwinski, Heinz Jürgen: „Schwalbe-Kriegsgefangene: Die Wahrheit zu missliebige?, Westfalenpost, 05.05.2008.

¹⁷⁰http://www.focus.de/wissen/wissenschaft/sauerland_aid_51009.html;
<http://www.spiegel.de/panorama/zeitgeschichte/0,1518,441293,00.html>, letzte Version 12.06.2010.

¹⁷¹ Vergleiche dazu http://www.focus.de/wissen/wissenschaft/sauerland_aid_51009.html; <http://www.spiegel.de/panorama/zeitgeschichte/0,1518,441293,00.html>, letzte Version 12.06.2010.

Im gleichen Jahr im September bekundete der Hamburger Neonazi Jürgen Rieger erstmals sein Interesse am Gut Rödinghausen, einem Anwesen in Menden. Gegenüber lokalen Medien hatte Rieger im September 2007 geäußert, er habe von der Gräflichen Verwaltung bereits alle Erbpachtunterlagen erhalten, dem Erwerb stünde nichts im Wege. Nach eigenen Angaben gegenüber der Lokalpresse wollte er dort Tagungen und Seminare, Sonnwendfeiern und Zeltlager für die Jugend abhalten. „Nur wenige Meter entfernt von einem Nazi-Arbeitslager für das Projekt «Schwalbe I», in dem während des Zweiten Weltkriegs 500 Polen, 50 Österreicher und 50 Deutsche starben, soll jetzt ein NPD-Schulungszentrum entstehen. Das ist einfach undenkbar“¹⁷², kommentierte ein Mender am 19.09.2007 in der Westfalenpost. Die Stadt Menden kaufte Monate später das Anwesen für 800 000 Euro mit Mitteln aus dem städtischen Haushalt, um den Einzug des inzwischen verstorbenen NPD-Funktionärs zu verhindern.¹⁷³

Die Angst vor einem „Imageschaden“ sei „freilich keine Haltung, die nur bei Christdemokraten anzutreffen ist“, kommentierte Czerwinski in seinem Artikel zu Dederichs Vorwürfen, und fuhr fort, dass es gut möglich sein könnte, dass neue und ganz aktuelle Erkenntnisse (*Anm.*: durch wissenschaftliche Forschungen) Dederich vom Publizieren abhalten sollten. Antonius Fricke hatte das Vorhaben einer umfangreicheren Veröffentlichung nach eigenen Aussagen bereits verworfen und wurde zwei Tage später in der Westfalenpost zitiert: „Das ist in der Gesamtheit eine Nummer zu groß, um es rein im Ehrenamt leisten zu können.“¹⁷⁴ Bis heute erscheinen Veröffentlichungen Frickes zum Bauvorhaben „Schwalbe I“ in lokalen Blättern.

Bis 2009 blieben jedoch systematische (quellengebundene) Darstellungen zum Thema aus. Darum trat die Stadt Menden im Januar 2009 nach dem Antrag durch Antonius Fricke an das Institut für Zeitgeschichte der Ruhr-Universität Bochum heran und bat um die Unterstützung bei der Aufarbeitung. Erste Forschungsarbeiten ließen im Bestand des Stadtarchivs Menden über 40 Akten zum Thema sichtbar werden, die gesichtet wurden und Hinweise auf weitere mögliche Funde in anderen regionalen und überregionalen

¹⁷² „Schaurige Erinnerungen an Nazi-Lager“, in: Westfalenpost, 19.09.2007.

¹⁷³ Vergleiche dazu <http://www.redok.de/content/view/796/36/>; <http://www.derwesten.de/staedte/menden/Gut-Roedinghausen-NPD-Abwehr-wird-teuer-fuer-die-Stadt-id2232246.html>, <http://www.derwesten.de/staedte/menden/Gutachter-Gut-Roedinghausen-bringt-Verlust-von-440-000-Euro-id2415547.html>, letzte Version 12.06.2010; „Schaurige Erinnerungen an Nazi-Lager“, in: Westfalenpost, 19.09.2007.

¹⁷⁴ Czerwinski, Heinz Jürgen: „Schwalbe-Kriegsgefangene: Die Wahrheit zu missliebiger?“, Westfälische Post, 05.05.2008; Zitat Antonius Fricke in der Westfalenpost, 07.05.2008.

Archiven boten. Recherchearbeiten im Rahmen dieser Untersuchung haben eine weitere Anzahl von Quellen erschließen lassen. Diese Arbeit ist die Fortsetzung der Forschungsarbeit, die an die ersten Ergebnisse anknüpft.

Im Juni 2009 stellte Antonius Fricke einen weiteren Antrag. Diesmal auf die Unterschutzstellung der Ehrenmalanlage auf dem Friedhof in Menden-Lendringsen beim Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen der Stadt. Der Antrag wurde angenommen und offiziell ins Verfahren eingebracht. Die Kriegsgräberanlage, die sich auf dem städtischen Friedhof in Lendringsen an zentraler Stelle innerhalb einer gärtnerisch gestalteten Platzanlage befindet, besteht aus einer großen, senkrecht stehenden Steinplatte, die in drei Bereiche eingeteilt ist. Sie war 1947 auf Initiative der noch in Menden befindlichen ehemaligen polnischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter „zu Ehren der Opfer des Naziregimes aus dem Straflager in Lendringsen bei Menden, Westfalen, errichtet“ worden (vergleiche Schreiben vom 9. Juni 1947, S. 65). Insgesamt sind dort 132 Verstorbene aus 11 Ländern in einem Massengrab beigesetzt worden, deren Namen auf Tafeln genannt sind, darunter 47 Deutsche und 3 Österreicher, wenn auch ohne individuelle Namensnennung. Auffällig ist hier die ausdrückliche Einbeziehung der verstorbenen deutschen Sträflinge in die Gräberanlage durch den polnischen Lagerkommandanten - nur zwei Jahre nach dem Ende des Krieges. Dieser Einbezug ist nur selten vorgekommen, verdeutlicht aber umso mehr, dass deutsche Strafgefangene und ausländische Lagerinsassen Ähnliches erlitten. Zur rechtlichen Würdigung wurde in der Mitteilung zum Antrag vermerkt: „Jede Nation würdigt die Gefallenen der Weltkriege als Zeichen der Humanität; die Grabanlagen sind daher überall durch besondere Gesetze geschützt. Für die Kriegsgräberanlagen in Deutschland ist das Gräbergesetz (Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft - GräbG i. d. F. von 2005) einschlägig. Dieses Gesetz dient dazu, der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft in besonderer Weise zu gedenken und für zukünftige Generationen die Erinnerung daran wach zu halten, welche schrecklichen Folgen Krieg und Gewaltherrschaft haben. Es sieht einen dauernden Erhalt der bekannten Kriegsgräberanlagen vor; weder ist eine Entfernung noch eine Vernachlässigung zulässig. Die dazu ergangene Verwaltungsvorschrift legt fest, wie eine derartige Anlage anzulegen und zu erhalten ist. Hierzu erhält die Gemeinde Landeszuschüsse, von denen z. B. die Grünpflegearbeiten bezahlt werden. Die Ehrenmalanlage wird auch in der Liste des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge (registrierte Kriegsgräberstätten in Europa z. Zt. rund 3.000) geführt. Außer dieser außergewöhnlichen Anlage gibt es noch weitere 9 Gräberfelder auf Mendener

Friedhöfen, die aber lediglich eingegrünt und mit den überall gleichen Steinkreuzen versehen sind. Hiervon zu unterscheiden sind die Ehrenmalanlagen (z. B. bei Battenfeld), die keine Grabstellen sind. Durch eine Unterschutzstellung nach dem Denkmalschutzgesetz würde zusätzlich eine besondere Wertschätzung für die Ehrenmalanlage und seine Geschichte verdeutlicht.“ Nach der Bitte um Stellungnahme führte das Amt für Denkmalpflege in Westfalen Ende August 2009 eine Ortsbesichtigung durch. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe machte dabei deutlich, dass die Ehrenmalanlage einen Denkmalwert eigentlich nur im Zusammenhang mit den (falls noch vorhandenen) baulichen Überresten des ehemaligen Lagers erzielen würde, aus denen die Verstorbenen stammten und die auf dem Friedhof beerdigt wurden. Von Seiten des Landschaftsverbandes sollte darum nach der Ortsbegehung ein Antrag zur Ergänzung des Unterschutzstellungsantrages von Antonius Fricke um die baulichen Überreste des Lagers im Bieberkamp/Bieberwinkel (ehemalige Baracken) erfolgen. Dazu sollten weitere Nachforschungen erfolgen und Fakten ermittelt werden, um im Folgenden eine entsprechende Vorlage erstellen zu können. Unter der Voraussetzung, dass es sich tatsächlich noch um die alte Bausubstanz an der ursprünglichen Stelle handelt, würde das Ehrenmal einen Denkmalwert als eines der kaum noch vorhandenen Zeugnisse „jenes dunklen Kapitels «Zwangsarbeit/Strafgefangenenlager» der deutschen Geschichte kurz vor Kriegsende“ gewinnen. Die Unterschutzstellung wurde nach Aussage von Antonius Fricke inzwischen genehmigt.¹⁷⁵

4.1 Deutungsschwierigkeiten

„Seine Rolle in der Diskussion war es, die Zahl (rd. 10 000) der am Projekt eingesetzten Zwangsarbeiter in beinahe penetranter Weise zu bestreiten, obwohl diese Zahl als gesichert gilt.“¹⁷⁶, kommentierte Elmar Dederich 2008 das Auftreten von Antonius Fricke. Dabei variieren auch nach Jahren der Forschungsarbeit durch Lokalhistoriker (und auch nach den Forschungsarbeiten im Rahmen dieser Arbeit) die Zahlen zur Arbeitermasse, die für das Bauvorhaben „Schwalbe I“ eingesetzt wurde. Zwar lassen sich Dokumente in den Archiven finden, die Aufschluss geben über die Zahl der in den Lagern internierten Personen im Raum Menden, doch nicht miteinbezogen sind jene Personen, die als

¹⁷⁵ Stadt Menden (Sauerland), Der Bürgermeister, Drucksache 7/09/284-00 – öffentlich, Dienststelle: Bauverwaltung – Untere Denkmalbehörde, Aktenzeichen: 60-414102 Menden, 03.09.09: Mitteilung. Antrag des Herrn Antonius Fricke auf Unterschutzstellung der Ehrenmalanlage auf dem Friedhof in Menden-Lendringsen.

¹⁷⁶Vergleiche dazu Seite 67; Czerwinski, Heinz Jürgen: „Schwalbe-Kriegsgefangene: Die Wahrheit zu missliebiger?, Westfalenpost, 05.05.2008.

Arbeitskräfte der für die OT-Maßnahme kriegsdienstverpflichteten Firmen angestellt waren, oder die aus dem Stammlager in Hemer zur Arbeit in den Stollen vor Ort eingesetzt wurden (auch die Zahlen der Lagerinsassen variieren). Deutungsschwierigkeiten treten jedoch vor allem bei der Frage danach auf, ob es sich bei den für das Vorhaben verpflichteten Arbeitern um Zwangsarbeiter handelte. Taucht der Begriff in dieser Arbeit auf, dann ist er vor allem dem Sprachgebrauch der Personen entnommen, die zitiert werden. Dabei ist „Zwangsarbeit“ als wissenschaftlicher Begriff genau definiert: Der freie Charakter von Arbeit, also beispielsweise das Recht auf einen Arbeitsplatzwechsel beziehungsweise die freie Wahl der Arbeitsstelle, ging infolge des zunehmenden Arbeitskräftemangels bereits vor Ausbruch des Krieges verloren, als 1934 die arbeitsrechtliche Vertragsfreiheit eingeschränkt wurde. Zunehmend wurde ein zwanghafter Charakter der Dienstverpflichtung sichtbar und spätestens mit dem Heranziehen ausländischer Arbeiter und dem Einsatz von KZ-Häftlingen zur Rüstungsproduktion, ließ sich von Zwangsarbeit sprechen. Der Begriff ist aber keinesfalls einfach zu begreifen. Vielmehr bestimmt eine Vielzahl von Faktoren „Zwangsarbeit“. Im Sinne von Artikel 2, Absatz I des „Übereinkommens über Zwangs- und Pflichtarbeit“ der Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation vom 29. Juni 1930 wird Zwangsarbeit verstanden als „jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendwelcher Strafen verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat.“¹⁷⁷ Das im Ersten Weltkrieg besiegte Deutschland gehörte jedoch nicht zu den Gründungsmitgliedern der International Labour Organization (ILO) im Jahre 1919. Die erste Internationale Arbeitskonferenz fasste aber im selben Jahr den Beschluss, Deutschland die Aufnahme in die ILO zu ermöglichen. 1933 trat Deutschland unter der Hitler-Regierung aus der Organisation aus und differenzierte sich damit von jeglichen Definitionen der Internationalen Arbeitskonferenz.¹⁷⁸ Zudem ist die Definition von Zwangsarbeit im Sinne des Übereinkommens 29 ungenau und lässt sich aufgrund der allgemeinen Arbeitsvoraussetzungen nicht anwenden, vor allem, da der Text im Zusammenhang kolonialer Verhältnisse entstanden ist und nicht mit Blick auf Kriegssituationen entworfen wurde. Bei genauer Betrachtung lässt sich gar der Versuch einer „Humanisierung“ von Zwangsarbeit erkennen.

¹⁷⁷Übereinkommen 29. Übereinkommen über Zwangs - oder Pflichtarbeit. Internationale Arbeitsorganisation, 1930, in: <http://www.ilo.org/ilolex/german/docs/gc029.htm>, letzte Version 02.05.2009, 11:29h.

¹⁷⁸ http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/ilo_und_deutschland.htm, letzte Version 02.05.2009, 12:00h.

Handelte es sich bei der Masse der eingesetzten Arbeiter in Menden also um Zwangsarbeiter, wie sie nach der vorangegangenen Ausführung zu definieren sind? Zunächst ist hier deutlich zu machen, dass es sich bei der Gruppe der für das Bauvorhaben „Schwalbe I“ um eine heterogene Gruppe handelt, da die Arbeiter aus verschiedenen Ländern kamen und aus verschiedenen Gründen eingesetzt wurden, wie nicht nur die Forschungen der Lokalhistoriker ergaben, sondern auch die Ergebnisse belegen, die im Rahmen der universitären Forschung erzielt werden konnten. Doch gerade die Erinnerungen der Zeitzeugen schildern Umstände in den Lagern von „Schwalbe I“, die einen Zwangscharakter aufweisen: die kaum überwindbare Einzäunung der Barackenlager, die strenge Überwachung durch Wachmannschaften, Strafmaßnahmen bei Ungehorsam an der Arbeitsstätte wie im Lager, unzureichende Verpflegung und schlechte hygienische Verhältnisse sowie eine fehlende ärztliche Versorgung. Für eine eindeutige Bewertung der Arbeit als „Zwangsarbeit“ reichen die Erkenntnisse jedoch nicht aus. Eindeutig gegen Zwangsarbeit spricht der Fall des Zeitzeugen Otto S.. Er wurde viele Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nach seiner Rückkehr in die Heimat rentenrechtlich für seine Zeit im Lager entschädigt¹⁷⁹. Rentenentschädigungen wurden im Zuge der gesetzlichen Bestimmungen des ZRBG, des Gesetzes zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto nur dann geleistet, wenn durch den Antragsteller ausdrücklich kein Zwangscharakter der Arbeit nachgewiesen werden konnte. Im Wortlaut heißt es in dem Gesetz: „Dieses Gesetz gilt für Zeiten der Beschäftigung von Verfolgten in einem Ghetto, die sich dort zwangsweise aufgehalten haben, wenn 1. die Beschäftigung a) aus eigenem Willensentschluss zustande gekommen ist, b) gegen Entgelt ausgeübt wurde und 2. das Ghetto sich in einem Gebiet befand, das vom Deutschen Reich besetzt oder diesem eingegliedert war.“¹⁸⁰

Deutungsschwierigkeiten bleiben also weiter bestehen. Die Frage, ob es sich bei Arbeitern, die für das Bauvorhaben „Schwalbe I“ eingesetzt wurden, tatsächlich um Zwangsarbeiter handelte, unbeantwortet. Und so werden wohl auch die Diskussionen in der Erinnerungsgemeinschaft vorerst nicht enden und Differenzen in der Deutungskonkurrenz nicht beigelegt werden können, zeichnen sich Handlungsperspektiven bisher doch noch nicht ab.

¹⁷⁹Vergleiche dazu Kapitel II.3.2..

¹⁸⁰ZRBG, Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto vom 20. Juni 2002 (BGBl. I S.2074), § 1 Anwendungsbereich.

Schlussbemerkungen

Erst wenn eine Erinnerungsgemeinschaft Brüche in ihrer eigenen Geschichte erlebt, kulturelle Gruppen Schocks erleiden, setzen Erinnerungsprozesse ein. So die Theorie. Einen Bruch in der Geschichte der Stadt Menden bedeutete die Umsetzung des Bauvorhabens „Schwalbe I“ in den Jahren zwischen 1943 und 1945 sicherlich. Das ganze Leben war auf den Krieg ausgerichtet. Und als Folge des Projekts sah sich die Region einer zuwandernden Masse von Menschen gegenüber gestellt, die die Bevölkerung in kürzester Zeit auf das Dreifache anstiegen ließ. Häuser und Schulen wurden von den verantwortlichen Mitarbeitern der Organisation Todt, die für die Durchführung aller Bauarbeiten zuständig war, besetzt, und Familien mussten in ihren Häusern Privatquartiere frei machen. Nicht zuletzt änderte sich durch „Schwalbe I“ das Stadtbild. Lagerbaracken wurden aufgebaut, Stollen in die Berge der Region um Menden getrieben und Eisenbahnstrecken für den Transport baulich wichtiger Güter ausgebaut. „Sondersam“ wirkten die vielen „fremdstämmigen“ Menschen auf die Bevölkerung Mendens, die die Souveränität über ihre eigene Stadt mehr und mehr verlor, als das gesamte städtische Leben auf das Geheimprojekt ausgerichtet wurde. Die Kriminalität schien in der Wahrnehmung der Mendener seit dem Beginn des massiven Arbeitseinsatzes zu steigen, Unsicherheit resultierte aus der völligen Überforderung mit den Umständen. Mit dem Einmarsch der alliierten Truppen trieben schließlich tausende Heimatloser durch die Straßen, auf der Suche nach Nahrung, Kleidung und Unterkunft. Geschäfte wurden geplündert und die Materiallager der OT leer geräumt. Unbewusst darüber, dass die Veränderungen in Menden keinesfalls ein Einzelfall waren, sondern Entwicklungen entsprachen, die viele Gebiete im Reich betrafen, nahm man „sein Schicksal“ als besonders hart und „kaum vergleichbar“ wahr.

Trotz sich wiederholender Erinnerungsmuster, die über die Jahre hinweg durch den Wandel der Zeit zahlreiche Abwandlungen und Überformungen erfuhren, sind die Wahrnehmungen der Alltagsgeschichte zwischen 1943 und 1945 divergierend, die Erinnerungen an das Geheimprojekt „Schwalbe I“ zahlreich. Sie unterscheiden sich sowohl zeitlich, insofern als das nicht alle Erfahrungen zur gleichen Zeit gemacht wurden, als auch in ihrem „Erfahrungsort“. Während die Einen das Lagerleben vom Zaunrand beobachteten, erlebten Andere den Alltag unter widrigen Umständen an Schlaf- und Arbeitsstätte. Das führt aber dazu, dass das Bild, das sich vor allem aus den Schilderungen von Zeitzeugen ergibt, ein umfassendes ist – und das Gemeinsamkeiten erkennen lässt. So

scheint das Leben der Internierten der Lagerstätten von „Schwalbe I“ vor allem von einem Zwangscharakter geprägt. Eingezäunt und bewacht, war die persönliche Freiheit auf ein Minimum eingeschränkt, der Alltag durch strenge Vorschriften und eine knappe Versorgung mit Nahrungsmitteln hart. Auf jegliches Fehlverhalten - oder auch Schikane der Lagerverantwortlichen – führte zu Strafmaßnahmen. Der Kontakt mit der Bevölkerung war verboten. Gefährlich war die Arbeit in den Stollen. Die geringen Sicherheitsvorkehrungen führten zu zahlreichen Todesfällen durch Geröllrutsche und herunterfallende Steintrümmer. Die anstrengende Arbeit zehrte an der körperlichen Verfassung der Arbeiter. Viele litten an Hungerödemen und anderen Mangelerscheinungen.

Das Erlöschen dieser unmittelbaren Erfahrungsgeschichte, auch benannt als der „Abschied von den Zeitzeugen“, intensivierte in den letzten Jahren die Frage nach der Zukunft der Erinnerung. Über die Initiierung von Gedenkformen und die Suche nach „Erinnerungsorten“ sollte es gelingen, historisches Wissen davor zu bewahren, mit der schwindenden Generation der Träger von Primärerfahrungen verloren zu gehen. Eine „Kultur der Erinnerung“ zu fördern, wurde das deklarierte Ziel offizieller Erinnerungsgemeinschaften. Vielfach erhoffte man sich über die Symbolkraft von Erinnerungen jenes Identitätsgefühl von Gemeinschaften, das man als „abhanden“ gekommen sah, zurück zu gewinnen. Dabei fand eine Konzentrierung auf die Ritualisierung von Erinnerungsprozessen statt, die Züge einer „Mythisierung“ von Geschichte annahm, und in deren Zuge die Geschichte in theoretischen Annahmen zum Widersacher der erlebten Erinnerung stigmatisiert wurde. Doch mit den Annahmen kam auch die Kritik. Verlor man hier nicht den Blick für das Wesentliche, nämlich der Frage danach, welche Methoden reflektiertes Geschichtsbewusstsein fördern können, das im Weiteren sinnstiftende, verbindliche Inhalte aus der Vergangenheit konservieren und Erlebtes gegebenenfalls enttaubisieren kann? Ob eine derartige Kraft dem Geschichtsbewusstsein verliehen ist, vermag diese Arbeit zu beantworten. Sehr wohl berechtigt aber ist die Kritik an dem Versuch von Kollektivierungsprozessen von Erinnerung. Schon die Einleitung bemerkte, dass insofern Erinnerungen in unaustauschbaren Erfahrungen gründen, sie sich eben gerade nicht kollektivieren lassen. Erinnerungen gründen aus individuellen Primärerfahrungen – oder werden über mediale Formen sekundär aus den Primärerfahrungen anderer übernommen. Sie sind das, was das Identitätsgefühl des Einzelnen prägt. Erst im Zusammenleben und Austausch mit anderen nehmen Individuen wahr, dass sich Muster in einem Vergleich mit dem Kollektiv ähneln und wiederholen können. Die einzelnen Erfahrungen und Erinnerungen bleiben jedoch individuell.

Blicken wir nun auf Menden, lässt sich feststellen, dass die dortige Erinnerungsgemeinschaft in ihrem Erinnerungsprozess keinesfalls einen Sonderweg beschreitet. Denn in der deutschen Öffentlichkeit wurde das „Dritte Reich“ über Jahre hinweg nicht selten umgangen. „Nur Minderheiten, meist Opfergruppen, wagten die Schuld verdrängende Verharmlosung, die Vergangenheitsabwehr und die Schuldabwälzung zu stören. Im populären Geschichtsbild der Zeit erschien der Nationalsozialismus als unerklärlicher Einbruch, als Heimsuchung, ja Verhängnis und Hitler als Dämon“¹⁸¹. So erscheint das Bauvorhaben „Schwalbe I“, dass die Erinnerungsgemeinschaft in Menden an die NS-Vergangenheit bindet, als negatives Bezugsereignis. Schon 1947, zwei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, leitete die Errichtung eines Ehrenmals für die in den Lagern von „Schwalbe I“ Verstorbenen den Prozess des Gedenkens ein. Doch es vergingen knapp vierzig Jahre, bis das Bauvorhaben Gegenstand von Forschungen wurde. Dieser Versuch des Zugangs zum Thema in der Erinnerungsgemeinschaft in den 1980er Jahren, als „Schwalbe I“ erstmals in der Öffentlichkeit zum Diskussionsgegenstand wurde, führte zu einer emotionalen Differenzierung - und zu emotionalen Differenzen. Während die einen die historische Aufarbeitung und die bewusste Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit verlangten, forderten andere, eine Schlussstrich unter die Geschichte zu setzen. Trotz Forderungen, das Thema beizulegen, begannen mehr und mehr historisch Interessierte mit intensiven Recherchen im lokalen Archiv und mit Nachforschungen an den Orten, an denen sich noch heute bauliche Überreste befinden, die auf die Standorte von Barackenlagern und Arbeitsstätten in den Stollen des Rothenbergs hinweisen. Dabei wuchs eine Deutungskonkurrenz heran, die um die „Wahrheit“ und „Richtigkeit“ ihrer Ergebnisse rang (und bis heute ringt). Das gemeinschaftliche Interesse an Gedenken und Erforschen trat zurück hinter persönliche Konflikte. Selten gelang es aus der eigenen Nähe zum Thema auszubrechen und die nötige Distanz der Sachlichkeit einzunehmen. Das führte dazu, dass das gemeinschaftliche Interesse an historischer sachlicher Aufarbeitung zu verschwimmen drohte, dass Personen sich aus der Öffentlichkeit zurückzogen, um persönliche Angriffe, die sich gegen ihr Interesse an dem Thema richteten, zu vermeiden, und dazu, dass viele Jahre vergingen, in denen wichtige Erinnerungen verblassten, bis der Entschluss der örtlichen Politik, das Bauvorhaben wissenschaftlich erforschen zu lassen, neue Impulse gab – und damit neue Konflikte aufkaufen. So erforderte auch der Beginn mit den Recherchen zu dieser Forschungsarbeit den Abbau von Misstrauen und Hemmschwellen. Während die offizielle Erinnerungskultur

¹⁸¹Wolfrum, Edgar: Geschichte der Erinnerungskultur in der DDR und BRD, 2008.

nach der wissenschaftlichen Aufarbeitung verlangt, nahm die private Erinnerungsgemeinschaft dies als weitere Konkurrenz im Deutungswettkampf um die Geschichte von „Schwalbe I“ wahr. Erst die persönliche Zuwendung zu den Akteuren brachte die nötige Akzeptanz, um wichtige Quellen als Grundlage für diese Arbeit gewinnen zu können.

So entwickelte sich über die Jahre eine pluralistische Erinnerungslandschaft, aus der trotz aller Konflikte neue Erkenntnisse zur Geschichte des Bauvorhabens „Schwalbe I“ gewonnen werden konnten. Neben der bisher umfangreichsten Veröffentlichung, der Onlineplattform „Plettenberg-Lexikon“, die eine kompakte Darstellung zum Thema bietet, suchten Lokalhistoriker das Gespräch mit Zeitzeugen und es gelang erstmals über die Sachlichkeit offizieller Schriftstücke hinaus einen Perspektivenwechsel zu initiieren, hin zur Alltagsgeschichte. Die Generation der Nachgeborenen suchte den Zugang zur Erinnerung der Generation der Zeitzeugen, Inhalte aus dem kommunikativen Gedächtnis, die einem starken Wandel unterliegen, übertrugen sich auf das kulturelle Gedächtnis, jenes Reservoir, das verbindliche Inhalte einer Gemeinschaft speichern und so den Verlust von Erinnerung aufhalten soll.

Doch noch immer werden die Forschungsergebnisse, die bisher durch Lokalhistoriker erzielt wurden, im Raum Menden als unzureichend empfunden. Streitigkeiten entbrannten über die Frage danach, wie es in der geschichtlichen Auseinandersetzung mit dem Bauvorhaben „Schwalbe I“ und seiner Lagergeschichte umgegangen werden soll. Der Wunsch nach einer systematischen, umfassenden Darstellung ist da. In Menden sah man hier die einzige Lösung jedoch in der Auslagerung der Aufarbeitung und der Übergabe des Themas an eine Universität. Doch dies würde Jahre der Arbeit erfordern, um das aufzuholen, was im Grunde in vielen Einzelarbeiten schon festgehalten ist. Nach den Erfahrungen, die im Zuge dieser Forschungsarbeit gemacht werden konnten, ist eine Handlungsperspektive darum sicher der Versuch, eine gemeinsame Veröffentlichung der aus lokalthistorischen Recherchen gewonnenen Ergebnissen über eine Arbeitsgruppe aus Fachinteressierten anzustreben. Dafür bedarf es allerdings zunächst einem Umdenken, dem Abbau von Deutungskonkurrenzen und der Einleitung einer strukturierten Vergangenheitsbewältigung – und vielleicht der Akzeptanz der Tatsache, dass Bilder der Vergangenheit durchaus divergierend sein dürfen, dass verschiedene Geschichtsbilder Produkt einer heterogenen Erinnerungsgemeinschaft sind und dass die Auseinandersetzung mit Geschichte viele Perspektiven eröffnet – und viele Perspektiven erlaubt. Aber erst die nötige Distanz der Akteure im Erinnerungsprozess wird es erlauben, die vielen Per-

spektiven zu kombinieren, sie mit kontrollierten empirischen Bezügen in unterschiedliche Zusammenhänge zu setzen und eben nicht historisches Wissen auf das wenig Einprägsame zu verkürzen. So könnten lokale Akteure schließlich Funktionspotentiale der Geschichtswissenschaft übernehmen, nämlich zum Vermittler und „Brückenbauer“ in der geschichtlichen Auseinandersetzung zwischen ambivalenten Erinnerungsebenen zu werden.

Quellenverzeichnis

TEIL I

Aktenvermerk: Betreff: Eigenhändiges Quartier machen durch einen Angehörigen der OT, 19.10.1944, Stadtarchiv Menden, I 1573.

Aktenvermerk betreffend Kriegsgefangenenlager vom 29.9.1939, Stadtarchiv Menden, M 806, I 1337.

Dokument unbenannt, Stadtarchiv Menden M 806, I 1337.

Dokument unbenannt, Stadtarchiv Menden, Amt Menden, M 1607.

Dokument unbenannt, Staatsarchiv Münster, M 428.

„Strafgefangenenlager West“, Stadtarchiv Menden, Amt Menden, M 1616.

Grundsätze für die Tarnbezeichnung der unterirdischen Verlagerungsbauten, 15.4.1944, Bundesarchiv Berlin, R 7/1192, Bl. 9ff.: Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion.

Schreiben Hauptbauleiter Hucke, OT-Einsatzgruppe Hansa, Abteilung Bau an den Amtsbürgermeister Menden als örtlicher Luftschutzleiter vom 28.11.1944, Stadtarchiv Menden M 806, I 1337.

Schreiben Amtsbeigeordneter an den Regierungspräsidenten in Arnsberg, d.d. Herrn Landrat in Iserlohn vom 2.1.1945, Stadtarchiv Menden M 806, I 1337.

Schreiben des Amtsbaumeisters an den Lagerführer der OT in Böesperde, 4.10.1943, Stadtarchiv Menden, I 813.

Schreiben an den Bürgermeister und Amtsbürgermeister (außer Letmathe und Menden) betreffend Einsatzlager der Kriegsgefangenen vom 14.10.1939 (Stadtarchiv Menden, M 806, I 1337).

Schreiben an den Bürgermeister und Amtsbürgermeister (außer Letmathe und Menden) betreffend Einsatzlager der Kriegsgefangenen vom 14.10.1939, Stadtarchiv Menden, M 806, I 1337.

Schreiben des Amtsbürgermeisters als Ortspolizeibehörde an die Ausländerlager, die Gemeindebürgermeister, die Gendarmeriebeamten und Ortsbauernführer, 16.09.1944, Stadtarchiv Menden, M 1578.

Schreiben des Lager-Kommandanten Jan Olszyna an den Bürgermeister Weingarten in Lendringsen,
eingegangen am 9.06.1947, Stadtarchiv Menden, Amt Menden.

Schreiben Amtsbürgermeister Menden an das Wehrkreiskommando VI in Münster/Westfalen vom 8.9.1939, Stadtarchiv Menden, M 806, I 1337.

Schreiben von Rütte, Peter: Anklage gegen die Kriegsverbrecher Frontführer Peters, Lagerführer Heil und Gläser und den Küchenchef Romberg und seine Mätresse Hilde Vogel, Stadtarchiv Menden, Amt Menden, M 1222.

Staatliches Gesundheitsamt des Landkreises Arnberg, Tagebuch Nr. 19,8, Arnberg, den 27.11.1944, Betreff: Arbeiterziehungslager Hönnetal in Sanssouci, gezeichnet Dr. Mahr, Medizinalrat.

Kurt Kl. ehem. Gef.-Lagerschreiber des SGL Lendringsen, Menden, an den BM von Lendringsen am 23.06.1949, Stadtarchiv Menden, Amt Menden, M 1578-607.

Stadtarchiv Menden, Verwaltungsbericht 1943.

Stadtarchiv Menden, Verwaltungsbericht 1944.

Stadtarchiv Menden, Verwaltungsbericht 1945-1949.

Stadt Menden (Sauerland), Der Bürgermeister, Drucksache 7/09/284-00 – öffentlich, Dienststelle: Bauverwaltung – Untere Denkmalbehörde, Aktenzeichen: 60-414102 Menden, 03.09.09: Mitteilung. Antrag des Herrn Antonius Fricke auf Unterschutzstellung der Ehrenmalanlage auf dem Friedhof in Menden-Lendringsen.

ZRBG, Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto vom 20. Juni 2002 (BGBl. I S.2074), § 1 Anwendungsbereich.

Übereinkommen 29. Übereinkommen über Zwangs - oder Pflichtarbeit. Internationale Arbeitsorganisation, 1930, in: <http://www.ilo.org/ilolex/german/docs/gc029.htm>, letzte Version 02.05.2009, 11:29h.

„«Dann hätte es richtig geknallt!». Experten-Treffen zu Nazi-Projekt «Schwalbe I»“, in: Westfalenpost, 02.04.2009.

„Schwalbe-Kriegsgefangene: Die Wahrheit zu missliebiger?, Westfalenpost, 05.05.2008.

„Einem Polen zur Flucht verholfen“, in: Westfalenpost, Lokalausgabe Menden, 22.01.1985.

„Schaurige Erinnerungen an Nazi-Lager“, in: Westfalenpost, 19.09.2007.

<http://www1.historisches-centrum.de/zwangsarbeit/stollen.html>, letzte Version 02.05.2009.

<http://www.plettenberg-lexikon.de>, letzte Version 06.06.2010, 12:06 Uhr.

http://www.focus.de/wissen/wissenschaft/sauerland_aid_51009.html; <http://www.spiegel.de/panorama/zeitgeschichte/0,1518,441293,00.html>, letzte Version 12.06.2010.

<http://www.redok.de/content/view/796/36/>; <http://www.derwesten.de/staedte/menden/Gut-Roedinghausen-NPD-Abwehr-wird-teuer-fuer-die-Stadt-id2232246.html>, letzte Version 12.06.2010.

<http://www.derwesten.de/staedte/menden/Gutachter-Gut-Roedinghausen-bringt-Verlust-von-440-000-Euro-id2415547.html>, letzte Version 12.06.2010.

Die Warte. Heimatzeitschrift für die Kreise Paderborn und Höxter, Heft 126, 2005.

Jan B., Brief an Franz Rose, 10.10.1986.

Calogery M., Brief an Franz Rose, 28.11.1994.

TEIL II

Aktenvermerk: Betreff: Eigenhändiges Quartier machen durch einen Angehörigen der OT, 19.10.1944, Stadtarchiv Menden, I 1573.

Aktenvermerk betreffend Kriegsgefangenenlager vom 29.9.1939, Stadtarchiv Menden, M 806, I 1337.

Dokument unbenannt, Stadtarchiv Menden M 806, I 1337.

Dokument unbenannt, Stadtarchiv Menden, Amt Menden, M 1607.

Dokument unbenannt, Staatsarchiv Münster, M 428.

„Strafgefangenenlager West“, Stadtarchiv Menden, Amt Menden, M 1616.

Grundsätze für die Tarnbezeichnung der unterirdischen Verlagerungsbauten, 15.4.1944, Bundesarchiv Berlin, R 7/1192, Bl. 9ff.: Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion.

Schreiben Hauptbauleiter Hucke, OT-Einsatzgruppe Hansa, Abteilung Bau an den Amtsbürgermeister Menden als örtlicher Luftschutzleiter vom 28.11.1944, Stadtarchiv Menden M 806, I 1337.

Schreiben Amtsbeigeordneter an den Regierungspräsidenten in Arnshagen, d.d. Herrn Landrat in Iserlohn vom 2.1.1945, Stadtarchiv Menden M 806, I 1337.

Schreiben des Amtsbaumeisters an den Lagerführer der OT in Bössede, 4.10.1943, Stadtarchiv Menden, I 813.

Schreiben an den Bürgermeister und Amtsbürgermeister (außer Letmathe und Menden) betreffend Einsatzlager der Kriegsgefangenen vom 14.10.1939 (Stadtarchiv Menden, M 806, I 1337).

Schreiben an den Bürgermeister und Amtsbürgermeister (außer Letmathe und Menden) betreffend Einsatzlager der Kriegsgefangenen vom 14.10.1939, Stadtarchiv Menden, M 806, I 1337.

Schreiben des Amtsbürgermeisters als Ortspolizeibehörde an die Ausländerlager, die Gemeindebürgermeister, die Gendarmeriebeamten und Ortsbauernführer, 16.09.1944, Stadtarchiv Menden, M 1578.

Schreiben des Lager-Kommandanten Jan Olszyna an den Bürgermeister Weingarten in Lendringsen,
eingegangen am 9.06.1947, Stadtarchiv Menden, Amt Menden.

Schreiben Amtsbürgermeister Menden an das Wehrkreiskommando VI in Münster/Westfalen vom 8.9.1939, Stadtarchiv Menden, M 806, I 1337.

Schreiben von Rütte, Peter: Anklage gegen die Kriegsverbrecher Frontführer Peters, Lagerführer Heil und Gläser und den Küchenchef Romberg und seine Mätresse Hilde Vogel, Stadtarchiv Menden, Amt Menden, M 1222.

Staatliches Gesundheitsamt des Landkreises Arnshagen, Tagebuch Nr. 19,8, Arnshagen, den 27.11.1944, Betreff: Arbeiterziehungslager Hönnetal in Sanssouci, gezeichnet Dr. Mahr, Medizinalrat.

Kurt Kl. ehem. Gef.-Lagerschreiber des SGL Lendringsen, Menden, an den BM von Lendringsen am 23.06.1949, Stadtarchiv Menden, Amt Menden, M 1578-607.

Stadtarchiv Menden, Verwaltungsbericht 1943.

Stadtarchiv Menden, Verwaltungsbericht 1944.

Stadtarchiv Menden, Verwaltungsbericht 1945-1949.

Stadt Menden (Sauerland), Der Bürgermeister, Drucksache 7/09/284-00 – öffentlich, Dienststelle: Bauverwaltung – Untere Denkmalbehörde, Aktenzeichen: 60-414102 Menden, 03.09.09: Mitteilung. Antrag des Herrn Antonius Fricke auf Unterschutzstellung der Ehrenmalanlage auf dem Friedhof in Menden-Lendringsen.

ZRBG, Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto vom 20. Juni 2002 (BGBl. I S.2074), § 1 Anwendungsbereich.

Übereinkommen 29. Übereinkommen über Zwangs - oder Pflichtarbeit. Internationale Arbeitsorganisation, 1930, in: <http://www.ilo.org/ilolex/german/docs/gc029.htm>, letzte Version 02.05.2009, 11:29h.

„«Dann hätte es richtig geknallt!». Experten-Treffen zu Nazi-Projekt «Schwalbe I»“, in: Westfalenpost, 02.04.2009.

„Schwalbe-Kriegsgefangene: Die Wahrheit zu missliebiger?, Westfalenpost, 05.05.2008.

„Einem Polen zur Flucht verholfen“, in: Westfalenpost, Lokalausgabe Menden, 22.01.1985.

„Schaurige Erinnerungen an Nazi-Lager“, in: Westfalenpost, 19.09.2007.

<http://www1.historisches-centrum.de/zwangsarbeit/stollen.html>, letzte Version 02.05.2009.

<http://www.plettenberg-lexikon.de>, letzte Version 06.06.2010, 12:06 Uhr.

http://www.focus.de/wissen/wissenschaft/sauerland_aid_51009.html; <http://www.spiegel.de/panorama/zeitgeschichte/0,1518,441293,00.html>, letzte Version 12.06.2010.

<http://www.redok.de/content/view/796/36/>; <http://www.derwesten.de/staedte/menden/Gut-Roedinghausen-NPD-Abwehr-wird-teuer-fuer-die-Stadt-id2232246.html>, letzte Version 12.06.2010.

<http://www.derwesten.de/staedte/menden/Gutachter-Gut-Roedinghausen-bringt-Verlust-von-440-000-Euro-id2415547.html>, letzte Version 12.06.2010.

Die Warte. Heimatzeitschrift für die Kreise Paderborn und Höxter, Heft 126, 2005.

Jan B., Brief an Franz Rose, 10.10.1986.

Calogery M., Brief an Franz Rose, 28.11.1994.

Literaturverzeichnis

TEIL I

Arzinger, Kai Olaf: Stollen im Fels und Öl für das Reich. Das Geheimprojekt Schwalbe I“, Iserlohn 1997.

Assmann, Jan: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992.

Assmann, Aleida/ Assmann, Jan: Das Gestern im Heute. Medien und soziales Gedächtnis, in: Mer-ten, Klaus/ Schmidt, Siegfried J./ Weischenberger, Siegfried (Hg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in Kommunikationswissenschaften, Opladen 1994.

Berger, Peter L./Luckmann, Thomas: Gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt/M. 1980.

Borland, John: Graffiti, Paraden und Alltagskultur in Nordirland, in: Welzer, Harald (Hg.): Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung, Hamburg 2001.

Bruner, Jerome S: Sinn, Kultur und Ich-Identität, Heidelberg 1997.

Bührmann-Peters, Frank: Dissertation Ziviler Strafvollzug für die Wehrmacht. Militärgerichtlich Verurteilte in den Emslandlagern 1939 - 1945 über militärgerichtlich verurteilte Soldaten, Osnabrück 2002, S. 150.

Christoph Cornelißen, Erinnerungskulturen, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11. 2.2010, <http://docupedia.de/zg/Erinnerungskulturen?oldid=75513>.

Cornelißen, Christoph: Was heißt Erinnerungskultur? Begriff - Methoden - Perspektiven, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 54, 2003, S. 548-563.

Halbwachs, Maurice: *Les cadres sociaux de la mémoire*, Paris 1925.

Hardtwig, Wolfgang: „Vorwort“, in: *Geschichtskultur und Wissenschaft*, München 1990.

Haskell, Francis: *Die Geschichte und ihre Bilder. Die Kunst und die Deutung der Vergangenheit*, München 1995.

Hockerts, Hans Günter: Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft., in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 28, 2001.

Hockerts, Hans Günter: Zugänge zur Zeitgeschichte. Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, In: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hg.): *Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt*, Frankfurt am Main 2002.

Hoffmann, Katharina: *Schichten der Erinnerung. Zwangsarbeitererfahrungen und Oral History*.

Jeismann, Karl Ernst: *Geschichtsbilder. Zeitdeutung und Zukunftsperspektive*.

Keppler, Angela: *Tischgespräche*, Frankfurt am Main 1994.

Knigge, Volkhard: Zur Zukunft der Erinnerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 25-26, 2010.

Kruszinski, Irina: Der Arbeitseinsatz im Dritten Reich: Das Geheimprojekt „Schwalbe I“, Arbeit zur Erlangung des Grades Bachelor of Arts, 2009.

Lehmann, Albrecht: Erzählstruktur und Lebenslauf. Autobiographische Untersuchungen, Frankfurt am Main 1983.

Mütter, Bernd/Schönemann, Bernd/Uffelmann, Uwe (Hg.): Geschichtskultur. Theorie – Empirie – Pragmatik, Weinheim 2000.

Nora, Pierre: Lieux de memoire, Paris 1984-1992.

Rosenthal, Gabriele: Die erzählte Lebensgeschichte als historisch- soziale Realität. Methodologische Implikationen für die Analyse biographischer Texte, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.): Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte: zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte, Münster 1994

Rüsen, Jörn: Was ist Geschichtskultur? Überlegungen zu einer neuen Art, über Geschichte nachzudenken, In: Fußmann, Klaus/Grüttner, Heinrich Theodor/Rüsen, Jörn (Ed.): Historische Faszination. Geschichtskultur heute, Köln 1994.

Seidler, Franz W.: Die Organisation Todt. Bauen für Wehrmacht und Staat 1938-1945, Bonn 1998, S. 248.

Stephan, Anke: Autobiographien, Memoiren und Oral-History-Interviews als historische Quellen. Digitales Handbuch zur Geschichte und Kultur Russlands und Osteuropas, 2004, in: www.vifaost.de/geschichte/handbuch.

Stopsack, Hans-Hermann/Thomas, Eberhard (Hg.): Stalag VI A Hemer. Kriegsgefangenenlager 1939-1945. Eine Dokumentation, Hemer 1995.

Suntrup-Andresen, Elisabeth: Hacer memoria. Der Bürgerkrieg in der Literatur der Nachgeborenen. Typologie und Analyse spanischer Gegenwartsromane von den 1980er Jahren bis heute. München: Meidebauer 2008.

Welzer, Harald: Über Engramme und Exogramme. Die Sozialität des autobiographischen Gedächtnisses, in: ders./Hans J. Markowitsch (Hg.): Warum Menschen sich erinnern können. Fortschritte der interdisziplinären Gedächtnisforschung, Stuttgart 2006.

Wichert, Hans Walter: Decknamenverzeichnis deutscher unterirdischer Bauten des Zweiten Weltkrieges, Marsberg 1993.

Witte, Peter: Das Arbeitserziehungslager Hönnetal, in: Witte, Peter (Hg.): 700 Jahre Beckum. Die Geschichte des Dorfes im Sauerland, Arnsberg 1985.

Zimmermann, Michael: Mythen der Verfolgung im israelischen Alltag, in: Welzer, Harald (Hg.): Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung, Hamburg 2001.

TEIL II

Arzinger, Kai Olaf: Stollen im Fels und Öl für das Reich. Das Geheimprojekt Schwalbe I“, Iserlohn 1997.

Assmann, Jan: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992.

Assmann, Aleida/ Assmann, Jan: Das Gestern im Heute. Medien und soziales Gedächtnis, in: Mer-ten, Klaus/ Schmidt, Siegfried J./ Weischenberger, Siegfried (Hg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in Kommunikationswissenschaften, Opladen 1994.

Berger, Peter L./Luckmann, Thomas: Gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt/M. 1980.

Borland, John: Graffiti, Paraden und Alltagskultur in Nordirland, in: Welzer, Harald (Hg.): Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung, Hamburg 2001.

Bruner, Jerome S: Sinn, Kultur und Ich-Identität, Heidelberg 1997.

Bürrmann-Peters, Frank: Dissertation Ziviler Strafvollzug für die Wehrmacht. Militärgerichtlich Verurteilte in den Emslandlagern 1939 - 1945 über militärgerichtlich verurteilte Soldaten, Osna-brück 2002, S. 150.

Christoph Cornelißen, Erinnerungskulturen, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11. 2.2010, <http://docupedia.de/zg/Erinnerungskulturen?oldid=75513>.

Cornelißen, Christoph: Was heißt Erinnerungskultur? Begriff - Methoden - Perspektiven, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 54, 2003, S. 548-563.

Halbwachs, Maurice: *Les cadres sociaux de la mémoire*, Paris 1925.

Hardtwig, Wolfgang: „Vorwort“, in: *Geschichtskultur und Wissenschaft*, München 1990.

Haskell, Francis: *Die Geschichte und ihre Bilder. Die Kunst und die Deutung der Vergangenheit*, München 1995.

Hockerts, Hans Günter: Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Ge-schichtswissenschaft., in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 28, 2001.

Hockerts, Hans Günter: Zugänge zur Zeitgeschichte. Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, In: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hg.): *Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt*, Frankfurt am Main 2002.

Hoffmann, Katharina: *Schichten der Erinnerung. Zwangsarbeitererfahrungen und Oral History*.

Jeismann, Karl Ernst: *Geschichtsbilder. Zeitdeutung und Zukunftsperspektive*.

Keppler, Angela: *Tischgespräche*, Frankfurt am Main 1994.

Knigge, Volkhard: Zur Zukunft der Erinnerung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 25-26, 2010.

Kruszinski, Irina: Der Arbeitseinsatz im Dritten Reich: Das Geheimprojekt „Schwalbe I“, Arbeit zur Erlangung des Grades Bachelor of Arts, 2009.

Lehmann, Albrecht: Erzählstruktur und Lebenslauf. Autobiographische Untersuchungen, Frankfurt am Main 1983.

Mütter, Bernd/Schönemann, Bernd/Uffelman, Uwe (Hg.): Geschichtskultur. Theorie – Empirie – Pragmatik, Weinheim 2000.

Nora, Pierre: Lieux de memoire, Paris 1984-1992.

Rosenthal, Gabriele: Die erzählte Lebensgeschichte als historisch- soziale Realität. Methodologische Implikationen für die Analyse biographischer Texte, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.): Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte: zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte, Münster 1994

Rüsen, Jörn: Was ist Geschichtskultur? Überlegungen zu einer neuen Art, über Geschichte nachzudenken, In: Fußmann, Klaus/Grüttner, Heinrich Theodor/Rüsen, Jörn (Ed.): Historische Faszination. Geschichtskultur heute, Köln 1994.

Seidler, Franz W.: Die Organisation Todt. Bauen für Wehrmacht und Staat 1938-1945, Bonn 1998, S. 248.

Stephan, Anke: Autobiographien, Memoiren und Oral-History-Interviews als historische Quellen. Digitales Handbuch zur Geschichte und Kultur Russlands und Osteuropas, 2004, in: www.vifaost.de/geschichte/handbuch.

Stopsack, Hans-Hermann/Thomas, Eberhard (Hg.): Stalag VI A Hemer. Kriegsgefangenenlager 1939-1945. Eine Dokumentation, Hemer 1995.

Suntrup-Andresen, Elisabeth: Hacer memoria. Der Bürgerkrieg in der Literatur der Nachgeborenen. Typologie und Analyse spanischer Gegenwartsromane von den 1980er Jahren bis heute. München: Meidebauer 2008.

Welzer, Harald: Über Engramme und Exogramme. Die Sozialität des autobiographischen Gedächtnisses, in: ders./Hans J. Markowitsch (Hg.): Warum Menschen sich erinnern können. Fortschritte der interdisziplinären Gedächtnisforschung, Stuttgart 2006.

Wichert, Hans Walter: Decknamenverzeichnis deutscher unterirdischer Bauten des Zweiten Weltkrieges, Marsberg 1993.

Witte, Peter: Das Arbeitserziehungslager Hönnetal, in: Witte, Peter (Hg.): 700 Jahre Beckum. Die Geschichte des Dorfes im Sauerland, Arnsberg 1985.

Zimmermann, Michael: Mythen der Verfolgung im israelischen Alltag, in: Welzer, Harald (Hg.): Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung, Hamburg 2001.